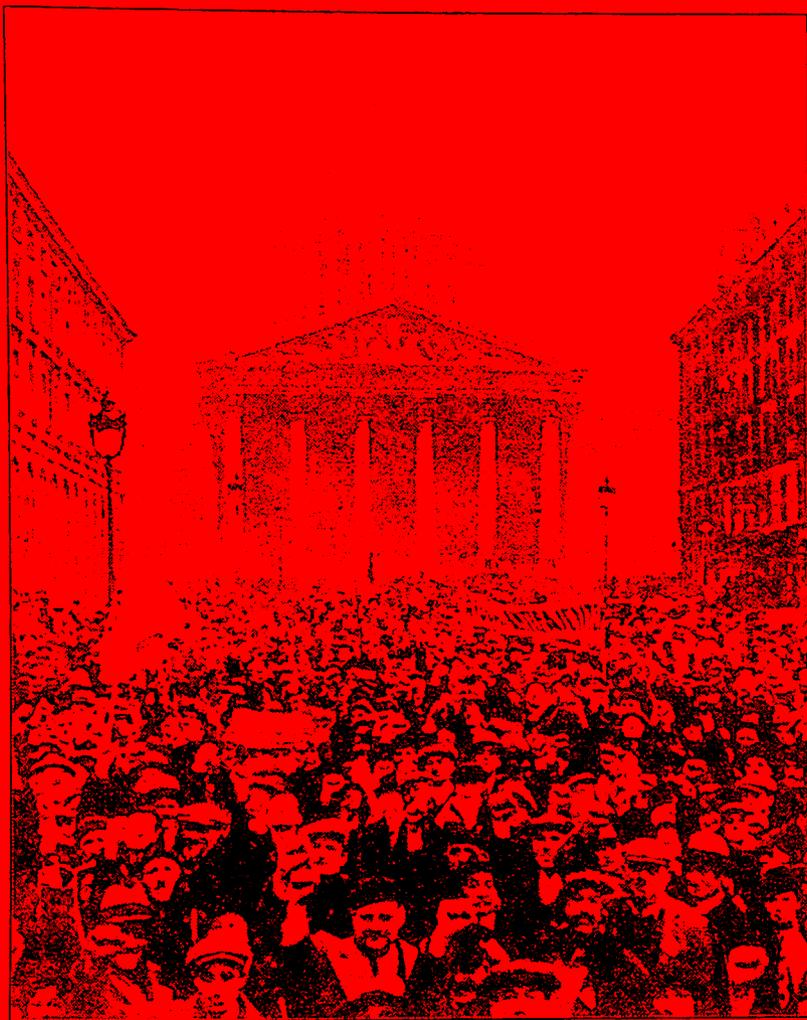


DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 23



Die Chancen
der Volksfront

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 23

Die Chancen der Volksfront

Historische Alternativen zur Stalinisierung
des Kommunismus

*Herausgegeben von
Klaus Kinner*

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2006

ISBN

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2006
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9 60 85 31 · Fax (0341) 2 12 58 77
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung: Hans Rossmann

Redaktion: Lutz Höll · Klaus Kinner

Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04455 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort	5
<i>Jochen Černý</i> : Zum 90. Geburtstag von Theodor Bergmann	7
<i>Ursula Langkau-Alex</i> : Was bedeutete die Volksfront für die deutsche Linke?	12
<i>Theodor Bergmann</i> : Die Volksfront – Hoffnungen und Enttäuschung	45
<i>Reiner Tosstorff</i> : Geschichte der Volksfronten in Frankreich und Spanien	59
<i>Heinz Köller</i> : Unvollendete Vorbildwirkung	104
<i>Erwin Lewin</i> : Zum Verhältnis von antifaschistischer Nationaler Befreiungsfront und bürgerlich-nationalen Widerstandskräften in Albanien während des Zweiten Weltkrieges	109
<i>Hans Coppi</i> : Volksfront in Aktion? Die Widerstandskreise um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen	121
<i>Günter Benser</i> : Überzeugungen und Traditionen im Vereinigungsprozess von KPD und SPD 1945/1946	140
Autorenverzeichnis	163

Vorwort

Der 70. Jahrestag des Höhepunktes der Volksfrontpolitik 1936 war der Anlass, sich dieser Thematik zuzuwenden. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Bildungsverein »Helle Panke« widmeten ihm ihr V. Ständiges Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung am 30. und 31. Mai 2006 in Berlin.

Den Veranstaltern schien das Thema weit hinaus über die Jubiläumspflichtübung relevant zu sein. Die Fernwirkungen dieser Politik reichen in der Theorie, wie in der praktischen Politik, bis in unsere Tage.

In Deutschland bzw. in der Politik von KPD und Komintern gegen das Hitlerregime ist die Volksfront gescheitert. Den Gründen wird in den Beiträgen nachgegangen. Der Herausgeber spricht deshalb in diesem Sinne von der Volksfrontpolitik als von einer »verlorenen Wende«. Mit Blick auf die europäische Dimension ist jedoch zu differenzieren. Die Volksfrontpolitik in Frankreich, Spanien, Italien sowie im Südosten und Osten Europas war eher wirkungsmächtiger als in Deutschland. Mehrere Beiträge reflektieren das.

Obwohl die Volksfrontpolitik letztendlich scheiterte, ist doch nicht zu übersehen, dass die Idee von einem Zusammenschluss der Kräfte politisch verschiedener Richtungen für die Erreichung eines Ziels – der Verhinderung oder des Sturzes eines faschistischen Regimes – beflügelnd gewirkt hatte und letztlich ihr praktisches Scheitern zwischen 1934/1935 und 1939 überlebte. Die vielfältigen nationalen und internationalen Volksfrontgruppen und Organisationen, die sich in dieser Zeit gebildet hatten, beeinflussten im entscheidenden Maße einen Großteil der deutschen Emigranten und bezogen sie in den Kampf gegen Hitler ein. Die Faszination dieser Idee und die ihr inwohnende Logik, sowie die erfahrenen Momente der Solidarisierung, der Zusammenarbeit und der dadurch freigesetzten Kräfte überdeckten ganz offensichtlich negative Erfahrungen und die Schlussbilanz, dass es nicht gelang, eine deutsche Volksfrontorganisation vor dem Krieg zustande zu bringen. Ihre Ideen konnten deshalb später, unter

veränderten Bedingungen im Krieg und in der Nachkriegszeit, zum Teil wiederbelebt werden.

In den Beiträgen wird aus unterschiedlichen, ja zum Teil gegensätzlichen Sichten über die Volksfront reflektiert. Das diese Auseinandersetzung noch nach 70 Jahren anhält, scheint dem Herausgeber eher für die Lebenskraft der Volksfrontpolitik zu sprechen.

Eine solche streitbare Auseinandersetzung passt gut zu dem Jubilar Theodor Bergmann, dem Herausgeber und Veranstalter diese Publikation anlässlich seines 90. Geburtstages am 7. März 2006 widmen.

Der Herausgeber

JOCHEN ČERNÝ

Zum 90. Geburtstag von Theodor Bergmann

Dem ersten Referenten dieses Kolloquiums gilt ein besonderer Gruß: Zum 90. Geburtstag, den er am 7. März in Stuttgart feierte, gratulieren wir herzlich unserem Kollegen, Genossen und Freund Theodor Bergmann.

Seinen 80. Geburtstag begingen wir in Berlin mit einem Kolloquium, dessen Ertrag noch 1996 als Sammelband erschien. Der Titel: »Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000«¹. Zum 90. Geburtstag veranstaltete das Baden-Württembergische Forum für Bildung und Analyse ein Symposium in Stuttgart. Dort gab es agrarwissenschaftliche Vorträge, wie es dem ursprünglichen Arbeitsfeld des Jubilars entspricht, aber auch wieder politisch-historische. So von den Professoren Narihiko Ito, Helmut Peters, Gert Schäfer, Alexander Watlin – um nur einige Redner zu nennen.

Was mich in Stuttgart besonders beeindruckte, waren die Berichte von Gewerkschaftsfunktionären über den ver.di-Streik, der im März noch im Gange war, und eine Filmvorführung. Im großen, gut besetzten kommunalen Kino wurde der Film uraufgeführt, den vier junge Leute in Gesprächen mit dem Jubilar an mehreren Stationen seines Lebensweges gedreht hatten.

Und die wichtigsten Abschnitte dieses Weges will ich hier wenigstens nennen:

- die Kindheit in der vielköpfigen Familie eines Berliner Reformrabbiners,
- die frühe Politisierung des Gymnasiasten in der Jugendorganisation der KPD(O) sowie bei Aushilfe-Arbeiten im Junius-Verlag, wo er auch Heinrich Brandler und August Thalheimer kennen lernte,

¹ Wladislaw Hedeler / Mario Keßler / Gert Schäfer (Hrsg.): *Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000. Festschrift für Theodor Bergmann.* Hamburg 1998.

- das Exil mit den vielfältigen Erfahrungen, die Bergmann in Palästina, der Tschechoslowakei und Schweden zumeist als Landarbeiter sammelte,
- die Nachkriegsjahre mit dem Abschluß des Studiums der Agrarwissenschaften in Bonn und der ehrenamtlichen, in Kontakt mit Heinrich Brandler verrichteten Arbeit als Herausgeber der Zeitschrift »Arbeiterpolitik« 1948 bis 1952,
- die mit der Promotion 1956 beginnende agrarpolitische und -wissenschaftliche Tätigkeit in Hannover, in der Universität Stuttgart-Hohenheim sowie bei Studien- und Vortragsreisen in Indien, Pakistan, Ceylon, Australien, Japan, China-Reisen und Studienaufenthalte, deren Ergebnisse sich in zahlreichen Veröffentlichungen niederschlugen.²

Als Professor für Agrarpolitik im internationalen Vergleich wurde Theodor Bergmann 1981 emeritiert. Er blieb zwar als Berater deutscher und internationaler Entwicklungsorganisationen tätig – so der Welternährungsorganisation – wandte sich aber mehr und mehr der Geschichte der Arbeiterbewegung zu, hauptsächlich der kommunistischen. Für den Agrarwissenschaftler ist das gewiß kein professionelles Anliegen, doch für den »kritischen Kommunisten« – wie er sich im Untertitel seiner Autobiographie nennt³ – ein politisches, und es hat einiges mit dem zu tun, was in der DDR »Erbepflege« hieß. Die führte uns – Theodor Bergmann und mich – ausgangs der 80er Jahren zusammen.

Um das kurz zu erklären, zitiere ich aus seiner Autobiographie einen Passage, die sich auf den Beginn der 30er Jahre bezieht. »Neben der Aushilfe im Verlag der »Arbeiterpolitik« ... und der Teilnahme an politischen Versammlungen betätigte ich mich noch als Mitglied der »Freien Sportvereinigung Fichte«, die unter der Leitung des KPD-O-Mitglieds Franz Cerny stand. [...] An einem Abend in der Woche turnten wir und trieben Sport. Am Wochenende ging es hinaus nach Körbiskrug, wo der Verein ein kleines Grundstück an einem Baggersee gepachtet hatte.«⁴ Soweit das Zitat – und ich füge hinzu, dass dieser

2 Vgl. ebenda. S. 379–397 die Bibliographie.

3 Theodor Bergmann: Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten. Hamburg 2000.

4 Ebenda. S. 22.

Fichte-Zeltplatz bei Körbiskrug das Jahr '33 überdauerte und so in meine Kindheitserinnerungen einging.

In Bergmanns 1987 erschienener KPD-O-Geschichte stieß ich auf mehrere mir bekannte Namen, und es war eine meiner ersten Arbeiten nach Öffnung der Parteiarchive, dass ich den Lebensläufen von Genossinnen und Genossen nachging, die SED-Mitglieder geworden waren. So konnte ich in die Neuausgabe der KPD-O-Geschichte⁵, die 2001 herauskam, manche Berichtigungen und viele Ergänzungen einbringen.

Die Geschichte der KPD-O sowie Lebensläufe und Leistungen ihrer Protagonisten zu erkunden und bekannt zu machen, war Bergmanns erstes und blieb sein vorrangiges Anliegen als Historiker. Wiederholt schrieb er über Leben und Werk von August Thalheimer, über dessen Schwester Bertha, die er aus Stuttgart kannte, und seine vorerst letzte, 2004 erschienene Monographie heißt »Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten«. ⁶ Doch befaßte er sich intensiv auch mit Rosa Luxemburg und organisierte mit Gleichgesinnten internationale Konferenzen zu Leben und Werk von Marx und Engels sowie von Bucharin (1988), Trotzki (1990) und Lenin (1993). ⁷ Einem größeren Leserkreis ist der von ihm und Mario Keßler herausgegebene Sammelband zgedacht, der in seiner 2. Ausgabe rund 20 biographische Skizzen von »Ketzern im Kommunismus«, von personifizierten »Alternativen zum Stalinismus« enthält. ⁸ – Diese Bezeichnungen lassen das politische Anliegen der Herausgeber erkennen.

5 Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der KPD (Opposition). Hamburg 2001.

6 Theodor Bergmann: Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten. Hamburg 2004.

7 Theodor Bergmann / Gert Schäfer (Hrsg.): »Liebling der Partei«. Nikolai Bucharin – Theoretiker des Sozialismus. Beiträge zum internationalen Bucharin-Kolloquium, Wuppertal 1988. Hamburg 1989. – Theodor Bergmann / Gert Schäfer (Hrsg.): Leo Trotzki – Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft. Beiträge zum internationalen Trotzki-Symposium, Wuppertal 1990. Mainz 1993. – Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive. Beiträge zum internationalen Lenin-Symposium, Wuppertal 1993. Hrsg. von Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keßler u. Gert Schäfer. Mainz 1994.

8 Theodor Bergmann / Mario Keßler (Hrsg.): Ketzler im Kommunismus. Hamburg 2000.

»Kommunistisch« – in der Öffentlichkeit wird dieses Wort ja vor allem zur Bezeichnung jener Staaten verwandt, in denen es allererste Versuche gab oder noch gibt, den Kapitalismus zu überwinden, und insbesondere für das Regime, welches den Kommunismus maßlos diskreditierte: das stalinsche. Der Antikommunismus hat eine enorme Breitenwirkung erlangt, und wer sich nach wie vor als Kommunist versteht, könnte sich fragen, ob die traditionelle Selbstbezeichnung unter diesen Umständen noch brauchbar ist. »Kommunistisch« – das ist ja kein Warenzeichen, welches er vor Mißbrauch schützen lassen könnte. Sollte er also darauf verzichten?

Für Theodor Bergmann stellt sich diese Frage wohl gar nicht. Und sie läßt sich auch schon durch den Hinweis darauf beantworten, dass die Ursprünge und zutiefst humanistischen Ziele der modernen Arbeiterbewegung ein für allemal im »Kommunistischen Manifest« fixiert sind. So wie sie sich seither entwickelte, war sie aber auch in ihrem kommunistischen Flügel »nie monolithisch-einfältig«, wie Theodor Bergmann formuliert, sondern stets »polyzentrisch und plural.«⁹ Nach meinem Verständnis bezieht er sich damit nicht auf das Ziel, sondern auf den Weg. Wenn der Meinungsstreit um Strategie und Taktik unvermeidlich, ja, unentbehrlich ist, dann kann und muß es das Ziel sein, was die Bewegung eint. Wie es im Manifest heißt: »... eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«¹⁰

Wer Kommunismus also recht versteht, als seinem Wesen nach humanistisch, wird dessen Namen weder »den unbelehrten und unbelehrbaren Stalinisten« überlassen¹¹, noch unter dem Druck politischer Gegner aufgeben.

9 Theodor Bergmann: Im Jahrhundert der Katastrophen. S. 275.

10 Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. Berlin 1959. S. 482. – Das wurde als Ziel nicht nur im Parteiprogramm der PDS bezeichnet. Auch in dem am 2. Juni 2006 veröffentlichten »Aufruf zur Gründung einer neuen Linkspartei« heißt es: Die Linke »will eine solidarische Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Sie will eine offene Gesellschaft, in der die Menschen, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe, Religion und Staatsbürgerschaft, Geschlecht und sexueller Orientierung die gleichen Rechte und Chancen haben.« In: »Neues Deutschland« vom 3./4. Juni 2006. S. 24.

11 Theodor Bergmann: Im Jahrhundert der Katastrophen. S. 275.

Doch will ich hier weder für eine der Gruppierungen oder Parteien werben, die diesen Namen beibehalten haben, noch zu Umbenennungen oder Neugründungen aufrufen. Ich will lediglich auf die von Theodor Bergmann verfaßten oder herausgegebenen Beiträge zur Erfahrungsgeschichte der kommunistischen Bewegung hinweisen, und ich möchte auch im Namen seiner Berliner Genossen und Freunde für seine gedankenreichen, anregenden, ermutigenden Schriften danken und ihm Gesundheit und Schaffenskraft für das zehnte Lebensjahrzehnt wünschen.

URSULA LANGKAU-ALEX

Was bedeutete die Volksfront für die deutsche Linke?¹

1. Wer oder was war die »deutsche Linke«?

Welche politischen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten sind ihr zuzurechnen? Gab es »Frontwechsel«, wenn ja, warum?

Die Antwort soll hier anhand zweier Daten gegeben werden, und zwar der Reichspräsidenten-Wahlkampagne 1932 und der Herausbildung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« im Exil in Paris 1935/36

1.1. Die Reichspräsidenten-Wahlkampagne 1932

Wenn ich zur Einleitung auf dieses Ereignis zurückgreife, so hat dies mehrere Gründe. Erstens, hier ist die Wiege des Terminus »Volksfront«. Zweitens, in der Kampagne zur Wahl des dritten Präsidenten der Weimarer Republik traten die antinationalsozialistischen Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen noch einmal als Handelnde auf. Doch sie handelten nicht gemeinsam. Es bildeten sich letztendlich zwei Bewegungen heraus, die gegen den Kandidaten der NSDAP und weiterer Verbände der äußersten Rechten, Hitler, votierten: die »Volksfront für Hindenburg« und der »Block für den ›Arbeiterkandidaten‹ Thälmann«. Drittens, diese Konstellation ist Ausgangspunkt für die doppelte Fragestellung, welche Kriterien für die Zuerkennung der Bezeichnung

1 Dieser Beitrag stützt sich auf meine dreibändige Studie: Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. 3 Bde. Berlin 2004/2005, insbesondere auf *Band 1*: Einleitung, Kapitel II (Aktionseinheit der Solidarität), Kapitel III, Kapitel IV (VII. Weltkongreß der Komintern / Was bringt der Front populaire?), Kapitel V; *Band 2*: A IV, A V (Grenzüberschreitungen / Asylrecht), A VI (Gruppe Deutsche Volksfront / Von der Programmkommission ... / Glanz und Elend); A VII (Konstellationen ...); B III, B IV; *Band 3*: Dokumente 1, 3, 10.2, 12, 13, 21, 24, 34, 35.

»Linke« gelten (können), und ob und wie sich Verschiebungen nach 1933 in der Emigration zeigen und bewerten lassen.

Den Terminus »Volksfront« prägte im Januar 1932, nachdem die KPD bereits ihren Vorsitzenden Ernst Thälmann als Reichspräsidentenskandidaten nominiert hatte, der parteilose Oberbürgermeister von Berlin Heinrich Sahn. Unter dieser Losung sollte eine »geschlossene« Unterstützung der Bevölkerung für den sitzenden Reichspräsidenten von Hindenburg zustande kommen. Die neue Wortschöpfung war der ins Militante gesteigerten geistigen und politischen Lage der Weimarer Republik, die ihren sprachlichen Ausdruck in allerlei »Front«-, »National«- und »Volk«-Kombinationen fand, angepasst. Sie wurde denn auch von monarchistischen Gegnern des nationalsozialistischen Griffs nach der Staatsmacht und mehr oder weniger demokratischen Republikanern aufgegriffen und besonders von christlichen Gewerkschaftern, katholischen Verbänden und der Zentrumspartei, die ihres zentralen Politikbegriffs »Volksgemeinschaft« durch den Nationalsozialismus beraubt waren, tatkräftig umgesetzt. Die SPD, die sich noch vor kurzem ein Votum für den alten kaiserlichen Generalfeldmarschall nicht hatte vorstellen können, stand ohne eigenen oder einen anderen »demokratischen Kandidaten«, die Nominierten alle politisch gegen sich, da. Gelähmt und um größeres zu verhindern – möglicherweise einen Bürgerkrieg infolge einer unmittelbaren Konfrontation der traditionellen sozialistischen Arbeiterbewegung mit den Organisationen der Nationalsozialisten und den ihnen verbundenen Kräften in Wirtschaft und Reichswehr, an dessen Ende eventuell Republik und Arbeiterorganisationen zerstört wären –, fügte sie sich wieder in das »kleinere Übel«. Darin war sie durch die Praxis ihrer Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien und ihrer – nicht zuletzt im Interesse der Machterhaltung in Preußen angegangenen – Tolerierung des Präsidialkurses im Reich gefangen. Die Unterstützung der SPD für Hindenburg unter dem Motto »Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!« machte die Volksfrontbewegung für ihn erst zum Erfolg; denn sie zog die Mehrheit der linksrepublikanischen Kräfte nach. Sie alle waren der Illusion erlegen, der Reichspräsident werde zu seinem Eid auf die Reichsverfassung stehen.

Auf der anderen Seite der Gegner des Nationalsozialismus stand der Block für den »Arbeiterkandidaten« Ernst Thälmann. Er vereinte an die Seite der KPD die politischen Organisationen der Arbeiterbe-

wegung zwischen dieser Partei und der SPD. Chronologisch aufgeführt waren das: der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK), der 1926 aus dem noch im Ersten Weltkrieg entstandenen Internationalen Jugendbund hervorgegangen war; die Ende 1928 von oppositionellen Kommunisten gegen den ultralinken Kurs von Komintern und KPD gegründete KPD-Opposition (KPD-O); die 1930 von Anhängern Trotzki ins Leben gerufene deutsche Sektion der Linken Opposition (Bolschewiki-Leninisten), dann Internationale Kommunisten Deutschlands genannt; die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), welche 1931 von aus der SPD ausgeschlossenen Sozialisten, unzufriedenen KP-D-Olern und anderen Dissidenten formiert wurde, und schließlich bürgerliche radikale Republikaner, die lieber einen »akzeptablen Sozialdemokraten« gewählt hätten – so Carl von Ossietzky, der verantwortliche Redakteur der »Zeitschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft« »Die Weltbühne«. Die diversen Appelle dieser Zwischengruppen und Einzelpersonlichkeiten an alle Arbeiterorganisationen, sich zur Abwehr des deutschen Faschismus auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen, waren gescheitert. Eine aus ihren eigenen Reihen vorgeschlagene Persönlichkeit hätte ohnehin keine Chancen bei KPD und SPD gehabt. Die KPD, die sich als einzige linke, revolutionäre Partei gerierte, qualifizierte die Appelle als »sozialfaschistische Betrugsmanöver« ab. Die SPD, die seit Jahren Hauptziel des »antifaschistischen Kampfes« der KPD war, schwieg. Sie verstand sich als parlamentarisch-demokratisches Bollwerk gegen die Feinde der Weimarer Republik von links und rechts und stimmte von daher mit dem allgemein antitotalitären Grundton der Volksfront-Bewegung für Hindenburg überein

Nach ihren vergeblichen Bemühungen warben die Zwischengruppen und radikalen Republikaner für Thälmann. In ihm hatten sie zunächst nicht den Einheitskandidaten gesehen, war er doch ihrer übereinstimmenden Meinung nach der Protagonist der »Sozialfaschismus«-Theorie der KPD und ihrer Verlängerung, die auf qualitative Gleichsetzung von Preußenregierung, Notverordnungsdiktatur Brüning und Hitlerfaschismus hinauslief. Sie wollten mit ihrem Votum, das ausdrücklich keines für die KPD war, trotz oder gerade wegen der zu erwartenden aussichtslosen Chancen des Kandidaten demonstrieren, dass es eine Möglichkeit gegeben hätte, den faschistischen Angriff auf die Arbeiterorganisationen und den noch verbliebenen demokra-

tischen Freiraum abzuschlagen. Durch solche gemeinsame Abwehr, meinten sie, hätte die Basis für eine offensiv gegen die Macht des Kapitals gerichtete Einheitsfront, die aktiv den Kampf um die Macht aufnehmen könnte, geschaffen und die proletarische Revolution vorbereitet werden können. – Dass dies in der politischen Situation von 1932 rein zahlenmäßig schon unmöglich gewesen wäre, darauf hat Klaus Kinner bereits hingewiesen, allerdings bezieht er sich auf Ende 1932/Anfang 1933.² Bei genauer Betrachtung sehe ich auch für Anfang 1932 kaum eine Chance.

Festzuhalten ist: In der von den Gegnern des Nationalsozialismus herbeigeführten Konkurrenz Thälmann – Hindenburg um den Präsidentenstuhl findet die Spaltung der deutschen Linken, die im Rückblick als politisches Strukturmerkmal der Weimarer Republik erscheint, auf konstitutioneller Ebene 1932 ihren anschaulichen Höhepunkt. Ich ziehe den Begriff »deutsche Linke« also weit, beziehe alle Arbeiterorganisationen und -gruppierungen auf sozialistischer Grundlage, ob revolutionär oder reformistisch, ein. Ich beziehe ebenso die parteilosen Republikaner ein, deren demokratische und zumindest kapitalismus-kritische Grundhaltung von den Idealen der Französischen Revolution, »Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit«, inspiriert ist.

Nach der Übergabe der Reichskanzlerschaft am 30. Januar 1933 an Hitler durch den wieder gewählten Hindenburg fand sich die gespaltene deutsche Linke in ein- und demselben Lager wieder: in dem der Verfolgten.

1.2. Die Herausbildung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« im Exil in Paris 1935/36

Was hatte sich bis zum 2. Februar 1936 geändert, als sich im Hotel Lutetia in Paris eine ungefähr 87-köpfige Versammlung von sozialdemokratischen, sozialistischen, kommunistischen, christlichen Politikern und Gewerkschaftern und »bürgerlichen Demokraten« verschiedener Couleur, die aus beiden Oppositionslagern der Reichspräsidentenwahl

² Klaus Kinner: Deutscher Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Die Weimarer Zeit. Berlin 1999. S. 221.

1932 in die Emigration geflüchtet waren, darauf einigten, einen Volksfrontausschuss, offiziell noch »Engerer Ausschuss« oder »Provisorischer Vorstand« (des Lutetia-Kreises) genannt, zu konstituieren und ihm die Aufgabe zu übertragen, »eine Plattform zur Sammlung aller Oppositionsgruppen« aufstellen zu lassen? Als sie eine konzertierte Offensive im Kampf gegen den Faschismus in seiner aggressivsten Ausprägung des Nationalsozialismus startete – nach Innerdeutschland hinein mit einer von Sozialpatriotismus und Kultursozialismus getragenen »Kundgebung an das deutsche Volk«, dem Ausland gegenüber mit einem Aufruf »Für eine gemeinsame Amnestieaktion« und der Gründung eines Presseorgans in deutscher und französischer Ausgabe »Deutsche Informationen / Nouvelles d'Allemagne«, der Emigration gegenüber mit der Inangriffnahme der Broschüre »Eine Aufgabe. Die Schaffung der Deutschen Volksfront«, die allerdings nie publiziert wurde? Und, schließlich, als sie Heinrich Mann einstimmig zum überparteilichen Präsidenten wählte, ihn, der 1932 als Reichspräsidentenskandidat für die Linke nicht konsensfähig war, selbst für Hindenburg votierte, und dessen Bekenntnis zur Überparteilichkeit kein geringerer als der kommunistische Schriftsteller Johannes R. Becher als Agitation für eine »faschistische Volksgemeinschaft« gebrandmarkt hatte?

1.2.1. KPD und »Volksfront«

Betrachten wir zunächst die KPD, da sie als erste in der Emigration den Terminus »Volksfront« aufgriff und da von ihr ein parteienübergreifendes Bündnis in entscheidendem Maße abhing. Noch eine Bemerkung vorab: Wenn ich pauschal Partei- oder andere Organisationsnamen nenne, so ist doch, falls nicht ausdrücklich anders gesagt, stets die oberste Leitung, wie auch immer genannt, gemeint.

Bis Ende Januar 1935 propagierte das ZK der KPD in drei Dokumenten die Bildung einer »Volksfront«. Im August 1934 griff es die Volksfront-Losung der Reichspräsidenten-Wahlkampagne von 1932 auf, so als habe diese sich nicht auch gegen die KPD gerichtet. Anlässlich der für den 19. August angesetzten Volksabstimmung über die Zusammenlegung der Ämter des Anfang des Monats verstorbenen Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichskanzlers in die Hän-

de Hitlers als »Führer und Reichskanzler« propagierte es im Komintern-Organ »Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung« die Bildung einer »Volksfront gegen Hitler«. Doch nur im Ruf »gegen Hitler!« knüpfte der Appell an die Bewegung von 1932 an; weder schwor das ZK der »Sozialfaschismus«-Theorie und der damit einhergehenden Konzeption der Einheitsfront »von unten« noch der Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der Sowjets ab. Und dies, nachdem am 2. Juli 1934 bereits der Bezirk Saar der KPD – unter dem Druck der Komintern zwar – mit der inzwischen von der SPD losgelösten Sozialdemokratischen Partei des Saarlands (SPS) einen mit einer gegenseitigen Nichtangriffs-Klausel versehenen Aktionseinheitspakt gegen den Terror der »Deutschen Front« und für den gemeinsamen Kampf für den Status quo, d. h. Verbleib des Saargebiets unter Völkerbundshoheit bis nach dem Sturz des NS-Regimes, geschlossen hatte. Es war dies das erste Spitzenabkommen zwischen einer kommunistischen und einer sozialdemokratischen Parteiorganisation in der Geschichte der Komintern und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) seit 1923; erst am 27. Juli folgte der »pacte d'unité d'action« zwischen der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei Frankreichs (PCF bzw. SFIO).

Der zweite Aufruf des ZK der KPD zur Bildung einer »Volksfront« erschien am 8. November 1934. Er zeigt ein Doppelgesicht. Einerseits propagierte er eine »Volksfront« über Parteigrenzen hinweg und richtete seinen Blick besonders auf den katholischen Bevölkerungsteil. Damit sollten offensichtlich die Bestrebungen der Einheitsfront-Partner KPD/Saar und SPS und die sich abzeichnende breitere Bewegung für den Status quo, die sich »Freiheits-Front« nannte, von der KPD aber ab Anfang November schon als »Volksfront« bezeichnet wurde, gefördert werden. Dies war erst möglich geworden, nachdem das EKKI am 27. Oktober die für diese Politik eintretende Minderheit im ZK gegen die Ultralinken gestützt hatte. Andererseits waren für Innerdeutschland »Volksfront« und »Einheitsfront« eindeutig nach dem Muster der »Antifaschistischen Aktion« vom Sommer 1932 konzipiert, also Kampf »Klasse gegen Klasse«, Bündnisse nur »von unten« – was sich letztlich in erster Linie gegen die SPD-Führung und gegen die Partei als solche und ihre Mitglieder richtete.

Schließlich: Die Resolution des ZK vom 30. Januar 1935. Sie wurde auf Druck des EKKI nach einer Sitzung voller Tumulte verabschiedet.

Im Gegensatz zu dem viel versprechenden Titel »Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturz der faschistischen Diktatur« setzte sie bei genauem Hinsehen die innerdeutsche Linie des Aufrufs vom November des Vorjahres fort. Was man an der Saar erreicht hatte, war Geschichte. Die Einheits- und Volksfront an der Saar war beim Volksentscheid am 13. Januar 1935 von der »Heimins-Reich«-Front mit über 90 Prozent der Stimmen geschlagen worden – und dies just in der Phase, in der die Kominternführung intern noch über die Linie des VII. Weltkongresses stritt. Nach dem Willen von Georgi Dimitroff, dem die ideologische Vorbereitung übertragen worden war, nachdem er nach seiner Ankunft in Moskau begonnen hatte, an die bis in die internationale Sozialdemokratie hineinragenden Solidaritätskampagnen während und nach dem Leipziger Reichstagsbrandprozess wieder anzuknüpfen, sollte der Kongress, dessen Beginn bereits verschoben worden war, eine Wende hin zu einem positiveren Verhältnis zur Sozialdemokratie einleiten. Die Kommentare zur haushohen Niederlage an der Saar, die bis weit in den März 1935 hinein in der Komintern- und KPD-Presse erschienen, liefen auf Kritik und Selbstkritik der (Saar-)KPD-Funktionäre hinaus; vorgeworfen wurde ihnen u. a., dass sie sich der SPS und ihrem Programm für den Status quo post unterworfen, den nationalen Aspekt und die irrationalen Triebfedern vernachlässigt hätten. Die Hauptschuld wurde indes dem Prager Exilvorstand der SPD (Sopade) und dem Klerus bzw. dem Vatikan zugeschoben. Auf diese Weise wurde die Linie der Resolution vom 30. Januar untermauert. »Einheitsfront« war nur mehr »von unten«, auf Betriebs-, Orts- und Bezirksebene und durch ein Abkommen mit der Opposition zur Sopade gestattet – gedacht war an die Gruppe der Revolutionären Sozialisten. Damit wurde allerdings die schärfste der zur Theorie erhobenen Sozialfaschismus-Thesen, die besagte, dass die linken Sozialdemokraten die schlimmsten Sozialfaschisten seien, da sie revolutionäre Kräfte weiterhin an die Reformisten binde, fallengelassen. »Antifaschistische Volksfront« war der Resolution vom 30. Januar 1935 zufolge die (Zusammen-)Arbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten und Katholiken in den nationalsozialistischen Massenorganisationen und -institutionen, vor allem in der Deutschen Arbeitsfront (DAF), zur Wahrnehmung der »Volksinteressen« gegen kapitalistische Ausbeutung, Unterdrückung und Terror. Daraus sollte letztlich der »Kampf gegen die faschistische Diktatur, [...

der] Kampf für die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats, zur Schaffung eines freien sozialistischen Räte-Deutschlands« resultieren. Für diese Entrismus-Konzeption inaugurierte Dimitroff auf dem VII. Weltkongress die Bezeichnung »Taktik des Trojanischen Pferdes«. Verbal orientierte sich das ZK der KPD an der Weiterentwicklung der Einheitsfront in Frankreich, nachdem das Zentralorgan des PCF, »L'Humanité«, am 12. November 1934 erstmals zur Bildung einer »large front populaire français antifasciste« gegen Reaktion, Wirtschaftskurs und Sozialabbau der Regierung der »Union Nationale« aufgerufen hatte. Die KPD-Führer übersahen aber, dass es in NS-Deutschland kein demokratisches Manövriertfeld mehr gab. (Ich möchte einen wenig beachteten Hintergrund dieser Resolution hinzufügen, weil sich hier die innere Zerrissenheit und Ratlosigkeit der KPD- und der Komintern-Führung offenbart: Viel mehr noch als nach außen war das Dokument für die eigenen Parteimitglieder bestimmt. Es war eine Kampfansage an die »Versöhnler«, die für die in der Resolution aufgezählten Fehler und Versäumnisse der Partei in der Vergangenheit schuldig befunden wurden.)

Von der KPD waren denn auch bis zum VII. Weltkongress – er fand schließlich nach nochmaliger Verschiebung vom 25. Juli bis 21. August in Moskau statt – und der Akzeptierung der dort getroffenen Entscheidungen auf der »Brüsseler« Parteikonferenz, die vom 3. bis 15. Oktober in Kunccevo bei Moskau durchgeführt wurde, keine neuen Perspektiven, die Grundlage für Angebote und Verhandlungen in Richtung politische Einheitsfront mit der SPD und darauf aufbauende Volksfront hätten sein können, zu erwarten.

1.2.2. Neue Initiativen und Reaktionen

Die neue Initiative kam von Max Braun. Er hatte als Vorsitzender der SPS gute Erfahrungen mit der Status quo-Bewegung an der Saar gemacht. Ende Mai 1935 griff er den »Gedanken einer großen Freiheits- oder Volksfront für den Kampf gegen Hitler« wieder auf, nunmehr für ganz Deutschland. Dafür wollte er zunächst die gesamte Emigration gewinnen. Bis zum Beginn des VII. Weltkongresses der Komintern gelang es ihm, den linksliberalen Chefredakteur des »Pariser Tageblatts«, Georg Bernhard, den Sozialdemokraten (Menschewiken) Ge-

org Denicke (Jurij Denike) alias Georg Decker, dann auch weitere emigrierte Freunde aus der SPD, mit denen er von 1933 bis zum Januar 1935 politisch und journalistisch in Saarbrücken zusammengearbeitet hatte, zu gewinnen. Darüber hinaus konnte er den Chefredakteur der KPD-Wochenzeitung »Der Gegen-Angriff« in Prag, Bruno Frei, und Willi Münzenberg, den Propagandisten des internationalen Kommunismus und Organisator überparteilicher Hilfsorganisationen, interessieren. Die Aktionen der beiden Letztgenannten liefen über verschiedene Gleise, aber in dieselbe Richtung: Frei agierte auf der Schiene der Solidarität mit Erfolg in die Reihen der Schriftsteller und Publizisten verschiedener politischer Richtungen hinein, die sich 1934/Anfang 1935 gegen die Rückgliederung des Saargebiets an Nazi-Deutschland engagiert hatten, als er im »Gegen-Angriff« aufrief, sich zur Bildung einer »Deutschen Front gegen (den) Hitler-Terror« und für die Unterstützung der Opfer zu äußern. Die Kampagne des »Gegen-Angriffs« darf als Begleitung des Ersten Internationalen Schriftstellerkongresses zur Verteidigung der Kultur in Paris und des 7. Solidaritätstages der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) im Pariser Vorort Montreuil, beide im Juni, gesehen werden. Der Schriftstellerkongress sprach die Solidar- und Kulturgemeinschaft der weltanschaulich heterogenen Intellektuellen gegenüber der Barbarei des (deutschen) Faschismus an; er brachte bürgerliche und marxistische Traditionen einschließlich ihrer nationalen und internationalen Komponenten in dem mehrheitlich als revolutionär empfundenen Amalgam »realer« oder »sozialistischer Humanismus« zusammen – woraus deutsche Schriftsteller als Zielsetzung des Kampfes gegen das Dritte Reich ein »Deutschland von Goethe und Marx« destillierten und Heinrich Mann als einem Vertreter dieses »eentlichen [...] wahren Deutschland« applaudierten. Die IAH-Solidaritätstagung war eine Demonstration des »Volkes« für den »Front populaire«. Die etwa 60 000 Teilnehmer waren in der Kommunistischen, der Sozialistischen, der bürgerlichen Radikalsozialistischen und anderen Parteien des Mitte-Links-Spektrums Frankreichs, in Gewerkschaften, linken Frontkämpfer-Verbänden und überparteilichen Organisationen mit humanitären Zielsetzungen organisiert. Die Solidarität mit den deutschen Hitlergegnern, die sich an der Kampagne zur Freilassung von Dimitroff und Thälmann entzündet und selbst zur Einigung zwischen den Linkskräften in Frankreich beigetragen hatte, mündete in den Mahnruf an die »Ver-

treter aller antifaschistischen Parteien und Organisationen Deutschlands«, sich endlich zu einigen. Emigranten, die jahrelang vergeblich das gleiche gefordert hatten – darunter der ISK und z. B. Heinrich Mann in seiner Würdigung des sogenannten Prager Manifests des SPD-Exil-Vorstands zum 30. Januar 1934 (»Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus«) –, begrüßten den Montreuil-Aufruf als willkommene Einmischung in die Auseinandersetzungen, ja Feindschaften innerhalb der deutschen Emigration.

Münzenberg erinnerte an die seit der Wiedereinführung der Wehrpflicht und der Umgestaltung der Reichswehr in die Wehrmacht im März 1935 erhöhte Gefahr eines von NS-Deutschland ausgehenden Krieges, als er am 20. Juli nach einer Sitzung des Polbüros in Moskau gezielt links-sozialdemokratische, sozialistische, liberal-demokratische und parteilose Pazifisten anscrieb. Die meisten der Adressierten nahmen noch nicht an den Gesprächen über Möglichkeiten und Inhalte einer deutschen Volksfront teil, die in Paris seit Juni in losem Kreis von größtenteils ebenfalls pazifistisch gesinnten Sozialdemokraten, Sozialisten, Parteilosen, kommunistischen Sympathisanten und einigen Mitgliedern der KPD, die jedoch alle offiziell überparteiliche Organisationen vertraten, stattfanden und die durch den offiziellen Beitritt der Radikalsozialisten Partei zum »Front populaire« am französischen Nationalfeiertag des 14. Juli weiter stimuliert wurden. ZK-Mitglied Wilhelm Koenen war offensichtlich beauftragt, in dem sich erweiternden Kreis die heterogenen Meinungen und Argumente zu sondieren, dabei die Diskussionen in die Richtung zu lenken, wie ein Krieg verhindert werden könnte. In Moskau war bereits das »Projekt eines Weltfriedenskongresses« anvisiert worden, und Wilhelm Pieck, Vorsitzender der KPD und Mitglied des EKKI, hatte Münzenberg als Organisator vorgeschlagen. Doch für alle Nichtkommunisten einschließlich der KPD-Sympathisanten hatten Aspekte wie Bündnispartner, politisches Programm für das Deutschland nach Hitler und hier vor allem Sicherung der Demokratie, organisatorische Verfestigung und deren Name Priorität, um überhaupt über den eigenen kleinen Kreis hinaus zur Sammlung der Opposition beitragen zu können. Hinsichtlich des Namens setzten sie durch, ihren Diskussionskreis »Vorläufiger Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« zu nennen; im August wurde dieser Ausschuss als »Vorbereitender Ausschuss zur Schaffung einer deutschen Volksfront« personell und insti-

tutionell verankert, doch der erste Name blieb daneben bestehen. Eine inhaltliche Fixierung wussten Koenen und Genossen indes auf die lange Bank zu schieben.

Erst Münzenberg konnte nach seiner Rückkehr vom VII. Weltkongress, am 13. September, mit neuen Direktiven und persönlichem Mandat das Dilemma der KPD-Vertreter in Paris zwischen Anweisungen aus Moskau und Ansprüchen der Gesprächspartner an eine Volksfront einer Lösung näher bringen. Den vom neuen Generalsekretär der Komintern, Dimitroff, erhaltenen Auftrag, unter der Losung der »Volksfront« in Paris eine politisch breite Friedensbewegung zur Vorbereitung eines Weltfriedenskongresses aufzubauen, delegierte er an den Kominternfunktionär Ludovic Brecher alias Louis Dolivet. Bereits am 25. September, als die Krise zwischen Italien und Abessinien (Äthiopien) ihrem Höhepunkt zutrieb, trat das »Rassemblement Universel pour la Paix« (RUP), die Weltbewegung für den Frieden, an die Öffentlichkeit. Ziel war, das System der Kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbunds »von unten« zu stärken. Die Kriegs- bzw. Friedensfrage war somit aus den Pariser Diskussionen um eine deutsche Volksfront ausgeklammert, vorläufig wenigstens. Selbst knüpfte Münzenberg alte und neue Kontakte zu links- und eher konservativ-bürgerlichen Intellektuellen, zu Katholiken und Sozialdemokraten. Mit Hilfe von Max Braun berief er für den 26. September die erste größere politische Versammlung ins Hotel Lutetia ein. Dort erläuterten er und Koenen die »wichtigsten Erklärungen« des VII. Weltkongresses und entwickelten daraus im Hinblick auf die Sammlung aller antihitlerischen Kräfte in einer Volksfront programmatische Folgerungen für den Aufbau eines neuen Deutschlands: Den Kern der Volksfront sollte die proletarische Einheitsfront auf der Grundlage der Anerkennung der Sozialdemokratie als antifaschistischer, gleichberechtigter Partner bilden; die weitgehenden politischen Freiheiten sollten Gewissens- und Religionsfreiheit einschließen; eine Nationalversammlung sollte nach dem Sturz des NS-Regimes die demokratische Entwicklung einleiten. Ziel sei, so Münzenberg, »eine demokratische Republik nach Weimarer Muster«, allerdings sozialistisch. Die meisten nicht-kommunistischen Teilnehmer der Sitzung waren ob dieser allgemeinen Voraussichten beruhigt. Sie verzichteten auf eine Diskussion des von Max Braun vorgelegten Vorschlags zur Gründung eines »Bundes ›Das kommende Deutschland‹«, obgleich sie mit der Tendenz der da-

rin enthaltenen detaillierten Richtlinien, wenn auch dezidiert sozialdemokratisch, im großen und ganzen übereinstimmten. In diesem frühen Stadium eines möglichen Bündnisses weltanschaulich und politisch divergierender Kräfte, die auf der Sitzung vertreten waren, wollte man sich weder auf ein aktuelles noch auf ein für die Zukunft bestimmtes Programm festlegen, sondern weitere Meinungen peilen. Münzenberg war vor allem daran gelegen, Vorstellungen bürgerlicher Demokraten einzuholen.

Kritik an der bürgerlich-liberal-demokratischen Volksfrontideologie, die sich am 26. September, dann auf der Versammlung des inzwischen nach dem Tagungsort genannten Lutetia-Kreises am 22. November manifestierte und die in Heinrich Mann als dem Vorsitzenden des am 26. September gewählten »Lutetia-Comités« ihre personelle Spitze hatte, kam von verschiedenen Seiten: von Einzelpersonlichkeiten aus dem Kreis des Vorbereitenden Ausschusses zur Schaffung einer deutschen Volksfront; vom ISK, der im Vorbereitenden Ausschuss vertreten war, und von den Sopade-oppositionellen Gruppen Revolutionäre Sozialisten und Neu Beginnen; von der SAP, und selbstverständlich auch von den IKD und der KPD-O, die beide allerdings weder an einer Einheitsfront mit der KPD noch gar an einer »Volksfront« interessiert waren. Umgekehrt wollte die KPD-Führung weder sie, noch, mit Ausnahme der Revolutionären Sozialisten, die eventuell als Transmissionsriemen zur Sopade oder als Spaltpilz dienen konnten, die anderen Gruppierungen in eine wie auch immer geartete Front gegen das Hitler-Regime zulassen. Vor allem denjenigen, die auf der »Brüsseler« Parteikonferenz – an der Münzenberg übrigens nicht teilnahm – die »Ultralinken« aus ZK und Polbüro ausschalteten, ging es lediglich darum, die SPD für eine »Einheitsfront« zu gewinnen und das Bürgertum bis weit in das konservative Spektrum hinein in »Organe der Volksfront« einzubinden. Diese Konzeption war im Grunde, wenn auch als »taktisch« motiviert, ein Imitat der Koalitionspolitik der SPD vor 1933.

Revolutionäre Sozialisten (RS) und SAP waren insbesondere von der Wahl einer Nationalversammlung nach dem Sturz des NS-Regimes alarmiert, die Münzenberg und Koenen angekündigt hatten und die in dem für die parteiüberschreitende Öffentlichkeit bestimmten »Manifest« der »Brüsseler« Konferenz festgeschrieben wurde. Hatte doch die Nationalversammlung Anfang 1919 ihrer Meinung nach die

Weichen für eine antirevolutionäre, letztlich kapitalistisch-reaktionäre Entwicklung der Weimarer Republik gestellt, die schließlich in den die Arbeiterorganisationen vernichtenden Nationalsozialismus mündete. (Dass die Wahl einer Nationalversammlung von einer Kommission des neu zusammengesetzten Polbüros aus der am 1. Dezember 1935 verabschiedeten endgültigen Fassung des Manifests der »Brüsseler« Konferenz wieder gestrichen wurde, konnten sie nicht ahnen.) Während die RS sich als politische Gruppe bereits auf der September-Tagung in die Pariser Debatten um eine deutsche Volksfront eingeschaltet hatten, zog die SAP erst ab November 1935 taktische Konsequenzen aus der Politik der KPD. Diese liefen darauf hinaus, einen proletarisch-revolutionären Kern der deutschen Arbeiterbewegung innerhalb der Volksfrontbewegung aufzubauen und zu festigen. Das kann freilich auch als Rationalisierung ihrer Isolierung gedeutet werden, in die sie durch das Beharren auf dem Anspruch, jenseits von KPD und SPD die wahre revolutionäre Partei zu sein, geraten war. Gemeinsam mit den Revolutionären Sozialisten verfolgte die SAP nunmehr die Strategie, die Gefahr einer Wiederholung der politischen Machtübernahme durch die Bourgeoisie und der Unterdrückung der Arbeiterklasse wie in der Weimarer Republik abzuwehren. Daraus folgte die Taktik: »In die Volksfront hinein und sie von innen revolutionieren«, um die Möglichkeit der proletarischen Revolution offen zu halten.

Auf der Lutetia-Konferenz vom 2. Februar 1936 und in den Reaktionen auf ihre Ergebnisse manifestiert sich eine Verschiebung innerhalb der deutschen Linken. Vom »Arbeiterkandidaten«-Block der Reichspräsidenten-Wahlkampagne 1932 sind lediglich die IKD und die KPD-O als geschlossene Parteien übrig geblieben. Neu Beginnen, das sich erst 1934 als eigenständige Gruppe der Sozialdemokratie herauskristallisiert und von deren aus KPD, SPD, KPD-O stammenden Mitgliedern man nicht weiß, für welchen der beiden antinationalsozialistischen Kandidaten sie 1932 gestimmt haben, verhält sich abwartend. Der ISK ist bereits dem Vorbereitenden Ausschuss, wenn auch kritisch, verbunden. Von der SAP folgt – was hier nicht behandelt ist – vor allem die Emigration in Prag nicht der Entscheidung der Auslandszentrale mit Hauptsitz in Paris, sich am Volksfront-Bündnis mit bürgerlichen Kräften zu beteiligen; dennoch sind die SAPler am 2. Februar und dann im Volksfrontausschuss die einzigen, die offiziell

ihre Partei vertreten. Die KPD schwenkt auf »Volksfront« mit SPD und Bürgertum ein, bekennt sich aber auch in der Folgezeit nicht als offiziell am Volksfrontausschuss teilnehmende Partei, solange die SPD als Partei draußen bleibt. Der SPD-Vorstand verweigert sich jedoch einer gemeinsamen Front mit Kommunisten, zumal weder das ZK noch das EKKI bereit sind, einem Burgfriedensvertrag zuzustimmen, wie zwischen KPD/Saar und SPS und PCF und SFIO geschehen, wie von Münzenberg und dem Sozialdemokraten Victor Schiff gemeinsam als »Vereinbarung zwischen den Zentralleitungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) und der Kommunistischen Partei Deutschlands«, mit einem Zusatz vom SPD-Vorsitzenden Otto Wels, entworfen. Damit ist das Scheitern der Besprechung zwischen Vertretern beider Seiten im November 1935 vorprogrammiert. Die Sopade lehnt nunmehr selbst eine Zusammenarbeit »von Fall zu Fall« ab und versucht, alle Parteimitglieder darauf zu verpflichten. Die KPD-Führung proklamiert eine breite, das Bürgertum umfassende »Volksfront gegen Hitler«, die SPD-Führung setzt auf eine »Volksfront« gegen Hitler mit eben dem Bürgertum, aber ohne die KPD: Siehe da, die alte Konstellation, die gravierendste Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, setzt sich fort. Diejenigen Sozialdemokraten in Paris, die, unterstützt von Genossen in anderen Exilzentren, sehr wohl mit den Kommunisten zusammenarbeiten – wobei der Name des organisatorischen Rahmens manchen zunächst nicht so wichtig erscheint –, versuchen eine Brücke zu schlagen. Vor allem geht es ihnen wie den durchweg von ihnen ungeliebten bürgerlichen Demokraten darum, das öffentliche Bekenntnis der KPD-Führung zu den demokratischen Bürger- und Freiheitsrechten auszuloten und die Partei darauf festzunageln.

2. Kommunistische »Volksfront«-Variationen

Nach dem Willen der KPD sollte die Losung »Volksfront«, analog zu »Front populaire« in Frankreich, der Sammlung der Opposition innerhalb Deutschlands vorbehalten bleiben und nichts mit der Emigration zu tun haben. Zwar hatte Koenen dem Drängen der bürgerlichen Demokraten nachgeben müssen, in der Öffentlichkeit präsentierte sich der »Vorbereitende Ausschuss zur Schaffung einer deutschen Volks-

front« ab September 1935 jedoch unter dem Namen »Aktionsausschuss für Freiheit in Deutschland«. Die Versammlung vom 26. September 1935 fand unter der Kompromiss-Bezeichnung »Freiheitsausschuss-Sitzung« statt, und das dort gewählte Gremium firmierte unter »Lutetia-Comité«. Die Lutetia-Konferenz vom 2. Februar 1936 bestellte zurückhaltend einen »Engeren Ausschuss« bzw. »Provisorischen Vorstand«, den aber bald selbst ZK-Mitglieder als »Volksfrontausschuss« bezeichneten – sehr zum Ärger von Walter Ulbricht, der überhaupt die Februar-Konferenz und ihre Ergebnisse heftig kritisierte. Offenbar trieb ihn die Sorge um, die illegalen Kader in Deutschland, die größtenteils noch nicht über die vom VII. Weltkongress der Komintern und der anschließenden »Brüsseler« Konferenz der KPD vorgenommene politische Wende, geschweige denn über den relativ unabhängig von Moskau (Pol-Büro) und Prag (Sopade) verlaufenen Annäherungsprozess in Paris zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten, bürgerlichen Demokraten und Auslandzentrale der SAP in Paris unterrichtet waren, könnten sich von der Partei abwenden. Erst auf der Tagung vom 9. Juni 1936 konnte sich der inzwischen erweiterte Provisorische Vorstand des Lutetia-Kreises in Anwesenheit des aus Moskau zur Tagung des Polbüro der KPD angereisten Pieck einvernehmlich den offiziellen Namen »Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« geben. Die KPD konnte schließlich damit leben, war »Volksfront« doch historisch (in Deutschland) und aktuell (in Frankreich und Spanien) geprägt und im Hinblick auf das Verhältnis von inner-deutschem Widerstand und Emigration neutral.

Im Oktober 1936, als schon seit Monaten Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien mit Mann und Waffen an der Seite der aufständischen Generäle in den Bürgerkrieg in Spanien eingriffen und die NSDAP gerade auf ihrem Parteitag in Nürnberg den Kreuzzug gegen »Bolschewismus und Demokratie« und den neuen Vierjahresplan im Zeichen der Hochrüstung verkündet hatte, veröffentlichte Ulbricht einen mit »ZK der KPD« unterzeichneten Aufruf an das deutsche Volk, in dem er explizit die »Versöhnung des deutschen Volkes für Frieden, Freiheit und Wohlstand, gegen die 3000 Millionäre«, die »Versöhnung der antifaschistischen und der nationalsozialistischen Massen«, »treue Kameradschaft« propagierte. In der Überschrift zum namentlich gezeichneten Kommentar fügte Ulbricht hinzu: »gegen die Kriegstreiber. Der Weg zum Sturz Hitlers«. Nur hier sprach er von der »Schaf-

fung der Volksfront in Deutschland«. »Volksfrontpropaganda«, schrieb er, »genügt [...] allein nicht. Es ist notwendig, die Politik der Volksfront so anzuwenden, daß die große Initiative der Volksmassen für ihre gerechten Forderungen entfaltet wird.« Und die »Volksmassen«, »sie wollen die Durchführung der alten sozialen Forderungen der NSDAP«. Im Aufruf selbst wurde implizit gesagt, dass »der deutsche Sozialismus auf diesem Wege erkämpft« werde.

In nuce war »Versöhnung« in früheren Verlautbarungen angelegt, so in Dimitroffs Ausführungen auf dem VII. Weltkongress über die »Aufgabe der Massen«; so in Herbert Wehners Vorschlag auf der »Brüsseler« Konferenz, mit Hilfe des Nachdrucks »große[r] Teile des Sofortprogramms der NSDAP« das NS-Regime in Verlegenheit zu bringen und Enttäuschte, in der Wirtschaftskrise Verführte für die KPD (zurück) zu gewinnen; so in dem Passus »An die werktätigen Anhänger des Nationalsozialismus« in den »Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront«, die Pieck im Juni des Jahres aus Moskau nach Paris mitgebracht hatte. Doch keiner beraubte die »Volksfront« ihrer ideologischen, antinationalsozialistischen Dynamik, wie es Ulbricht in seinem mit subtilem Antisemitismus gespickten Appell an die rein materiellen Instinkte nichtstrukturierter Massen tat.

Die schärfste Kritik am Versöhnungs-Aufruf Ulbrichts kam aus Moskau, von dem völlig überraschten Pieck und vom EKKI. Im Februar/März 1937 jedoch, als es der UdSSR immer dringlicher erschien, den Krieg in Spanien zu lokalisieren, um sich selbst vor der Verwicklung in einen Krieg zu schützen, warf das EKKI das Ruder der »Volksfront« herum und schwenkte auf den Kurs ein, den Ulbricht vorweggenommen hatte. Es legalisierte sozusagen die »Versöhnung«, indem es die »Taktik des Trojanischen Pferdes« als kameradschaftliche Mitarbeit, möglichst durch Übernahme von Funktionen in den NS-Massenorganisationen, verbindlich stellte. »Volksfront für Deutschland« war des weiteren Kampf in Spanien mit der Waffe in der Hand, bei gleichzeitiger Verhinderung eines Übergreifens des Befreiungskampfes auf deutschen Boden. Rigoroser Kampf gegen den »Trotzkismus« schließlich wurde als Bedingung des Kampfes für die »Volksfront« hingestellt – und als »Trotzkisten« wurden, abgesehen von (ehemaligen) Parteimitgliedern, zunehmend auch alle diejenigen Parteien, Gruppen und Einzelpersonlichkeiten gebrandmarkt, die die kommunistische Politik kri-

tisierten; die den Terror, die Säuberungen, die Prozesse in der UdSSR verurteilten; die revolutionär-sozialistische Positionen vertraten.

Bereits seit der »Brüsseler« Konferenz vermied die KPD es, in ihren Verlautbarungen »Sozialismus« als Ziel des Kampfes gegen den Nationalsozialismus zu benennen, und trachtete sie, außer diesen Terminus auch die Festschreibung wirtschaftlicher Mindestvoraussetzungen zur Sicherung der Demokratie im post-nationalsozialistischen Deutschland – wie Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und der Großbanken, Enteignung des Großgrundbesitzes und weitere Maßnahmen im Agrarsektor zugunsten der Bauern – aus Erklärungen des Volksfrontausschusses herauszuhalten, mindestens als Eventualität abzuschwächen. Sie wurde in dieser Frage selbst von den bürgerlichen Demokraten links überholt, wie die seit Juli/August 1936 laufenden Diskussionen innerhalb und außerhalb der Programmkommission des Volksfrontausschusses um einen Appell an das deutsche Volk zeigen. Schließlich trugen die Nichtkommunisten einen (Kompromiss-) Sieg gegen Ulbricht und den schweigenden Wehner davon, so dass der Volksfrontausschuss den Appell »Bildet die deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot!« auf seiner Sitzung vom 21. Dezember verabschieden konnte. Versehen mit den Unterschriften von Sozialdemokraten, Kommunisten, SAPern und Intellektuellen verschiedener politischer Couleur veröffentlichten ihn im Januar 1937 zahlreiche Emigranten- und ausländische, hier vor allem französische Zeitungen und Zeitschriften. Die heftige Kritik Ulbrichts daran, dass die nichtkommunistischen Teilnehmer der erweiterten Konferenz des Volksfrontausschusses im April 1937 in der »Botschaft an das deutsche Volk« die Formulierung durchsetzten: »Wir wollen, daß auf der Grundlage der neu eroberten demokratischen Freiheiten das deutsche Volk ein freies, glückliches, *sozialistisches* [Hervorhebung ULA] Deutschland erkämpft!«, belegt, dass die Definition des Faschismus, die der VII. Weltkongress ausgegeben und eng interpretiert hatte, nunmehr von Seiten der Komintern und der KPD sehr weit ausgelegt wurde und damit einen amorphen »Antifaschismus« zum Schutze der Sowjetunion vor einem Krieg unter dem Schlagwort »Volksfront« legitimierte. Noch deutlicher wird dies in dem Artikel von Anton Ackermann, »Die Volksfront und die demokratische Volksrepublik«, in Nr. 3/4 1937 von »Die Internationale«. Darin charakterisierte er die »Aktionseinheit aller Arbeiter unabhängig welcher Partei sie angehören und welcher

Weltanschauung sie sind«, und die »breitesten Kräfte über das Proletariat hinaus«, die im ganzen »Neunzehntel des deutschen Volkes« ausmachten, als »Volksfront«, somit als Träger einer unblutig konzipierten »Volksrevolution« zum Sturz des nationalsozialistischen Regimes mit seiner »provokatorischen Aufrüstungs- und Kriegspolitik« und zur Errichtung der »demokratischen Volksrepublik«. Die öffentliche, offizielle Abwendung von der Sozialdemokratie, auf die der VII. Weltkongress zugegangen war, die aber nicht hatte gewonnen werden können, und die Hinwendung zu wahlweisen Bündnissen markiert Dimitroffs vehemente Polemik gegen den »Sozialdemokratismus« in seinem Artikel »Die Sowjetunion und die Arbeiterklasse« zum 20. Jahrestag der bolschewistischen Revolution im November 1937. Wahrscheinlich war der Artikel auch auf die »Versöhnler«, jetzt »Trotzkisten« in den eigenen Reihen gemünzt.

Ohne den Krieg in Spanien ist meiner Analyse nach alles dies in dieser Form und in diesem auch international sich auswirkenden Ausmaß, gerechtfertigt mit der Standard-Gleichsetzung »Kritiker der Politik der Sowjetunion« – »Feind der Sowjetunion« – »Trotzkist« – »Gestapo-Agent«, nicht zu denken. Der Krieg in Spanien wurde der Höhepunkt der internationalen Solidarität und antifaschistischen Volksfrontbewegung der Linken mit all ihren Hoffnungen – und wirkt heute noch im Gedächtnis der Kämpfer so nach –, er trug jedoch von den ersten Tagen an deren Todeskeim in sich. Er offenbarte zum einen das Dilemma der demokratischen Staaten Frankreich und Großbritannien, durch Lokalisierung mittels Nichtintervention den großen Krieg verhindern zu wollen, dadurch jedoch zum Sieg einer weiteren reaktionären Diktatur in Europa beizutragen. Zum anderen offenbarte sich parallel zum Kriegsverlauf die Konsequenz der defensiven, auf den Schutz des »Vaterlandes des Sozialismus« vor einem vom deutschen Faschismus ausgehenden Krieg bedachten Konzeption der »antifaschistischen Volksfront« der Komintern. Die Devise »Kampf gegen den Faschismus ist Kampf gegen den Krieg« wurde gewendet zu »Kampf gegen den Krieg ist Kampf gegen den Faschismus«.

3. Die Einschätzung des VII. Weltkongresses der Komintern und des Front populaire

Es war den meisten deutschen Emigranten – und nicht nur diesen – klar, dass die strategische Wende, die die Komintern auf ihrem VII. Weltkongress mit der Inaugurierung der »Einheitsfront auf neue Art« und der darüber hinausgehenden »Volksfront« im Weltmaßstab primär im außenpolitischen Interesse der Sowjetunion begründet lag. Dass es legitim sei, sich selbst zu schützen angesichts der existentiellen Bedrohung von Seiten des deutschen und des japanischen Faschismus, wurde von niemandem bestritten; die Frage aber, wie dies zu geschehen habe, wurde sehr unterschiedlich beantwortet. Politisch und weltanschaulich sehr divergierende Persönlichkeiten werteten die Ergebnisse des VII. Weltkongresses als Hinwendung Moskaus zur »Realpolitik«. Ich nenne nur: den liberalen aristokratischen, die deutsch-französische Verständigung aktiv fördernden Pazifisten Hellmut von Gerlach; den revolutionären Pazifisten Kurt Hiller, den sozialdemokratischen Saar-Volksfrontler Max Braun; den Journalisten Hermann Budzislawski, der die von ihm herausgegebene und verantwortlich redigierte »Neue Weltbühne« in den Dienst der Diskussionen um proletarische Einheitsfront und breitere antifaschistische Volksfront stellte; das mit volkssozialistischem Gedankengut liebäugelnde Sopade-Mitglied Friedrich Stampfer; den nationalsozialistischen Dissidenten und Führer der zumindest in der Illegalität in Berlin recht einflussreichen »Schwarzen Front« Otto Strasser. Kriterien für ihre im Prinzip positive Beurteilung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses waren: die Einsicht, dass der (Hitler-)Faschismus eine tödliche Gefahr sei nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für die gesamte Arbeiterklasse, ihre nationalen und internationalen Organisationen, ebenso für die geistige und materielle Bewegungsfreiheit einer Reihe anderer Schichten und Klassen, insbesondere der Intellektuellen, zum dritten für die demokratisch konstituierten Staaten; die Anerkennung der bürgerlichen Demokratie als (Kampf-)Boden für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Veränderungen; die Erkennung der Sozialdemokratie als Vertreterin von Prinzipien und Interessen eines großen Teils des westeuropäischen Proletariats und als Partner im antifaschistischen Kampf.

SAP, KPD-O, IKD werteten insbesondere die Volksfront-Konzeption als einen eklatanten Bruch mit den marxistisch-leninistischen Prinzipien des revolutionären Sozialismus und Internationalismus. Die Mitte 1936 einsetzenden Säuberungen und Schauprozesse in der Sowjetunion und die »Trotzkisten«-Hatz sahen sie dann als Beweis für ihre Einschätzung. Als ersten Schritt auf diesem »Irrweg« machten sie übereinstimmend die bereits im Herbst 1924 von Stalin ventilierte, offiziell im April 1925 inaugurierte Doktrin vom »Aufbau des Sozialismus in einem Lande« aus. Im allgemeinen orientierten sie sich in ihrer kritischen Beurteilung des neuen Komintern-Kurses am Theoretiker und Strategen Lenin, vor allem an dessen Schrift »Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung« (1902). Umgekehrt sicherten sich Komintern und KPD vornehmlich mit Zitaten des Taktikers Lenin ab, und zwar aus den in Zeiten der Bedrängnis der Revolution verfassten Traktaten »Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution« (1905) und »Der Radikalismus. Die Kinderkrankheit des Kommunismus. Versuch einer populären Darstellung der marxistischen Strategie und Taktik« (1920).

Rudolf Hilferding, bis 1953 im Parteivorstand der SPD, Verfasser des sogenannten Prager Manifests zum 30. Januar 1934, »Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«, zog, allerdings in einem Privatbrief, die weitestgehenden Schlussfolgerungen aus dem VII. Weltkongress. Er sah »völlige geistige Kapitulation« auf Seiten der Komintern, auf Seiten der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie aber die Chance, ja die Pflicht, statt mit kommunistischen Organisationen Einheitsfrontpakte zu schließen, die »das moralische Prestige [...] wiederherstellen«, zu versuchen, von diesen durch eine »energische Taktik [...] nicht nur das bedingungslose Eintreten für die Demokratie [...] zu erreichen, sondern auch die Liquidation der kleinen kommunistischen Parteien in den Westländern und damit erst die Komm[unistische] Internat[ionale] wirklich verhandlungsfähig [zu] machen«. – Nebenbei bemerkt: Dass eine Wiedervereinigung der Internationalen nur unter den Fahnen der auf demokratischen Prinzipien aufgebauten Sozialdemokratie geschehen könne, war seitens dieser schon immer eine *conditio sine qua non* gewesen, ganz gleich, ob dabei vorausgesetzt wurde, dass auch sie selbst sich ändern, d. h. revolutionär[er] werden müsse oder nicht. Der Hilferding'schen Position kam man in der Gruppe Neu

Beginnen nahe: Die Komintern solle, da undemokratisch, aufgelöst werden, dann könnten die kommunistischen Parteien und die Sowjetunion an Demokratie herangeführt und in einen gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus eingebunden werden, so der Tenor eines Diskussions-Memorandums.

Zweifel blieben vielen und in den verschiedensten parteipolitischen Gruppierungen hinsichtlich der »Ehrlichkeit«, der »Dauer«, letztlich: der »wahren« Ziele der kommunistischen Wende. Die proklamierte »Einheitsfront auf neue Art« als Kampfform des Proletariats gegen den Faschismus und als Vorbereitung auf die »Einheitspartei« war Sopade-Kreisen, Neu Beginnen, auch SAP und KPD-O suspekt angesichts der mangelhaften Selbstkritik der Komintern im allgemeinen, der deutschen Kommunisten im besonderen wegen der seit dem VI. Weltkongress 1928 betriebenen Politik. Darüber hinaus werteten die meisten Sozialdemokraten einschließlich der Gruppe Neu Beginnen die Betonung des Rechts, ja der »Pflicht« der Kommunisten, ungenügend erachtete sozialdemokratische Leistung für die Einheitsfront öffentlich anzuprangern, und die prinzipielle Ablehnung eines Burgfriedenspakts zwischen Komintern und SAI sowie zwischen den jeweiligen Landesparteileitungen – obgleich im Falle der Saar und Frankreichs 1934 zugestanden – als Zeichen dafür, dass die Sozialdemokratie doch nicht gleichberechtigter Partner, vielmehr das »Pferd« sein dürfe, dessen »Kutscher« die Kommunistische Partei spielen würde. Und die von Dimitroff angeführten fünf Bedingungen für die politische und organisatorische Vereinigung von sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien waren ihnen im Zusammenhang mit der Forderung, die kommunistischen Parteien müssten »*Disziplin* und *bolschewistische Stählung* [...] in der unversöhnlichen Haltung gegenüber allen Abweichungen von der Linie des Bolschewismus« wahren, Beweis dafür, dass das Ziel, die Sozialdemokratie zu vernichten, die SAI in die Komintern zu überführen, wie eh und je bestehe. Demgegenüber fühlte sich der Kreis der Revolutionären Sozialisten in seiner eigenen Konzeption eines revolutionären Zusammenwachsens der beiden Internationalen bestätigt, doch hielt er eine deutsche Einheitspartei vorerst nur in der Emigration für realisierbar. Die KPD-O wiederum glaubte das von ihr fundamental erachtete Leninsche Prinzip des »demokratischen Zentralismus« – mit der Betonung auf dem Adjektiv– in der Komintern- und KPD-Konzeption der Einheitspartei nicht gewähr-

leistet. Und die SAP sah in dem vom VII. Weltkongress zugestandenen »Selbstbestimmungsrecht der Parteien« die Aufhebung des demokratischen Zentralismus; dies bedeute in Wahrheit eine direkte Unterstellung der Parteien unter die KPdSU(B), konkret: unter die Diktatur Stalins.

Kurz zusammengefasst: Die Zwischenparteien und -gruppen der deutschen Arbeiterbewegung sahen in der neuen Einheitsfront-Lösung der Komintern noch nicht einmal die Grundvoraussetzungen gegeben für eine Zusammenarbeit ihrerseits mit der KPD (die das auch gar nicht wollte), geschweige denn für eine Stärkung der proletarischen Kräfte und Positionen, die eine die Arbeiterklasse übersteigende Bündnispolitik, eine Volksfront überhaupt erst sinnvoll erscheinen ließ.

Anschauungsunterricht für ihre Kritik lieferte den Zwischengruppen die Entwicklung zum Rassemblement bzw. Front populaire in Frankreich seit Februar 1934, die der VII. Weltkongress zum Modell für weltweite Initiativen der kommunistischen Organisationen gegen Reaktion, Faschismus und Krieg erhoben hatte. Seit der gewaltlosen Durchführung des politischen Generalstreiks im Februar 1934 durch SFIO, PCF und Gewerkschaften war sukzessiv außerparlamentarisches revolutionäres Potential in das Bett des bürgerlich-parlamentarischen Systems kanalisiert worden. Pieck bezeichnete dies in seinem Bericht an den VII. Weltkongress über die Tätigkeit des EKKI als »revolutionäre Taktik«. Die Zwischengruppen schauten hinter die Kulissen der Wahlerfolge des Einheitsfrontblocks und erblickten Opportunismus; sie sahen, dass der PCF die rote Fahne gegen die Tricolore eintauschte – am schärfsten kommentiert von den IKD:

»1871 – das Banner, unter dem die Kommunarden niedergemetzelt wurden;

1914–18 – das Banner des französischen Imperialismus und des Burgfriedens;

1935 – das Banner der stalinschen »Volksfront.« –

Sie sahen oder erfuhren, dass das vor allem in ökonomischer Hinsicht radikale Wahlprogramm, das die SFIO für das Bündnis des Front populaire ausgearbeitet hatte, in der Einigungskommission dem gemeinsamen Veto von PCF und Radikalsozialisten zum Opfer fiel. Die SAP freilich unterschied zwischen der Situation in Frankreich und der in Deutschland. Erschien ihr auch das Entgegenkommen des PCF

gegenüber den Radikalsozialisten im Widerspruch zu den revolutionären Interessen des Proletariats, in der Komintern-Politik für Deutschland sah sie immerhin, dass sie »im Kern mit dem übereinstimmt, was der Revolution in Deutschland dient«. Aber die KPD unterlasse es, »die besonderen konkreten Möglichkeiten und Gefahren einer Einheitsfront, Volksfront und Volksfrontregierung für Deutschland zu untersuchen«, sie ahme den PCF nach und gehe noch über dessen Bündnisgrenzen hinaus.

Alle Argumente für eine positive Beurteilung des Front populaire, die von den verschiedensten, vor allem von parteiunabhängigen Intellektuellen-Seiten sowohl im Hinblick auf Frankreich selbst als auch im Hinblick auf einen Lernprozess bei den Deutschen vorgetragen wurden, nahm Budzislawski bereits im Juni 1935 vorweg. Er zählte auf: Sozialisten und Kommunisten machten den Anfang und einigten sich in einer Einheitsfront; dieser »sozialistische Kern« zog »breite Schichten von Kleinbürgern und Bauern« an; dadurch seien die Voraussetzungen für die Ausgabe der »Parole der Volksfront« geschaffen worden; ein wichtiges Element für den Erfolg der Volksfrontparole sei die Anknüpfung »an die großen freiheitlichen Traditionen des französischen Volkes [...] an den Sturm auf die Bastille«. Die von Budzislawski dann angeführten freiheitlichen Traditionen des deutschen Volkes konnten auch bei denen Zustimmung finden, die dem französischen »Experiment« skeptisch gegenüberstanden, ohne es von vornherein abzulehnen, oder diese Konzeption von Einheitsfront und Volksfront ablehnten, so etwa die Sopade in Prag, Wilhelm Sollmann, von Saarbrücken Anfang 1935 nach Luxemburg weiter emigriertes Vorstandsmitglied der SPD, und Otto Strasser. Es waren die Sturm-und-Drang-Epoche, die Kämpfe der Burschenschaftler, die Revolution von 1848. Ein fünfter Punkt klingt bei Budzislawski nur an, ist aber bei Heinrich Mann und bei dem Revolutionären Sozialisten Alexander Schiffrin z. B. als Vorbild stets präsent: die Aktivität großer Teile der französischen Intellektuellen gegen den Faschismus, herausspringend hier das bereits im März 1934 mit einem Manifest an die Öffentlichkeit getretene »Comité de Vigilance des Intellectuels Antifascistes« (Wachsamkeitskomitee der antifaschistischen Intellektuellen).

4. Internationale Dimensionen: Krieg, Frieden, Solidarität

Die Erwartungen der emigrierten deutschen Linken an die Regierung des Front populaire waren hoch gespannt, vor allem auf außenpolitischem Gebiet. Doch gerade hier wurden sie enttäuscht. Der noch von der Mitte-Rechts-Regierung der »Union nationale« am 2. Mai 1935 mit der Sowjetunion geschlossene Beistandspakt und dessen Ratifizierung durch Kammer und Senat Ende Februar/Anfang März 1936 – diese lieferte Hitler den Vorwand für die Rechtfertigung des Einmarsches der Wehrmacht am 7. März in die demilitarisierten Rheinlande – hatten zusammen mit der vom VII. Weltkongress der Komintern dekretierten Strategie des unteilbaren Kampfes »gegen Krieg und Faschismus« die Hoffnung genährt, dass sich eine starke internationale Front gegen das NS-Reich formieren werde. Man träumte von einem Dreibund Sowjetunion, Volksfront-Frankreich und Labour-England, welcher die deutsche Opposition in einen tatkräftigen Kampf gegen den Krieg, für den Frieden einbeziehen würde. Für die Gruppe Neu Beginnen, die die deutsche Volksfrontbewegung kritisch beobachtete, deren Mängel und Möglichkeiten aufgrund der Konstitutionen und der Konstellationen der deutschen Opposition, der internationalen Arbeiter-Organisationen, der europäischen Staaten und nicht zuletzt der innerdeutschen Situation analysierte, war die Zerreißung der im Locarno-Pakt von 1925 garantierten Bestimmung des Versailler Friedensvertrags durch die NS-Regierung und die dadurch gewachsene Kriegsgefahr der entscheidende Anlass, sich, wie es in der Resolution ihrer sogenannten Westkonferenz vom 14./15. Juni 1936 in Paris heißt, in »die stärkste und wichtigste internationale Gruppierung fortschrittlicher Kräfte« einzureihen; als deren »Kraftzentrum« sah sie die Sowjetunion. Sie setzte dabei voraus, dass der bisherige defensive Charakter des Front populaire zur »offensiven Gestaltung der Machtverhältnisse« umgebeugt werde. Das könne nur gegen die Führung der SFIO und ihre »reformistische Tradition« und gegen die des PCF, die entsprechend der revolutionsfeindlichen Politik der Sowjetunion eine »bremsende Rolle« spiele, verwirklicht werden. Mit der »Kriegsperspektive« müsse auch die »Notwendigkeit der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung und ihres engen Bündnisses mit allen, für revolutionär demokratische Ziele mobilisierbaren Kräften« begründet werden.

Dass die Auffassungen über globale Friedenssicherung im politischen deutschen Exil einschließlich der KPD einerseits, der Komintern, der Sowjetunion und der westeuropäischen nichtfaschistischen Staaten einschließlich ihrer Arbeiterorganisationen sowie der SAI andererseits, weit auseinander gingen, zeigte sich beim Weltfriedenskongress, der Anfang September 1936 in Brüssel stattfand. Die zwar informelle Sektion der deutschen Antifaschisten aus dem nicht auf Paris beschränkten Lutetia-Kreis und aus dem Volksfrontausschuss im »Rassemblement Universel pour la Paix« hatte den Kongress anfangs organisatorisch mit vorbereitet; ein Memorandum, versehen mit einem Vorwort von Heinrich Mann, über NS-Deutschlands außenpolitisches Programm und Kriegsvorbereitungen war ausgearbeitet worden. Dessen Schluss-Forderungen richteten sich an die Hitler-Regierung, an »die deutschen Volksmassen« und – verbunden mit dem Appell, die deutsche Opposition zu unterstützen – an »die Friedensfreunde der ganzen Welt«. Auch Sopade-Mitglied Stampfer schaltete sich mit einem eigenen Memorandum für eine »Weltbotschaft an das deutsche Volk«, das er an Persönlichkeiten des Exils und des Auslands schickte, und mit einer den sozialdemokratischen Standpunkt vertretenden Denkschrift an den Weltfriedenskongress ein. Doch die Sektion der deutschen Antifaschisten wurde mit Zustimmung auch des sowjetischen Gewerkschaftsführers, den Wehner nicht umstimmen konnte, zur Teilnahme nicht zugelassen; dagegen wurden regime-treue Organisationen aus Deutschland, Italien und Japan eingeladen (sie kamen aber nicht). Formal-juristisch wurde die allgemeine Abweisung der Exilanten damit begründet, dass sie kein Land verträten. Der Kongress offenbarte einen integralen Pazifismus im Zeichen des Systems der Kollektiven Sicherheit im Rahmen des Völkerbunds, dem das RUP sich von Anfang an, verstärkt noch durch den Ausbruch des Bürgerkriegs in Spanien, verpflichtet fühlte.

Mit zur politischen Auseinandersetzung und zur Gemeinschaft mit der deutschen Opposition zeigte indes die Internationale Agrarkonferenz, die, von der Presse kaum beachtet, im Rahmen des Weltfriedenskongresses, aber unabhängig vom RUP stattfand. Allerdings waren hier keine ausgesprochenen »Politiker« dominant, sondern Experten, Agrar-, Wirtschafts-, Finanz- und andere Wissenschaftler, darunter eben auch deutsche Exilanten und illegal aus Deutschland Angereiste. Auch das Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus, in dem Hein-

rich Mann eines der Präsidiumsmitglieder war, verteidigte eine kompromisslose Friedensstrategie, in der der Kampf gegen den Faschismus als Voraussetzung des Kampfes gegen den Krieg gesehen wurde. Es verkam aber zur Bedeutungslosigkeit, jedenfalls für die Organisation einer deutschen Volksfront gegen Faschismus und Krieg, nachdem seinem Begründer Willi Münzenberg zum Ende des Jahres 1936 von Komintern-Seite die Leitung entzogen und, wie viele andere Funktionen Münzenbergs in »überparteilich« konzipierten Organisationen auch, dem tschechischen Kommunisten Bohumil Šmeral übertragen worden war.

Die größte Bedeutung für die deutsche Volksfront – oder seien wir bescheidener: für zeitweilige Überbrückungen aller Feindschaften in einer »Volksfront der Not« – hatte meiner Meinung nach die überparteiliche und nationale Grenzen überschreitende Solidarität, jetzt abgesehen von Spanien, und zwar auf den Gebieten der Hilfe für die Opfer des NS-Regimes innerhalb Deutschlands und der Hilfe für die Emigranten. Hinsichtlich der letzteren denke ich insbesondere an die internationale nichtstaatliche Asylrechtskonferenz vom Juni 1936. Auf ihr wirkten das »Centre de liaison des Comités pour le statut des Immigrés en France«, die diesem angeschlossene »Fédération des Emigrés d'Allemagne en France«, der 21 Hilfsorganisationen, einschließlich katholischer und jüdischer, angehörten, und die französische Sektion der Internationalen Roten Hilfe, »Secours Rouge Français«, zusammen. Karl Marx' Enkel Jean Longuet (SFIO) erarbeitete dort als Vertreter der jungen Regierung auf der Basis des Front populaire unter dem Sozialisten Léon Blum – der PCF enthielt sich bekanntlich einer Regierungsbeteiligung – mit weiteren Franzosen und deutschen Emigranten ein Memorandum für die Zwischenstaatliche Konferenz vom 2. bis 4. Juli 1936 in Genf. Das Ergebnis war gegen Ende des Jahres die einheitliche Vertretung der deutschen Emigration im Beirat beim Hohen Kommissar des Völkerbunds für Flüchtlinge aus Deutschland. Andere Ergebnisse der gemeinsamen Bemühungen waren das aus je vier deutschen Exilanten und Franzosen zusammengesetzte »Comité Consultatif«, das unter dem französischen Innenministerium ressortierte und für die Überprüfung und bei Anerkennung die Betreuung von Asylsuchenden aus dem Deutschen Reich verantwortlich war, sowie ein internationales Asylrechtsbüro, »Bureau International

pour le respect du Droit d'asile et de l'Aide aux Réfugiés politiques«.

Die französische Sektion der Internationalen Roten Hilfe war an so gut wie allen Solidaritätsaktionen und -organisationen in Frankreich beteiligt. Diese wurden mehr oder weniger diskret von der Komintern, letztlich aus dem sowjetischen Staatshaushalt finanziert. Die Konstruktion wurde in dem Augenblick problematisch, da die humanitären Ziele mit politischer Nötigung verbunden und finanzielle Unterstützung von politischem Wohlverhalten abhängig zu machen versucht wurde – was im Laufe des Jahres 1937 im Zusammenhang mit dem oben erwähnten erneuten Kurswechsel der Komintern stets häufiger geschah; auch wurden Organisationen umstrukturiert, umbesetzt, umbenannt – so zum Beispiel im November 1937 unter maßgeblichem Druck des Thälmann-Komitees die internationale »Ständige Kommission für eine politische Vollamnestie in Deutschland« in: »Internationales Zentrum für Recht und Freiheit in Deutschland« (»Centre International pour le droit et la liberté en Allemagne«). Es gehört zur Tragik des Antifaschismus der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts, dass die sozialdemokratischen Organisationen mit ihren Spitzen Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI) und Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB) nicht die Mittel aufbringen konnten oder wollten, die entweder zur Mitfinanzierung und damit zum Mitspracherecht hätten beitragen oder aber mächtige Konkurrenzunternehmen ins Leben zu rufen können. Die Tragik auf kommunistischer Seite offenbart sich darin, dass nicht wenige der Funktionäre, die gerade in den internationalen Hilfsorganisationen und Solidaritätsaktionen an der Spitze standen, schließlich als »Trotzkisten« und »Gestapospitzel« Opfer des stalinistischen Terrors wurden.

Die internationale Dimension des Antifaschismus in Frankreich zwischen 1936 und 1937 zeigt sich auch in dem Interesse, das der Einigung der deutschen Opposition beigemessen wurde. Insbesondere die Zentralorgane des PCF, der SFIO und der Radikalsozialistischen Partei, »L'Humanité, Le Populaire« und »Le Temps«, berichteten über die Konferenzen und druckten ganz oder in kommentierten Auszügen Verlautbarungen des deutschen Volksfrontausschusses ab.

5. Die Konzeption der Gruppe Deutsche Volksfront in Berlin

Anfang 1935 hatten in Berlin einige Sozialdemokraten zu einer Gruppe zusammengefunden; einige von ihnen hatten seit der Revolutionszeit von 1918/19 politische und gewerkschaftliche Erfahrungen gesammelt. Organisatorischer Leiter war Otto Brass; er hatte einst die USPD mitgegründet, war mit deren linkem Flügel zur KPD gegangen, aus dieser jedoch schon 1922 wegen seiner Kritik an der Bevormundung der Partei durch die Komintern ausgeschlossen worden. Die politische Leitung der Gruppe lag bei dem ehemaligen thüringischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und M.d.R. Hermann Brill. Nach eigenen Aussagen bestanden Verbindungen zu Freunden in Mittel- West- und Norddeutschland. Seit den Vertrauensratswahlen von 1935 arbeitete die Gruppe mit der illegalen KPD-Leitung in Berlin in der Spitzelabwehr und beim Austausch und Vertrieb von in der Illegalität oder im Exil hergestelltem Material zusammen; Vertrauensgrundlage war ein Nichtangriffsabkommen.

Durch Vermittlung der verantwortlichen Vertreterin des ZK der KPD Elli Schmidt alias Irene Gärtner bekam Brill bereits in der zweiten Septemberhälfte 1935 die Schlussresolution des VII. Weltkongresses zu lesen. Doch die Idee einer Volksfront, vielleicht auch zunächst nur der Slogan »Volksfront«, der immerhin an die Reichspräsidenten-Wahlkampagne von 1932 erinnern konnte, schlug erst Ende Mai 1936 mit einem von Heinrich Mann in der »Neuen Weltbühne« veröffentlichten Aufruf zur Bildung einer deutschen Volksfront über. Als konkrete Grundlage ihrer Diskussionen darüber, ob und wie eine Sammlung der antinationalsozialistischen Kräfte auch innerhalb Deutschlands möglich wäre, diente ihnen das Wahlprogramm des »Rassemblement populaire« vom Januar 1936, das sie sich selbst übersetzten. Die Regierungsbildung in Frankreich und der Ausbruch des Bürgerkriegs in Spanien eröffneten neue Dimensionen und Perspektiven. Ende Oktober 1936 erhielt die Gruppe die Pieckschen »Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront«. Sie war entsetzt, sie sah darin nur »Emigrantenluft«, »Erlebnisferne«, »künstliche Konstruktion«, die »Vorstellung einer aktionsbereiten Masse, die man nur rufen brauche – die es gar nicht gibt« – so ihr Kommentar. Ergebnis ihrer weiteren Beratungen, an denen zeitweise Elli Schmidt teilnahm, ohne dass es ihr jedoch gelang, Sichtweisen des ZK der KPD durchzusetzen, war ein Zehn-Punkte-Programm, dessen Endfassung

Brill am 21. Dezember niederschrieb. Fortan nannte man sich »Zehn-Punkte-Gruppe« oder »(Die) Verfasser der zehn Punkte«, oder »(Gruppe) Deutsche Volksfront«.

Die Forderungen zur Eliminierung der sozial-ökonomischen Wurzeln und der Antriebskräfte der nationalsozialistischen Diktatur, um die Grundwerte und -rechte für eine demokratische Zukunft Deutschlands zu sichern und zugleich den sozialistischen Impetus zu wahren, ohne schon Sozialismus zu sein, unterschieden sich kaum von denen in Programmen der sozialistischen Zwischenparteien und -gruppen in der Emigration. Sie gingen denn auch weiter als die Forderungen im »Frieden-Freiheit-Brot«-Appell des Volksfrontausschusses, die jedoch unter den gegebenen Umständen und Konstellationen das einzig Machbare und für alle Beteiligten schließlich Annehmbare an programmatischer Übereinstimmung darstellten. Wichtiger noch als die Zehn Punkte erscheint die Begründung des Programms. Sie wurde am 24. Dezember fertig gestellt und steht in bewusstem Gegensatz zu den Pieckschen Richtlinien. Sie ging von der wirklichen, tagtäglich erfahrenen »Lage in Deutschland« aus und war auf sie hin konzipiert. Der fundamentale Unterschied zu den Volksfronten in Frankreich und Spanien wurde gleich zu Anfang im Hinblick auf die innen- und außenpolitischen Konstellationen und Bedingungen klargestellt. Darüber hinaus wurde »Volksfront« anders definiert: Sie war nicht das Bündnis der (idealiter) in der Einheitsfront vereinigten Arbeiterparteien mit ländlichen und städtischen Mittelschichten bis ins »antifaschistische« Bürgertum hinein. Sie war vielmehr angesichts des durch den Nationalsozialismus zerstörten »sozialen und politischen Systems der deutschen Gesellschaft« und der Zerschlagung ihrer »früheren Organisationen«, besonders der »ehemaligen SPD und KPD«, die »geeignete Form«, um dem »Streben nach Einheit [in] der denkenden Oberschicht des Proletariats« »eine politische Gestalt zu geben«. Eine Volksfront konnte, so argumentierten die Berliner, nur jenseits der auch ideologisch überlebten Parteien, die jedoch Rekrutierungsfeld blieben, und auch nur mit jungen Menschen, »zwischen 30 und 50 Jahren«, verwirklicht werden. Die jüngeren waren vom Nationalsozialismus vergiftet, die älteren von den überkommenen Partei-Ideologien geprägt. (Ein Jahr später hieß es unmissverständlich: »Volksfront ist in Deutschland die Sammlung der gesellschaftlich revolutionären Elemente«.) Dem Bürgertum als Klasse misstrauten die Berliner, doch konspirati-

ve Kontakte hatten gezeigt, dass politisch-moralische Differenzierungen und die Einbeziehung einzelner in ihre Konzeption möglich seien. Oppositionellen in monarchistischen Kreisen (z. B. im ehemaligen Stahlhelm) oder in »Zentrumgruppen« sprachen sie die Qualifikation ab, für eine »Volksfront« eventuell geeignete Bürgerliche zu repräsentieren. Alles Pro-Hitlerische, Nationalsozialistische war von vornherein fernzuhalten bzw. wurde als für eine »Volksfront« nicht zu gewinnen betrachtet. Langjährige Gewerkschafter, die ihre frühere Kassierertätigkeit nun in der DAF fortsetzten, schrieb die Gruppe Deutsche Volksfront als Genossen ebenfalls ab, und ein sogenanntes Einbrechen in die nationalsozialistischen Reihen, die »Taktik des Trojanischen Pferdes«, »Versöhnung« schloss sie a priori aus.

6. Chancen der Volksfront?

Der »Hitler-Stalin-Pakt« – ich bleibe dabei, den von den Außenministern von Ribbentrop und Molotow am 23. August 1939 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag so zu nennen – setzte allen Bemühungen um und allen, trotz vielerlei Enttäuschungen, gehegten Hoffnungen auf eine weltanschauliche und nationale Grenzen übersteigende Volksfront gegen den (deutschen) Faschismus in den dreißiger Jahren ein Ende. Bis dahin hatten auch Dissidenten, Sozialisten, Nichtkommunisten, selbst Antikommunisten wie der Journalist Leopold Schwarzschild, der bis zum Sommer 1936 konstruktiv im Volksfrontausschuss mitgewirkt hatte, die Sowjetunion, trotz der bolschewistischen Diktatur, des Stalinschen Terrors, der Säuberungen und der Prozesse, zwar nicht als einen von der grundlegenden Ideologie her natürlichen, aber doch aus realpolitischer Perspektive als einen notwendigen Bündnispartner Englands und Frankreichs im (bewaffneten) Kampf gegen das NS-Reich betrachtet und von daher als schützenswert angesehen. Eine andere, negative Haltung war vielfach zur Komintern eingenommen worden, wie wir bereits an den Einschätzungen des VII. Weltkongresses gesehen haben.

Der durch den Pakt am tiefsten, bis ins Mark getroffene deutsche Exilant dürfte Münzenberg gewesen sein. In einem Offenen Brief, den die Auslandsleitung der von ihm mit KPD-oppositionellen Kommunisten konstituierten »Freunde der sozialistischen Einheit Deutsch-

lands« in »Die Zukunft« vom 28. August 1939 veröffentlichte, auch als Brief versandte, sah er die Faschismus-Definition des VII. Weltkongresses, die »zwischen angreifenden imperialistischen und anderen Staaten« unterschieden hatte, über Bord geworfen und damit auch »die theoretische Begründung für die nationale und internationale Volksfront vernichtet«. Münzenbergs Artikel »Der russische Dolchstoß« in der *Zukunft* vom 22. September 1939 ist auch eine Abrechnung mit der jahrelangen Parteihetze gegen »Schädlinge« und »Verräter«. Er endet mit: »Der Verräter, Stalin, bist Du.«

Am definitiven Ende des Volksfront-Experiments der dreißiger Jahre war die deutsche Linke in drei »Lager« gespalten, wie sich an der Emigration in Paris bzw. Frankreich zeigen lässt: Da waren einmal die Verteidiger der Stalinschen Politik: Die KPD, die sich auf die von ihr geformten und kontrollierten »Freundeskreise der deutschen Volksfront« und den »Aktionsausschuss deutscher Oppositioneller« stützte, beide eher Aushängeschild mit wenigen, (inzwischen) parteilosen Demokraten, militanten antifaschistischen Humanisten, die von ihrer Rezeption der Französischen Revolution und deren terroristischer-Verteidigung durch die Jacobiner aus eine Parallele zur Sowjetunion als vermeintliche Hüterin der Verheißungen der bolschewistischen Revolution zogen; Prototyp ist hier Heinrich Mann. Er wollte unbedingt retten, was spätestens seit Anfang April 1938 als Bündnis von linksbürgerlichen Demokraten, Sozialdemokraten, sozialistischen Organisationen und der KPD nicht mehr zu retten war, und geriet somit in eine tragische Isolation von fast allen Freunden und Bestrebungen außerhalb der KPD. Da waren zum zweiten die Rest-Sopade und ihre Anhänger, die Gruppe der saarländischen sozialdemokratischen Emigration um Max Braun und alle diejenigen Demokraten, Sozialisten und Sozialdemokraten, die sich infolge der Moskauer Prozesse und der Affäre um »Pariser Tageblatt / Pariser Tageszeitung« von den Volksfrontbestrebungen zurückgezogen hatten. Sie verband nichts als nur die Verweigerung einer (weiteren) Zusammenarbeit mit Kommunisten sowie denjenigen Organisationen, die im Prinzip noch immer den Zusammenschluss der deutschen Opposition befürworteten. Da war zum dritten eine proletarische Einheitsfront, geformt aus den »Freunden der sozialistischen Einheit Deutschlands«, dem »Arbeitsausschuss der deutschen Sozialisten und der revolutionären Sozialisten Österreichs«, dem die Auslandsleitung der SAP, das Auslandsbüro von Neu

Beginnen, die Auslandsvertretung der Österreichischen Revolutionären Sozialisten, das (saarländisch-)sozialdemokratische Grenzsekretariat in Mulhouse, die Auslandsleitung des ISK und die noch am 28. Juli 1939 gegründete »Vereinigung der deutschen Sozialdemokraten in Paris« mit ihrem Wortführer, dem aus der Sopade entfernten Paul Hertz, angehörten. Diese Einheitsfront war das Rückgrat der im weiten Sinne multikulturellen Deutsch-Französischen Union (»Union Franco-Allemand«). Sie erstreckte sich entgegen ihrem Namen bis in die italienische Emigration in Frankreich und die deutsche Emigration in England, in Argentinien und in den USA – unter anderen traten Thomas und Erika Mann bei, die sich schon vorher um eine Wiederbelebung des Pariser Volksfrontausschusses bemüht hatten. Hier war der letzte Versuch, nationale und internationale »Volksfront« zu verwirklichen, ohne die Komintern allerdings, den Krieg durch Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten in den Asylländern noch zu verhindern, mindestens aufzuschieben und ein neues Deutschland in einem neuen Europa zu planen. Allen Akteuren der Deutsch-Französischen Union war eines gemeinsam: Sie waren als Exilierte, als Ex-Minister, als Oppositionelle gegenüber ihren jeweiligen Regierungen Verlierer, noch bevor ihren Anstrengungen durch den vom Hitler-Stalin-Pakt ermöglichten früher als erwartet ausgebrochenen Krieg abrupt der Boden entzogen wurde.

Chancen der Volksfront? Es hätte sie geben können, wenn – ja wenn Sozialdemokratie und Komintern nicht in sich so gefestigt und gefangen gewesen wären. Die der SAI angehörenden Parteien waren »alte« Parteien der Sozialistischen Bewegung, in den nationalen Strukturen verwurzelt, zu einem großen Teil mindestens zeitweise Regierungsparteien. Von den sieben europäischen Parteien, die 1934 von der SAI eine Erklärung für die Einheitsfront forderten, waren nur drei legale Landesparteien, und davon haben nur zwei, die in Frankreich und die in Spanien, ihre Idee verwirklichen und, jeweils unter anderen Umständen, darauf aufbauend eine Volksfront verwirklichen können. Auf der anderen Seite war die Stalinisierung der Komintern und der kommunistischen Parteien, und hier sehe ich vor allem die KPD, zu weit fortgeschritten. Der VII. Weltkongress machte einen Schritt auf die Sozialdemokratie zu, als er den »pacte d'unité d'action« und die weitere Entwicklung in Frankreich zum Modell erhob; doch der Respons war verhalten, skeptisch, da für die Sozialdemokratie entscheidende

Fragen, vor allem die des Respekts der Demokratie, nicht geklärt waren. Die Zwischengruppen der deutschen Arbeiterbewegung sahen die »Kehrseite« der Öffnung: den noch festeren Griff der KPdSU auf die Komintern. Spätestens die mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Spanien und dem Eingreifen Deutschlands und Italiens offenbar gewordene und nahe gekommene Gefahr eines europäischen Krieges steigerte die Nationalismen, einschließlich der Fixierung der kommunistischen Sektionen auf die Sowjetunion.

In der deutschen Emigration, vor allem in Paris, haben Sozialdemokraten – ohne Zustimmung ihres Parteivorstands – und Sozialisten die politische Zusammenarbeit mit der KPD während zweier Jahre trotz mannigfaltiger Umstände und Widerstände erprobt, bis schließlich eine Vertrauensbasis nicht mehr gegeben war. Im Rahmen des Volksfront-Bündnisses mit bürgerlichen Demokraten, die bereits (gegen Ende) der Weimarer Republik für einen gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus der beiden großen Arbeiterparteien plädiert und Schritte in diese Richtung unternommen hatten, wurde etliches geleistet, das als positives Vermächtnis im Gedächtnis haften bleiben sollte.

Im ganzen ist jedoch zu sagen: Die Verhältnisse und die Menschen waren nicht so ...

THEODOR BERGMANN

Die Volksfront – Hoffnungen und Enttäuschung

Die Volksfront ist unter Kommunisten ein heikles Thema. Volksfront bedeutete für die Werktätigen Frankreichs militanten Widerstand gegen die faschistische Bewegung, Klassenkampf für radikale soziale Verbesserungen; für die illegalen Kämpfer der KPD in Hitlerdeutschland bedeutete sie endlich Aufbruch zum Widerstand. Für die Stalinische Führung der KPdSU und der Komintern dagegen war die neue Taktik der Verzicht auf jede revolutionäre Zielsetzung der »westlichen« kommunistischen Parteien, ihre Kastration, ihre endgültige Entwertung als selbständige Kräfte in ihren Ländern, ein diplomatischer Schwenk zu den demokratischen Westmächten.

Die Aufarbeitung der kampflosen Kapitulation 1933

Die katastrophale Niederlage der stolzen deutschen Arbeiterbewegung, verschuldet vor allem durch den Antikommunismus der Reformisten und die ultralinke Politik der KPD, wurde von dieser anfangs nicht als Niederlage anerkannt: Da wir nicht gekämpft haben, gab es keine Niederlage. Diesen Irrtum erkannten die politisch und organisatorisch auf den Faschismus unvorbereiteten Parteimitglieder bald, als sie in großer Zahl schwerster Verfolgung ausgesetzt wurden. Dann forderte die Partei ihre Mitglieder auf, in die DAF einzutreten und dort Wahlfunktionen zu übernehmen. Dieser Unsinn wurde auf der Berner Konferenz der KPD Anfang 1939 erneut beschlossen.¹ In den freien Gewerkschaften hatte man das ab 1928 »prinzipiell« abgelehnt. Man verstand also den Charakter des faschistischen Staatsapparates überhaupt nicht. Ende 1934 kündigte sich das Umdenken an.

Die französischen Werktätigen wandten sich 1934 in machtvollen

¹ Klaus Mammach: Die Brüsseler Konferenz der KPD. Berlin 1974. S. 129.

Demonstrationen gegen den drohenden Staatsstreich der Feuerkreuzler; der Druck der »Straße« steigerte sich und führte nach zahlreichen kurzatmigen bürgerlichen Regierungen 1936 zur Bildung einer Regierung unter Ministerpräsident Leon Blum (Sozialist), die von der KP unterstützt wurde (ohne Ministerposten). Diese Front-populaire-Regierung führte wichtige soziale Reformen ein. Mitte 1934/Anfang 1935 wurde der VII. Weltkongress der Komintern angekündigt und dann auf 1935 verschoben (25.7.-30.8.1935), der eine Überprüfung der internationalen Generallinie bringen sollte, die bisher offensichtlich erfolglos, falsch gewesen war und die Niederlage von 1933 mit verursacht hatte. Zentraler Punkt war Dimitroffs Rede mit seiner neuen Definition des Faschismus: »die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.« Diese Definition klingt zwar sehr radikal, implizierte aber nicht nur das Gegenteil der bisherigen Politik. Man glaubte also nun, in der deutschen Bourgeoisie einen Teil zu entdecken, der weniger reaktionär, weniger imperialistisch war als der faschistische Teil, der nun das Finanzkapital bildete.

Tatsache ist: Alle wesentlichen Teile der Kapitalistenklasse – Armee, Finanz- und Industriekapital, Großgrundbesitz, obere Staatsbürokratie, der größte Teil der Professoren – und Studentenschaft – hatten Hitler an die Macht gebracht, weil sie seine offen deklarierten Ziele voll billigten, nämlich die Zerstörung der gesamten Arbeiterbewegung, Beseitigung der bürgerlichen Demokratie, Vernichtung der Juden, Aufrüstung und Krieg zur Eroberung der Weltmachtstellung. Diese Position der Komintern bestand bis Ende 1943. Als die Niederlage Hitlerdeutschlands eindeutig zu erkennen war, begann der bürgerliche Widerstand, der nicht nur die Erhaltung des kapitalistischen Systems erstrebte, sondern auch innenpolitisch großenteils nicht einmal bürgerlich-demokratisch war, außenpolitisch ein neues anti-sowjetisches Bündnis mit den westlichen Kriegsgegnern anstrebte.

Noch im Mai 1933 hielt eine Erklärung der KPD an der Sozialfaschismus-These fest und befand, dass »SAP-Führer und Brandleristen eine Scheinopposition gegen den Faschismus aufrecht(erhalten) – in

2 Zitiert in Theodor Bergmann: 50 Jahre KPD (Opposition) – 30.12.1928–30.12.1978. – Der Beitrag der KPD zur marxistischen Theorie und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Versuch einer kritischen Würdigung. Hannover 1978. S. 80.

Worten: (sie) sabotieren nach wie vor jeden Schritt zur proletarischen Einheitsfront, bekämpfen die Kommunisten.«² Und

»Die völlige Abschaffung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisatoren und ihrer Presse ändern nichts an der Tatsache, dass sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur darstellen.«³

In ihrem Prager Manifest (1934) schlug die SPD vorübergehend radikale Töne an, bekannt sich zur Revolution; sonst gebe es keine »Existenzberechtigung. Das Papier forderte aber zur Arbeit in den faschistischen (Zwangs-)Organisationen auf und wandte sich gegen die »kommunistische Gefahr«.

Über die bürokratische, unehrliche Methode der Wendung von oben soll hier nicht viel gesagt werden. Die Schuld der KPdSU-Führung an der bisherigen Taktik blieb unerwähnt, Heinz Neumann wurde zum Sündenbock für den kleinen bisherigen Irrtum. Politische Konsequenz der neuen Definition war nun die Volksfrontpolitik, der Versuch, jene besseren Teile der deutschen Bourgeoisie zu gewinnen für einen gemeinsamen Kampf um ein bürgerlich-demokratisches Deutschland. Hatte die KPD bis dahin jede wirkliche Einheitsfront mit den von Reformisten geführten sozialdemokratischen Klassengenossen abgelehnt und verhindert, sollte nun eine Volksfront mit den guten Kapitalisten geschaffen werden. Dafür musste auf das sozialistische Ziel und den revolutionären Willen verzichtet werden, und das nicht nur verbal, wie später zu zeigen sein wird. Volksfront ist also das Gegenteil von proletarischer Einheitsfront, nicht ihre Erweiterung. Diese bürokratische Wendung war keine marxistische Korrektur des ultralinken Kurses, sondern der direkte Übergang zu einem ultrarechten, opportunistischen Kurs.

Der Verzicht der kommunistischen Parteien in den westlichen demokratischen Ländern passte sehr gut zur neuen sowjetischen Diplomatie. Sie hatte endlich die Gefährlichkeit des schnell erstarkenden deutschen Imperialismus erkannt und suchte nun die westlichen Demokratien als Bündnispartner zu gewinnen. Es mag dahingestellt bleiben, ob Georgi Dimitroff – Generalsekretär der Komintern – allein die neue Konzeption entwickelt hatte oder ob ihm diese von J. V. Stalin vor- und eingegeben war.

3 Ebenda.

Die KPD-O zum VII. Weltkongress

Bei der ersten Ankündigung des VII. Weltkongresses und der angeblich offenen Debatte über den bisherigen und den neuen Kurs war das Ausmaß der Wendung nach Ultrarechts natürlich noch nicht zu erkennen. Das Auslandskomitee der KPD-O wollte an der Debatte teilnehmen und forderte in einem Brief an das ZK der KPD Gespräche und Verhandlungen, wollte sich am VII. Weltkongress und seinen Debatten beteiligen. Man erklärte sich bereit, der KPD wieder beizutreten und diszipliniert mitzuarbeiten – unter einer Bedingung: Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie. Man setzte also auf die Überzeugungskraft guter Argumente und hoffte, ernsthafte Kommunisten würden nun selbstkritisch die schicksalsschweren Fehler korrigieren und zu marxistischer Analyse zurückfinden. Das scheint mir die Stärke des Komintern-Apparates und die Dominanz der Stalin-Führung zu unterschätzen. Einen analogen Brief sandte das Büro der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition an die Exekutive der Komintern.

Das einzige »Gespräch«, das in Paris im Vorfeld des Kongresses stattfand, dürfte nicht sehr lange gedauert haben. Teilnehmer waren (der nicht geladene!) August Thalheimer und Heinrich Brandler von der KPD-O. Die KPD-Vertreter verlangten ein Sündenbekenntnis der Abtrünnigen! Dazu war nun wirklich kein Anlass. Also war man damit bald fertig. Aber die KPD hatte ganz andere Absichten; da ihr illegaler Inlandsapparat mehrfach durch Nazispitzel zerstört worden war, wollte man die intakte illegale Organisation der KPD-O »übernehmen«.

In einem illegalen Schreiben an die illegalen Gruppen der KPD-O, u. a. initiiert von Albert Schreiner⁴ wurde von einigen ehemaligen KPD-O-Mitgliedern erklärt, das Auslandskomitee blockiere die not-

⁴ Schreiner hatte schon ab 1929 in der KPD-O für die KPD gearbeitet. Willi Kress, Dr. Ernst Adam und Peter Rosenbaum unterstützten Schreiners Aktivitäten 1935.

wendige und nun endlich greifbar nahe Einheit der kommunistischen Bewegung. Nach kurzen innerdeutschen Debatten wurde dieser Brief überall von den illegal arbeitenden KPD-O-Gruppen abgelehnt – mit einer Ausnahme.⁵

Tragischer waren die Folgen für den deutschen Kommunisten Hans Beck, der seit 1932 in der Sowjetunion lebte und arbeitete. Von den Genossen in Paris und natürlich Hitlerdeutschland war er abgeschnitten. Er schrieb in der ersten Phase der Hoffnung auf ehrliche Selbstkritik und Anerkennung der Kritik der KPD-O an das Moskauer Büro der KPD; er erklärte, nun seien die alten Streitfragen geklärt und die Einheit der Kommunisten könne wieder hergestellt werden. Also beantragte er seine Wiederaufnahme in die KPD. Er wurde als Brandler-Agent am 9. August 1936 verhaftet und am 25. August 1937 im »Schnellverfahren« am gleichen Tag verurteilt und erschossen.

Der Lutetia-Ausschuss

Aber gehen wir zurück nach Westeuropa.

Im Hotel Lutetia tagte ein Komitee, das, eng angeleitet von der KPD, die neuen Partner werben und integrieren sollte. Es kamen deutsche Demokraten und Sozialdemokraten (u. a. Heinrich Mann, Rudolf Breitscheid). Aber sie vertraten nur sich selbst: die demokratischen Kapitalisten fand man nicht. Jacob Walchers Vorschlag (SAP), der auf eine Verstärkung der antifaschistischen Widerstandes hoffte und daher auch die Trotzlisten einbeziehen wollte, wurde abgewiesen. Bald war auch den gutwilligen bürgerlichen Demokraten die KPD-Anleitung zu viel, und Heinrich Mann bat in einem Brief an Wilhelm Pieck in Moskau, jemanden zu schicken, der die KPD-Aufseher auf den richtigen Weg zurückführen sollte.⁶ Eine wirkliche Bedeutung für den antifaschistischen Widerstand hatte Lutetia nicht.

5 In Düsseldorf waren die KPD-O-Mitglieder zur Rückkehr in die KPD bereit. Da die KPD dort mit Spitzeln durchsetzt war, kam es zur Verhaftung von 58 KPD-O-Mitgliedern und deren Verurteilung.

6 Siehe Klaus Kinner / Elke Reuter: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 2: Gegen Faschismus und Krieg (1933-1939). Berlin 2005.

Volksfront im spanischen Bürgerkrieg

Besonders verhängnisvoll, ja konterrevolutionär wirkte sich die neue Kominternlinie im spanischen Bürgerkrieg aus. In der Toleranz der bürgerlichen Republik konnten die faschistischen Militärs ihren Staatsstreich vorbereiten. Sie hatten nicht mit dem spontanen und erfolgreichen ersten Widerstand der Arbeiter und Bauern gerechnet, der die Franco-Truppen in wenigen Tagen stoppte. Für das weitere Vorgehen der Republikaner gab es zwei Möglichkeiten:

Fortsetzung der Revolution, der Enteignung der Feudalherren, der Übernahme der Fabriken, der Bildung revolutionärer, zuverlässiger Truppen; das war der Wunsch vieler Sozialisten (des Flügels um Largo Caballero), der Mehrheit der Syndikalisten und Anarchisten. (um Durutti), der POUM (um Joaquin Maurin). Man hätte den Kolonialsoldaten der Putschisten die Unabhängigkeit Marokkos anbieten und die Franco-Truppen revolutionär zersetzen können.

Fortsetzung der bürgerlichen Demokratie, der Koalition mit den verbliebenen bürgerlichen Politikern, Verzicht auf revolutionäre Veränderungen mit dem Ziel, die demokratischen Westmächte zur Tolerierung der Republik zu veranlassen. Die Parole der KP, später der PSUC⁷ war: Erst den Krieg gewinnen, dann die Revolution betreiben.

Damit aber wurden die revolutionären Kräfte, die bisher den erfolgreichen Bürgerkrieg getragen hatten, demotiviert, gelähmt. Schlimmer noch: Mitten im Kampf gegen die Franco-Truppen begann die KP die härteste Verfolgung, auch den militärischen Kampf gegen die revolutionären Strömungen, deren Widerstand – vor allem in Katalonien – nun zum konterrevolutionären Putsch erklärt wurde. Obwohl Trotzki sich politisch von der POUM distanzierte, wurden die POUM-Anhänger zu Trotzkiisten erklärt und damit nach Stalinschem Vorbild zu Hauptfeinden. Diese Alternative zur Revolution wurde von der SU-

7 Die PSUC entstand aus der Fusion der Sozialisten mit der KP in Katalonien.

Führung mit allen Mitteln gefördert – durch ihre Berater in Militär und Regierung, als Bedingung für die beträchtliche materielle Unterstützung.⁸ Sowjetische Fachleute, die die Volksfrontpolitik kritisierten, wurden abberufen, in Moskau abgeurteilt und hingerichtet (z. B. Anton Antonow-Owssejenko, Michail Kolzow).

Die Haltung der demokratischen Westmächte

Die Rechnung der KP Spaniens und der sowjetischen Führung konnte nicht aufgehen. Das war vorauszusehen und wurde u. a. von Thalheimer nach einem Besuch in Spanien vorausgesehen: Man konnte die militärische Überlegenheit der Konterrevolution, die offen von Hitlerdeutschland, Italien und Portugal unterstützt wurde, nur durch Entfaltung aller inneren revolutionären Kräfte und durch revolutionäre Zersetzung der gegnerischen (weitgehend afrikanischen) Truppen aufwiegen. Die KPD-O hat daher die neue Volksfrontpolitik von Anfang an abgelehnt. So heißt es bereits 1936:

»Was wir an der Volksfrontpolitik von Anfang an bekämpft haben und weiter bekämpfen, das ist die Verfälschung des Gedankens der proletarischen Einheitsfront und der Gewinnung der nicht-proletarischen Werktätigen für diesen Einheitsfrontkampf. Der Fehler besteht darin, dass man den Glauben erweckte, die demokratische Staatsform und die bürgerlichen Demokratien bildeten ein Bollwerk gegen den Faschismus, falls nur das Proletariat auf seine revolutionären Ziele zeitweilig verzichtet und sich darauf beschränkt, seine Gegenwartsinteressen zu vertreten.«⁹

Zudem war deutlich, dass die westlichen Demokratien, allen voran die britischen Konservativen, Klassensolidarität bewiesen; der Sieg Hitlers, Mussolinis und des Putschisten Franco war ihnen lieber als die legitime republikanische Regierung., die von revolutionären Ar-

8 Die UdSSR und Mexiko waren die einzigen Staaten, die die legitime spanische Regierung materiell unterstützen. Da die deutsche Marine eine völkerrechtswidrige Seeblockade betrieb, waren die Lieferungen auch militärisch riskant. Die SU ließ sich ihre Lieferungen mit dem Gold der spanischen Staatsbank bezahlen. Kleinere Mengen Waffen lieferte die Pariser Regierung heimlich (!) über Mexiko.

9 Volksfrontpraxis und Volksfrontillusion. In: Internationaler Klassenkampf 1, 4. November 1936. S. 12

beitern verteidigt wurde, selbst wenn ihre kommunistischen Führer sich zur bürgerlichen Demokratie bekannten. So gründeten die Großmächte den Nicht-Interventions-Ausschuss, der die deutsche und italienische Intervention geschehen ließ. Und London drängte Leon Blum in Paris, keine Waffen an die Republikaner zu liefern. Frankreichs Arbeiter forderten: »Kanonen und Flugzeuge nach Spanien.« Man sammelte stattdessen Süßigkeiten und warme Wäsche für die Kämpfer, und aus Rücksicht auf die Regierung wurde der proletarische Protest von der PCF gebremst.

Der anfängliche Erfolg der spanischen Werktätigen hatte in und außerhalb Deutschlands und Italiens neue Hoffnungen erweckt; die SU und Spanien würden den deutschen Faschismus »in die Zange nehmen.« Zehntausende Freiwillige aus vielen Ländern strömten nach Spanien, um ein Gegengewicht gegen die faschistische Intervention zu schaffen. Die schmachvolle Kapitulation der Führung in Madrid und ihre chaotische Flucht zerstörten alle diese Hoffnungen und förderten die Demoralisation.

Der Stalin-Kurs schwächte die Sowjetunion

Die Moskauer Schauprozesse hatten die Krise der Komintern offen gelegt und viele Kommunisten und Sympathisanten abgestoßen. Die Vernichtung der gesamten Führung der Roten Armee im »Geheimprozess« 1937 schwächte die sowjetische Verteidigungsfähigkeit und ließ die Regierungen im Westen an der Fähigkeit der Sowjetunion zum Widerstand gegen den Faschismus zweifeln. Die Niederlage der spanischen Republikaner kündigte sich schon 1938 an und verstärkte die Bemühungen der »westlichen Demokratien« um einen Kompromiss mit den Achsenmächten. So kam es zum Münchner Abkommen vom Herbst 1938, das die Tschechoslowakei zerstörte, die Sowjetunion aus der internationalen Politik ausschloss und die Faschisten und ihr Militär nach Osten schicken wollte. Der »Frieden für unsere Zeit«, den Londons Premier Neville Chamberlain mit dem Regenschirm in der Hand verkündete, dauerte nur 12 Monate.

Die Antwort Stalins – fast unausweichlich nach der Zerstörung der Selbständigkeit der kommunistischen Parteien im Westen – war der Pakt der ewigen Freundschaft mit Hitlerdeutschland vom 22. August

1939 – nach langen zweigleisigen Geheimverhandlungen mit London und Berlin. Diese ewige Freundschaft dauerte ganze 21 Monate, erleichterte Hitler den Kriegsbeginn und verwirrte und lähmte die westlichen Kommunisten vollends, weil ihre Führer ihnen dieses Ereignis nicht erklären konnten. Viele Kommunisten im KZ Buchenwald hielten die Meldungen für Nazi-Schwindel. Nun war die Volksfront als Stalinsche Diplomatie entlarvt, der antifaschistische Widerstand der KPD beendet.

Schlimmer noch, was folgte – aber das soll hier nur aufgelistet werden:

- Komintern-Funktionäre mussten Hitler zum Friedenskämpfer erklären.
- Maurice Thorez forderte seine Regierung auf, gleichfalls mit Hitler einen Pakt zu schließen.
- 1939 forderte die KPD ihre Spanienkämpfer zur (»gefahrlosen«) Rückkehr ins Dritte Reich auf, ebenso die KPD-Emigranten in den Niederlanden.
- Der sowjetisch-finnische Winterkrieg 1939 wurde als Verteidigung gegen eine britische Aggression erklärt.
- Die finnischen Kommunisten – Veteranen des Bürgerkrieges gegen die Weißen 1918 – waren so verwirrt, dass sie sich freiwillig zur Verteidigung gegen die Sowjetunion meldeten.
- Die KP Großbritanniens organisierte im Frühjahr 1940 einen Kongress für den Frieden mit Deutschland.

Erst mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 begannen die kommunistischen Parteien erneut, Widerstand gegen den Faschismus zu organisieren.

Gab es eine revolutionäre Alternative?

Damit könnte die Geschichte der Volksfrontpolitik abgeschlossen werden. Jedoch während des Krieges und danach haben die Kominternparteien auf jede revolutionäre Zielsetzung verzichtet. In der Sowjetunion wurde das »Nationalkomitee Freies Deutschland« mit gefangenen Nazi-Generälen aufgezogen. In der Illegalität versuchte

die KPD von außen, eine ähnliche Linie durchzusetzen. Nach 1945 arbeitete die KPD in Westdeutschland mit den kapitalistischen Besatzungsmächten zusammen – bis ihr der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde. Die KP Frankreichs unterstützte den schmutzigen Kolonialkrieg der Regierung.

Aber es bleiben einige Fragen. Gab es eine Alternative zur »pragmatischen«, opportunistischen Politik der Kommunistischen Parteien?

Für Kommunisten gibt es in kapitalistischen Ländern keinen Grund, ihr revolutionäres Ziel aufzugeben im Interesse einer Kooperation mit der Bourgeoisie. Das war übrigens auch die Meinung vieler Illegaler, wie z. B. der Gruppe Schumann-Engert-Kresse.¹⁰ Diese lehnte die von der KPD und ihren illegalen Emissären propagierte politische Linie des Nationalkomitees Freies Deutschland als für die Werktätigen inakzeptabel entschieden ab; man könne diese vielleicht gegenüber Bürgerlichen vertreten. So kamen Engert und seine Genossen zu einem Kompromiss; man würde zweigleisig fahren: Die »breite Front« wollte man den Bürgerlichen anbieten, so man solche fand, während für die proletarische Basis das revolutionäre Programm maßgebend sein sollte. Ähnlich war die Reaktion anderer illegaler KPD-Mitglieder. So heißt es im Bericht über die Berner Konferenz der KPD (30.1.–1.2. 1939) u. a.:

»Verschiedentlich wurde angesichts des Scheiterns der Volksfront in Frankreich und Spanien überhaupt an Sinn und Wert der Volksfront gezweifelt ... Unter aktiven Sozialdemokraten und besonders in der SAP, aber auch unter den Kommunisten gab es einige Antifaschisten, die im Zusammengehen mit Teilen des Bürgertums angesichts der bitteren Erfahrungen mit den früheren Koalitionsregierungen und angesichts der Entwicklungen in Frankreich und Spanien die Volksfront ablehnten. Sozialdemokraten, vor allem aus der SAP, hatten Vorbehalte gegenüber der Volksfrontpolitik der KPD. Verschiedentlich forderten sie nach dem Sturz Hitlers unmittelbar die Diktatur des Proletariats zu errichten.«¹¹

Vermutlich wäre nach der Niederlage des Dritten Reiches und der deutschen Bourgeoisie eine revolutionäre Politik realistisch gewesen. Die damals sehr einflussreichen Linken in der Labour Party waren nur für die Kriegszeit zur Kooperation mit Winston Churchill bereit,

10 Siehe dazu Kurt Kühn: Georg Schumann – eine Biographie. Berlin 1965.

11 Bericht über die Berner Konferenz der KPD. S. 28f.

und erklärten schon 1943 ihre Absicht, nach dem militärischen Sieg eine sozialistische Politik zu betreiben, sich für ein sozialistisches Europa einzusetzen.¹² In Griechenland kämpfte die Griechische Volksbefreiungsarmee ELAS (mit jugoslawischer Unterstützung) gegen die Wiedererrichtung einer bürgerlichen Demokratie. Britische Soldaten und Piloten in Ägypten meuterten gegen den konterrevolutionären Einsatz im griechischen Bürgerkrieg. In Japan kam es Ende 1945 zu zahlreichen Betriebsbesetzungen. Das veranlasste den Oberbefehlshaber der dortigen US-Streitkräfte, sich sehr bald mit der japanischen Bourgeoisie zu einigen, um »die kapitalistische Ordnung wieder herzustellen.«¹³

Die kommunistischen Parteien westlich der Grenzlinie, die mitten durch Restdeutschland zwischen den gesellschaftlichen Systemen verlief, wurden angehalten, in die bürgerlichen Regierungen einzutreten. Palmiro Togliatti wurde nach Rückkehr aus Moskau Minister unter Mussolinis demokratisch gewendetem Militärführer Pietro Badoglio. In Frankreich unterstützte die KP de Gaulles Kolonialkrieg in Nordafrika. In drei Westzonen stellte die KPD die Sozialminister in allen Länderregierungen (außer in Thüringen), bis sie im Kalten Krieg überall entlassen wurden.

Kinner¹⁴ hält zwar die Faschismus-Analyse und andere Arbeiten der KPD-O »zum Besten ... was auf diesem Gebiet international in der marxistischen Theorie geleistet wurde«, meint aber, die KPD-O habe »jedoch kein ebenso stringentes Konzept für die Überwindung des Faschismus« gehabt. Dagegen hätten sich KPD und Komintern mit der Volksfrontpolitik »in einem schwierigen und widerspruchsvollen Prozess einen strategischen Ansatz erarbeitet, der in der antifaschistischen Volksfrontpolitik gerade das Ringen um die Wiedergewinnung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten in den Mittelpunkt der Politik rückte.«

¹² Siehe dazu Cassius (=Michael Fool): *The Trial of Mussolini – Being a Verbatim Report of the First Trial for War Criminals held in London Some Time in 1944 or 1945.* London 1943. (Deutsche Übersetzung: *Der Prozess gegen Mussolini.* Hrsg. v. Theodor Bergmann und Mike Jones. Mainz 1994.)

¹³ Siehe dazu Joe Moore, Joe (Hrsg.): *The other Japan. Conflict, Compromise and Resistance since 1945.* Armonk / New York / London 1997.

¹⁴ Klaus Kinner / Elke Reuter: *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 2: Gegen Faschismus und Krieg (1933–1939).* S. 27.

Ich bin überzeugt, dass die Volksfrontpolitik anders zu beurteilen ist. Das damalige Potential für eine radikale Veränderung in Deutschland halte ich für viel größer und von der KPD nicht ausgeschöpft; sie hat nicht einmal versucht, dieses zu mobilisieren. Das hätte natürlich nur im Gegensatz zu den drei kapitalistischen Besatzungsmächten und ebenso im Gegensatz zur damaligen sowjetischen Außenpolitik geschehen können. Das aber war in der Stalinschen diplomatischen Strategie nicht vorgesehen und nicht »erlaubt«. Die Theoretiker der KPD-O waren 1945 der Meinung, der deutsche Kapitalismus habe nach seinen Verbrechen das Todesurteil verdient. Historisch sei Deutschland reif für die proletarische Revolution. Allerdings seien die drei kapitalistischen Besatzungsmächte mit der festen Absicht gekommen, den Kapitalismus wieder aufzurichten, gegen jeden inneren Revolutionsversuch aufzurüsten und sein ökonomisches und militärisches Potential im beginnenden Kalten Krieg gegen die Sowjetunion einzusetzen. Diese marxistische Position wurde von KPD und SED als nationalistisch verketzert und ihre Anhänger organisatorisch verfolgt.

Volksfront und Einheitsfront

Viele Kommunisten und andere Antifaschisten sahen in der Volksfrontpolitik nur eine erweiterte Einheitsfrontpolitik. Wie sind die beiden zu vergleichen?

Zusammenfassend lassen sich Einheitsfront und Volksfrontpolitik wie folgt vergleichen. Einheitsfront gründet sich auf Klasseninteresse, Klassenbewusstsein und Kampfwillen der Arbeiterklasse und der ihr sozial nahe stehenden Schichten. Diese sollen auf unsichere, schwankende, aber im Kern vielleicht progressive Mittelschichten anziehend wirken. Sie hält ein Kampfbündnis aller ihrer sozialen Klassenlage und Struktur nach proletarischen Parteien und politischen Richtungen bei unterschiedlichen Endzielen und Aufrechterhaltung der politischen Selbständigkeit der Partner für möglich und vor allem im Kampf gegen den Faschismus für lebensnotwendig. Sie bedeutet also keinen ideologischen Burgfrieden. Volksfrontpolitik dagegen gibt die Klassenposition zur Hälfte auf und erstrebt ein Bündnis mit den vermeintlich demokratischen Teilen der feindlichen Klasse. Dabei wer-

den die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse zumindest zeitweilig aufgegeben.

Im Organ des Auslandskomi der KPD-O wurde schon 1936 vor den Folgen gewarnt, wenn Kommunisten ihre revolutionären Ziele aufgeben:

»Würde diese Linie bis zu Ende weitergeführt, so würde sie den Ruin der kommunistischen Parteien und der KI außerhalb der Sowjetunion bedeuten. Kommunistische Parteien, die im Frieden und im Krieg ihren Klassenkampf dämpfen oder aussetzen und stattdessen die Verteidigung der bürgerlichen Republik betreiben, was würde im Krieg ihr Schicksal sein?«¹⁵

Stalins Ängste

Stalin und Molotow haben zwischen dem Abschluss des »Freundschaftsvertrages« (1939) und dem Überfall der Wehrmacht (1941) die absurdesten Erklärungen abgegeben. So erklärte Molotow, seit dem 3. Mai 1939 Nachfolger von Maxim Litwinow als Außenminister, im Frühjahr 1940 (nach Hitlers »Friedensangebot« an Großbritannien), wenn dieses nicht angenommen würde, könnte die UdSSR erwägen, Truppen zur Unterstützung Hitlerdeutschlands an die Kanalküste zu verlegen. Stalin erklärte am 12. April 1941 seine Bereitschaft, der Achse Tokyo-Rom-Berlin beizutreten. Ich vermute, Stalin wusste, dass es keine längerfristige Koexistenz zwischen den Achsenmächten und der UdSSR geben konnte. Diese Erklärungen waren 1939 Teil der Tricks der gleichzeitigen Verhandlungen der SU mit beiden Kriegsparteien und 1940 Ausdruck der Angst vor einem Nazi-Überfall auf die SU, deren Rote Armee Stalin 1937 ihrer besten Offiziere beraubt hatte. Die Schwäche der Roten Armee war ja im ersten finnisch-sowjetischen Krieg 1939 offenbart worden.

Thesen

15 August Thalheimer: Dimitrows Aufsatz: Ein Wendepunkt der Kommunistischen Internationale. In: Internationaler Klassenkampf 3, 3. Juli 1936. S. 37ff.

1. Die langfristigen Interessen der revolutionären Weltbewegung sind gleich. Die Verteidigung und Stärkung der sozialistischen Länder liegt im Interesse aller Revolutionäre. Die kurzfristigen, aktuellen Aufgaben sind jedoch völlig verschieden in Inhalt und Methoden.
2. Die Volksfrontpolitik war nicht erweiterte Einheitsfrontpolitik. Sie stand am Anfang der Aufgabe marxistischer Grundsätze durch die kommunistische Bewegung und führte schließlich zur weitgehenden Selbstzerstörung der kommunistischen Parteien in Europa. Daher konnte sie auch ihre von der KPdSU gestellte Aufgabe nicht erfüllen, die Diplomatie der UdSSR zu unterstützen.
3. Die aktive internationale Solidarität erfordert nicht wertlosen Beifall oder unkritische Schönfärberei über den schwierigen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, sondern Klassenkampf in jedem Land und kritische Solidarität. Regierende und nicht-regierende revolutionäre Parteien müssen gleichberechtigt sein. (In diesem Punkt ist Neubert¹⁶ zuzustimmen.)
4. Die Kämpfe der Werktätigen in der Welt sind ungleichzeitig und ungleichartig. Daher kann es keinen Generalstab der Weltrevolution geben. Eine neue Internationale kann nur entstehen und wirken bei voller Souveränität der revolutionären Organisationen jedes Landes. In jedem Land ist ein spezifisches Modell des sozialistischen Aufbaus zu entwickeln. Selbst das erfolgreichste Modell eines Landes darf keinem anderen Land oktroyiert werden.

16 Harald Neubert: Stalin, das faschistische Deutschland und die Komintern vor Beginn des Überfalls auf die UdSSR. In: Geschichts-Korrespondenz. Jg. 11, Nr. 2. S. 32-35.

REINER TOSSTORFF

Geschichte der Volksfronten in Frankreich und Spanien¹

Zur Entstehung der Volksfront-Politik

Der Sieg des Nationalsozialismus über die stärkste Arbeiterbewegung in Europa stellte die durch die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs geschaffene internationale Kräftekonstellation in Frage. Das »Dritte Reich« formulierte ein klares außenpolitisches Eroberungsprogramm zur Lösung seiner inneren Widersprüche und bereitete zu dessen Realisierung offen einen Krieg vor: »Sozialismus oder Untergang in die Barbarei« war für die Arbeiterbewegung wieder zu einer Frage der

1 In den Anmerkungen wird darauf verzichtet, Nachweise für die allgemein bekannten Fakten zu liefern. Stattdessen soll darin auf die Interpretationen, Forschungsglücken usw. speziell anhand der neueren wissenschaftlichen Literatur eingegangen werden. Auf folgende benutzte Standardwerke sei jedoch verwiesen: Zur Wendung der KI zur Volksfront E. H. Carr: *Twilight of the Comintern, 1930 – 1935*. New York 1982. Zum Zusammenhang von KI-Strategie und den spanischen und französischen Ereignissen Fernando Claudín: *Die Krise der kommunistischen Bewegung: von der Komintern zur Kominform*. 2 Teile. Berlin 1977f. Die Radikalisierung von Teilen der Sozialdemokratie im Wechselspiel zwischen Einheitsfront und Volksfront analysiert Gerd-Rainer Horn: *European Socialists Respond to Fascism. Ideology, activism and contingency in the 1930s*. Oxford 1996. Zur französischen Volksfront: Georges Lefranc: *Histoire du front populaire (1934–1938)*. Paris 1974². – Jacques Danos / Marcel Gibelin: *Die Volksfront in Frankreich. Linksregierung und Generalstreik im Juni '36*. Hamburg 1982. – Jacques Kergoat: *La France du front populaire*. Paris 1986. – Heinz Köller: *Für Demokratie – Brot – Frieden. Die Volksfront in Frankreich 1935 bis 1938*. Bonn 1996. – Serge Wolikow: *Le Front populaire en France*. Paris 1996. Zu Spanien: Pierre Broué / Émile Témime: *Revolution und Krieg in Spanien*. Frankfurt 1968. – Burnett Bolloten: *The Spanish Civil War. Revolution and Counterrevolution*. Chapel Hill 1991. – Hugh Thomas: *The Spanish Civil War*. Harmondsworth 1977³. Des weiteren folgende Sammelbände zur Volksfront: Helen Graham / Paul Preston (Hrsg.): *The Popular Front in Europe*. Houndmills 1987. – Aldo Agosti (Hrsg.): *La stagione dei fronti popolari*. Bologna 1989. – Martin S. Alexander / Helen Graham (Hrsg.): *The French and Spanish Popular Fronts. Comparative Perspectives*. Cambridge u. a. 1989.

Tagesaktualität geworden. Der 30. Januar 1933 hatte jedoch auch das Scheitern von traditionellem Reformismus wie »ultralinkem« Sektierertum offenkundig gemacht. Selbst angesichts der ihnen unmittelbar drohenden Vernichtung waren weder SPD- noch KPD-Führung in der Lage gewesen, über den jeweiligen politischen Schatten zu springen und sich zu gemeinsamen Verteidigungsaktionen zusammenzuschließen. Das Beharrungsvermögen hochbürokratisierter Führungsgremien ließ selbst einzelne tastende Vorstöße (bei der SPD etwa Stampfers Versuche, bei der KPD die Aufrufe vom 5. bzw. 14. März), die den Anstoß zu einer wirklichen Einheitsfront hätten geben können, scheitern.

Angesichts ihrer weltpolitischen Bedeutung blieb die deutsche Niederlage jedoch nicht ohne Auswirkungen: Die unabhängigen sozialistischen/kommunistischen Gruppen (grob unter dem Begriff des Linkssozialismus zusammengefasst) konnten darauf verweisen, dass sie am konsequentesten die Einheitsfront gefordert hatten. Aber auch in den sozialdemokratischen Parteien wurde immer stärker das Vertrauen auf die Bekämpfung des Faschismus durch rein parlamentarische Mittel in Frage gestellt (siehe dazu etwa die Diskussionen auf der Pariser SAI-Konferenz vom August 1933) und es kam zur Herausbildung bzw. Verstärkung von Linksströmungen. Am stärksten konnte die Komintern auf Grund ihrer extrem zentralisierten, eng an einen Staatsapparat angelehnten Struktur ein Aufwerfen kritischer Fragen verhindern, wie der Ablauf des XIII. EKKI-Plenums vom Dezember 1933 erwies.

Trotz wachsender innerer Kritik konnte jedoch nur eine besondere Situation Änderungen, sozusagen von außen, einleiten. Dies ergab sich im Februar 1934 in Frankreich nach der Massendemonstration der extremen Rechten und dem dadurch ausgelösten Regierungssturz am 6. Februar und den Streiks und Demonstrationen am 9. und vor allem am 12. Februar. Hier traf das Wirken innerparteilicher Minderheiten (die Gruppierung um Bataille socialiste bei den Sozialisten, Jacques Doriot² bei den Kommunisten) auf einen spontanen Abwehr-

2 Im Falle Dorlots darf dessen spätere politische Entwicklung hin zum führenden Kollaborateur nach der Besetzung Frankreichs nicht über seine Rolle in diesen Tagen hinwegtäuschen: Für Monate war er der einzige PCF-Führer, der für eine Einheitsfront mit den Sozialisten eintrat, während Thorez die alte Linie verteidigte (und die KI-Führung in diesem Frühjahr ja auch bereit war, Doriot ange-

willen einer Arbeiterklasse, die noch keine tief wirkenden Niederlagen – auch durch eine etwa den deutschen Verhältnissen nach 1929 vergleichbare Massenarbeitslosigkeit – erlebt hatte. Zusammen schuf dies eine Einheitsdynamik, der sich die Parteiführungen der Sozialisten und Kommunisten nicht frontal entgegenstellen konnten, wollten sie nicht entscheidenden Einfluss verlieren.

Nicht ohne Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien und zeitweiligem Abbruch der Gespräche zwischen den Parteien entwickelte sich daraus das Aktionseinheitsabkommen zwischen SFIO und PCF vom 27. Juli 1934. Damit war zum ersten Mal von einer Sektion der KI die »Sozialfaschismus-Politik« durchbrochen (wenn die neue Linie damit auch noch nicht für alle Sektionen verbindlich gemacht bzw. durchgesetzt war und es überhaupt noch keine systematische neue Strategie gab).

Entscheidend dafür war natürlich der Meinungsumschwung in der KI-Führung (im Rahmen der Vorbereitungsdiskussionen für den VII. Weltkongress, betrieben vor allen von Dimitroff und z. T. Manuilski und unterstützt vom PCF-Vertreter Vassart, der darüber in seinen leider bisher nur auszugsweise veröffentlichten autobiographischen Aufzeichnungen berichtete³). Sie brachten die PCF dazu, das Einheitsfrontabkommen der Sozialisten zu akzeptieren. Der Wechsel vollzog sich – deutlich wahrnehmbar in den entsprechenden, gegensätzlich argumentierenden Verlautbarungen zu Beginn und zum Ende der Tagung – mitten auf der Konferenz von Ivry. Thorez und die »graue

sichts der Situation ernst zu nehmen – was sie in früheren Fällen, z. B. ein Jahr zuvor in der tschechoslowakischen KP im Fall Guttman, nicht getan hatte). Eine Ironie der Geschichte ist es, dass dieselbe Konferenz der PCF (Ivry 23.–26. Juni 1934), die seinen Ausschluss feststellte, zugleich im Grunde genommen seine Politik in den Februar-Tagen sanktionierte. Noch bis Mitte 1935 versuchten er und seine Anhänger einen unabhängigen sozialistischen Kurs zu steuern, bis sie sich von ihrer Anti-PCF-Haltung Schritt für Schritt nach rechts treiben ließen. Vgl. dazu Dieter Wolf: Die Doriot-Bewegung. Ein Beitrag zur Geschichte des französischen Faschismus. Stuttgart 1967 und Jean-Paul Brunet: Jacques Doriot. Du communisme au fascisme. Paris 1986.

3 Cécile und Albert Vassart: The Moscow Origin of the French »Popular Front«. In: Milorad M. Drachkovitch / Branko Lazitch: The Comintern: Historical Highlights. Essays, Recollections, Documents. New York 1986. S. 234–252.

Eminenz« der Partei, der KI-Vertreter Fried⁴, spielten dabei eher eine ausführende als antreibende Rolle. Aber letztlich dürfte auch für die KI-Führung die Meinungsbildung in der sowjetischen Führung, vor allem natürlich bei Stalin selbst, ausschlaggebend gewesen sein, über die jedoch nur spärliche Informationen vorliegen.⁵ Dabei sollten auch nicht die internationalen Ereignisse und ihr Einfluss auf den Wechsel in der KI-Strategie übersehen werden, allen voran die Februartage in Österreich, worauf hier leider nicht weiter eingegangen werden kann.

Die Entwicklung blieb jedoch nicht bei dem Abkommen der Arbeiterparteien stehen. Die PCF machte sich im Verlauf der nächsten Monate zum Vorreiter seiner Erweiterung um die (bürgerlichen) Radikalen, zunächst nur implizit durch den entsprechenden Diskurs: Wiederentdeckung des Patriotismus, Appell an den »moyen français«, den »Durchschnittsfranzosen« ..., dann offiziell durch das Bündnisangebot von Thorez am Vorabend des radikalen Parteitags (am 24. Oktober 1934) in Nantes, d. h. die Erweiterung des Abkommens der beiden Arbeiterparteien um ein Bündnis mit einer linksbürgerlichen Partei. Diese Initiative von Thorez scheint auf Kritik der KI-Führung gestoßen zu sein, die ihn durch Togliatti davon abhalten wollte. Die genaueste Information darüber stammt von dem italienischen Kommunisten Cerreti.⁶ Die Motive dafür sind jedoch wohl eher im Taktischen als im Prinzipiellen zu vermuten. Thorez' Vorschlag konnte auf die Parteipropaganda der letzten Monate zurückgreifen. Auch die KI diskutierte in der Vorbereitung des VII. Kongresses ähnliches.⁷

4 Vgl. seine Biographie Annie Kriegel / Stéphane Courtois: Eugen Fried. *Le grand secret du PCF*. Paris 1997.

5 Wichtige Hinweise finden sich im Tagebuch Dimitroffs und in seiner Korrespondenz. Vgl. Georgi Dimitroff: *Tagebücher 1933–1943*. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein. Bd. 1. Berlin 2000. S. 88–125. – Alexander Dallin / F. I. Firsov: *Dimitroff and Stalin 1934–1943*. New Haven / London 2000. S. 10–22.

6 Vgl. dazu z. B. E. H. Carr: *Twilight of the Comintern* Carr. S. 199.

7 Allerdings konnte die plötzliche Art des Thorez'schen Bündnisangebots vielleicht der SFIO zugute kommen. Schließlich bot die Politik der Radikalen ja durchaus genügend Kritikpunkte ... Interessant ist, dass der Vorwurf, die KI überlasse in Frankreich die Initiative der Sozialdemokratie, anscheinend von Sinowjew geäußert worden war, und als ein zusätzliches diskriminierendes Argument gegen ihn in seinem ersten Prozess (unmittelbar nach dem Kirov-Mord im Januar 1935) verwandt wurde. Vgl. Jonathan Haslam: *The Soviet Union and the Struggle for Collective Security in Europe, 1933–39*. London 1984. S. 58.

Für diese neue Politik wurde von der PCF der Name »Volksfront« geprägt. Sie sollte Arbeiterklasse und Mittelschichten zusammenschließen. Damit war eine neue Dimension gegeben. Dies stieß auf anfängliche Kritik bei den Sozialisten, die ja nicht gerade gute Erfahrungen mit den Radikalen gemacht hatten, deren Regierung sie 1924 und 1932 unterstützt hatten, nur um dann zu erleben, wie die Radikalen beim Auftauchen von Schwierigkeiten die Zusammenarbeit mit der Rechten suchten. Sie sollten jedoch nicht prinzipiell ablehnen, wie die Entwicklung sehr bald erweisen sollte. Diese neue Politik stieß aber auf grundsätzliche Vorbehalte bei den »revolutionären Minderheiten« (den linken Sozialisten um Marceau Pivert – seit September 1935 als »Gauche révolutionnaire« innerhalb der SFIO organisiert –, den Trotzlisten, den Syndikalisten sowie ab 1935 den oppositionellen PCF-Mitgliedern um die Zeitschrift »Que faire?«⁸)

Dieses von der PCF betriebene neue Bündnis (das ja nicht ohne Aufgabe von Bestandteilen der kommunistischen Programmatik früherer Jahre möglich war) wird erklärlich, wenn man es in Beziehung setzt zu dem gleichzeitigen Kurswechsel in der sowjetischen Außenpolitik, ein Zusammenhang, der in unzähligen Studien detailliert nach-

8 Obwohl noch immer grundlegend, ist seit dem Artikel von Pierre Broué und Nicole Dorey: *Critiques de gauche et opposition révolutionnaire au Front Populaire (1936-1938)*. In: *Le Mouvement social*. Nr. 54/1966. S. 91 – 133, weiterführendes zu diesen Gruppen erschienen: Jean Rabaut: *Tout est possible! Les 'gauchistes' français 1929 – 1944*. Paris 1974. – Jean-Pierre Rioux (Hrsg.): *Révolutionnaires du Front Populaire. Choix de documents 1935 – 1938*. Paris 1973, und als Darstellung der wichtigsten Gruppe Jean-Paul Joubert: *Révolutionnaires de la S. F. I. O.* Paris 1977. Daraus wird deutlich, dass es zwar ein breites Feld der extremen Linken gab, dass aber ihre entscheidende Schwäche die Zersplitterung war, die es ihr vor allem nicht ermöglichte, ihre Kräfte auf gewerkschaftlichem Feld zu koordinieren, wo in der entscheidenden Zeit des Aufschwungs der CGT im Jahre 1936 hauptsächlich die PCF profitierte, obwohl in vielen der Streiks im Mai / Juni Aktivisten der extremen Linken die Initiatoren waren. Erst Anfang 1937, dann in organisierter Form mit Zeitung 1938, kam es zu einer solchen Zusammenarbeit, dem »Cercle syndicaliste Lutte de Classe«. Er gewann ein gewisses Echo in den Streiks von 1938, kam damit aber – in der Situation des Niedergangs – zu spät. Auf dem CGT-Kongreß von 1938 erhielten die Positionen der extremen Linken nicht einmal ein Prozent. Ihre Schwäche erklärt sich auch damit, dass ihre einflussreichste Gruppe, die Gauche révolutionnaire, kaum organisierte Gewerkschaftsarbeit betrieb, womit sie als Kristallisationspunkt für die anderen Gruppen hätte wirken können.

gezeichnet worden ist.⁹ Beruhte die sowjetische Außenpolitik in den zwanziger Jahren in Europa auf der Zusammenarbeit mit Deutschland, so zwang die Machtübernahme der Nationalsozialisten die UdSSR dazu, nach neuen Bündnispartnern zu suchen. Die Sowjetunion trat am 18.9.1934 in den bis dahin scharf bekämpften Völkerbund ein und erkannte damit offiziell das von Frankreich und Großbritannien getragene »Versailler System« an, dem man nun zubilligte, einen neuen Krieg verhindern zu können. Angesichts der offen erklärten Revisionsabsichten des Dritten Reichs rückte für die UdSSR die Verteidigung des »status quo« in den Vordergrund. Ansprechpartner für diese Diplomatie waren aber am sinnvollsten die bürgerlich-liberalen bis konservativen Kräfte.

Welche politischen Widersprüche sich daraus beispielsweise für die PCF ergeben konnten, zeigte sich sehr bald mit dem französisch-sowjetischen Beistandsvertrag vom 2. Mai 1935 (der die sowjetischen Bemühungen um Frankreich krönte, wenn er auch kein regelrechtes militärisches Bündnis werden sollte). Hatte die KP bis dahin einen virulenten antimilitaristischen Kurs betrieben, so schloss sie sich über Nacht der dem französischen Außenminister abgegebenen Erklärung Stalins an, worin er die französischen Aufrüstungsbemühungen unterstützte.¹⁰ Damit (und mit ähnlichen Erklärungen in der Folgezeit)

9 Natürlich muss man genau unterscheiden zwischen Zusammenhang und Folge. Die Wende in Frankreich 1934 konnte natürlich nicht das Ergebnis eines Paktes sein, der erst im folgenden Jahr zustande kam. Aber wie Jonathan Haslam (*The Comintern and the Origins of the Popular Front 1934–1935*. In: *Historical Journal*. Nr. 3/1979. S. 673–691, hier S. 689) schreibt: »Aber es müsste schon ein sehr wagemutiger Historiker sein, der behauptete, dass es keine Verbindung zwischen den Erfordernissen der sowjetischen Diplomatie und der Komintern-Strategie gab, da die letzte Quelle für die Entscheidung in beiden Bereichen das sowjetische Politbüro war.« Die Jahre 1934/35 waren noch eine Zeit des Umbruchs. In dem Maße, wie sich sowohl die Volksfrontstrategie entwickelte als auch die internationale Krise verschärfte, wurde aber in der kommunistischen Propaganda der internationale Bündnisaspekt für die Volksfront immer mehr hervorgehoben.

10 Dass damit die PCF einen (niemals eingestandenen) Schwenk um 180 Grad vollzog, ist schon oft mit Zitaten aus den Jahren zuvor dokumentiert worden. Als eines unter vielen Beispielen hier folgende Äußerung von Thorez aus der »Humanité« vom 12. März 1933 (wo er auf das Echo auf den Einheitsfrontaufruf des EKKI vom 5. März eingeht): »Herr Blum (...) nörgelt, zitiert Anatole France, spricht von der Einheit gegen den Krieg und sogar von der Verteidigung der UdSSR. Es ist

wurde deutlich, dass die PCF mit der Volksfrontpolitik vor allem zur Realisierung dieser Allianzbestrebungen beitragen wollte.

So sind zwei Ausgangspunkte für die Volksfrontbewegung der folgenden Jahre erkennbar: Zum einen die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung, die ein soziales Gewicht entwickelte, was effektiv den aufkommenden Faschismus behinderte, aber zugleich auch eine innenpolitische Radikalisierung auslöste, die das französische Großbürgertum nach rechts treiben musste, und zum anderen die Unterstützung einer gegen den faschistischen Staatenblock gerichteten Bündnispolitik, die aber nur bei Zustimmung der konservativen Eliten, die ja nun die Politik in Frankreich – und erst recht in Großbritannien – bestimmten, erfolgreich sein konnte. Das waren offensichtlich keine parallel verlaufenden Linien. Im Gegenteil, tendenziell hoben sie sich auf. Für die PCF musste das bedeuten, eine gemäßigte Rolle zu spielen und die Bündnispolitik noch nach rechts zu erweitern, um zu versuchen, die innenpolitische Polarisierung zu überbrücken.

Einen ersten Höhepunkt fand die französische Volksfront (bzw. das »Rassemblement populaire« [»Volks-Sammlung«], wie die offizielle Bezeichnung war) mit der Großkundgebung am 14. Juli 1935 in Paris, die Hunderttausende zusammenführte. Ihr folgte die Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Regierungsprogramms. Gleichzeitig verschärfte sich die permanente Regierungskrise, spitzten sich die sozialen Auseinandersetzungen in Streiks und blutigen Straßenkämpfen (Toulon und Brest im August) zu und setzte sich auf internationaler Ebene der Vormarsch des Faschismus fort (Abessinien).

Im Juli-August 1935 hatte endlich – nachdem im Grunde genommen die Entscheidung für die Volksfrontpolitik schon längst gefallen war – der VII. Weltkongreß der KI getagt. Er sanktionierte die neue Linie und machte sie für alle Sektionen verbindlich: Umfassende Bündnisse bis hin zu bürgerlichen Parteien auf einem antifaschistischen Mini-

wahr, dass er das in einer sehr speziellen und perfiden Form macht, indem er die Allianz der russischen Revolution mit der französischen Republik gegen den Mussolini- und Hitler-Faschismus in der Art, wie vor vierzig Jahren der Zar mit derselben Republik gegen Bismarck verbündet war, wünscht. (...) Als ob die antiimperialistische UdSSR sich mit irgendeinem imperialistischen Banditen je verbündet hätte, sich je verbünden könnte.«

malprogramm nach französischem Vorbild. Die Unterstützung von daraus hervorgehenden Regierungen – auch wenn sie bürgerlich waren – war nicht ausgeschlossen (wenn damit auch noch nicht von Regierungsbeteiligung gesprochen wurde). Im Gefolge dieses Kongresses wurden auch die letzten Anhänger der »ultralinken« Politik aus dem EKKI und den nationalen Parteiführungen entfernt.

Die Komintern hatte damit in nur wenig mehr als einem Jahr einen grundlegenden strategischen Wandel vollzogen. Entsprechend den überall auf der Welt erfolgenden Initiativen machte auch die spanische Partei – die allerdings mit dem Problem zu kämpfen hatte, dass sie innerhalb der spanischen Arbeiterbewegung nur eine untergeordnete Rolle spielte – die französische Entwicklung mit einer Zeitverzögerung mit. Im September 1934 trat die PCE in die schon existierende Einheitsfront, die »Arbeiterallianz«, ein.¹¹ Nach den blutig niedergeschlagenen aufstandsartigen Kämpfen im Oktober 1934 in Asturien und Katalonien gegen den Regierungseintritt einer klerikalfaschistischen Partei in Madrid, als sich abzeichnete, dass der Sieg der Rechten keineswegs so endgültig war wie etwa in Deutschland, lancierte die PCE¹² die Idee eines »antifaschistischen Volksblocks«. Er sollte die Arbeiterbewegung mit den linksbürgerlichen Republikanern verbinden.

11 Eine gewisse Einschränkung ist natürlich nötig. Ende 1933 in Katalonien auf Initiative der oppositionellen Kommunisten des Bloc Obrer i Camperol [Arbeiter- und Bauernblock] entstanden, umfasste die Allianz dort die meisten Sektoren der katalanischen Arbeiterbewegung: mit Ausnahme allerdings der Mehrheitsströmung, der anarchistischen CNT (sowie der fast bedeutungslosen katalanischen KP). Sie bekam ihr nationales Gewicht dann durch die Beteiligung der linken Sozialisten, damit ihres Gewerkschaftsbundes UGT, womit diese Allianz auch für die mehr revolutionär-syndikalistischen Sektoren der CNT außerhalb Kataloniens attraktiv wurde, ein Prozess, der im Frühjahr 1934 zu vielen regionalen Zusammenschlüssen führte (v. a. in Asturien). Damit organisierte die Allianz zumindest die Mehrheit der spanischen Arbeiterbewegung. Nur noch der FAI-Sektor der CNT boykottierte nach dem PCE-Beitritt die Arbeiterallianz und trug damit entscheidend zur Niederlage in Katalonien bei. Nach den Oktoberkämpfen allerdings waren es die linken Sozialisten, die, da sie nunmehr ihr Hauptziel in der »Bolschewisierung« der PSOE und dabei in der Allianz einen möglichen politischen Kristallisationspunkt außerhalb der Sozialisten sahen, ihre Fortführung verhinderten.

12 Zur PCE in der zweiten Republik vgl. Rafael Cruz: *El Partido Comunista de España en la Segunda República*. Madrid 1987.

Allerdings hatte sich innerhalb des spanischen Sozialismus eine breite Linke – angeführt von dem sich auf die sozialistische Gewerkschaft stützenden Largo Caballero – gebildet, die – nach den Erfahrungen der Regierungszusammenarbeit mit eben diesen Republikanern von 1931 bis 1933 – einem erneuten Bündnis ablehnend gegenüberstand. Dies wurde dagegen von der Parteirechten um Prieto seit Anfang 1935 wieder angesteuert.¹³ So stand hier die PCE vor einem Dilemma. Zum einen bemühte sie sich um die Gewinnung der kämpferischen, linken Sozialisten¹⁴, stimmte aber in der konkret einzuschlagenden Politik eher mit dem rechten Parteiflügel überein, der für sie organisatorisch aber kaum gewinnbar war. (In Frankreich war dieses Dilemma bei der Schwäche bzw. dem anderen Charakter des linken Flügels der Sozialisten nicht so deutlich.)

Es waren schließlich vor allem innenpolitische Gründe (Beseitigung der Repression. Befreiung der politischen Gefangenen), die Ende 1935 zumindest zur Bildung eines »Wahlblocks der Linken« (wie er offiziell hieß, damit er für die linken Sozialisten nicht den Anschein einer dauerhaften Neuauflage der republikanisch-sozialistischen Koalition erwecken konnte¹⁵) von Republikanern, Sozialisten, der PCE,

13 Über die Fraktionierung der spanischen Sozialisten, die dann nach Bürgerkriegsbeginn ihren Höhepunkt erlebte vgl. Helen Graham: *Socialism and War. The Spanish Socialist Party in Power and Crisis 1936 – 1939*. Cambridge 1991.

14 Interessant ist das Verhalten der linken Sozialisten zur Volksfrontpolitik, besonders zum VII. Weltkongress. Einige waren der Auffassung, dass nun die nationalen Sektionen der KI ihre eigene Politik ausgehend von der besonderen Situation im Lande machen könnten (so etwa José Laín, Führer der sozialistischen Jugend und Gast beim Kongress, im Organ des linken PSOE-Flügels, der Zeitung »Claridad« Nr. 15 vom 19.10.1935), andere wie etwa Luis Araquistain (so in der theoretischen Zeitschrift der PSOE-Linken, »Leviatán«, Nr. 16, August 1935) konstatierten die Allgemeinverbindlichkeit der neuen Linie, die ungeachtet der nationalen Besonderheiten verordnet würde (also z. B. überall Bündnisse mit bürgerlich-liberalen Parteien). Hier zeigten sich in der Interpretation politische Differenzen, die mit die politische Entwicklung ihrer Vertreter – entweder hin zur PCE oder Verbleib in der PSOE bei scharfer Kritik an der PCE – bestimmten.

15 Bei der Haltung der linken Sozialisten zu einem solchen Bündnis dürfen zwei Sachen nicht miteinander vermischt werden: Die prinzipielle Ablehnung eines dauerhaften Regierungsbündnisses mit den Republikanern und ihre als taktisch aufgefasste Zustimmung zu einer solchen Wahlkoalition. Einen solchen Eindruck macht etwa Santos Juliá (Santos Julia: *Tres cartas inéditas sobre la propu-*

den oppositionellen Kommunisten der POUM¹⁶ und der winzigen Syndikalistischen Partei führten. Das Bündnis gewann im Februar 1936 die Wahlen (nicht zuletzt mit Hilfe der Stimmen der Anarchisten).

Fazit: Anfang 1936 war es sowohl in Frankreich wie in Spanien zur Bildung von Bündnissen gekommen, wie sie die Kommunistische Partei als »Volksfronten« angestrebt hatte. Dies war zwar ein großer Erfolg für sie. Auch wenn diese Bezeichnung von den damaligen Akteuren wie dann von den Historikern übernommen wurde, sollte nicht übersehen werden, dass die nicht-kommunistischen Kräfte diese Bündnisse durchaus in andere strategische Rahmen, bzw. historische Zusammenhänge einordneten. Französische Radikale und die Mehrheit der SFIO (obwohl natürlich selbst von ganz unterschiedlicher politischer Ausrichtung) hatten den »Bloc des gauches« von 1902, bzw. das »Cartel des gauches« von 1924 [Block bzw. Kartell der Linken] vor Augen.¹⁷ In Spanien dachten – wie schon gesagt – die Republikaner und rech-

esta de un frente electoral. In: Revista de Derecho Político. Nr. 12. Winter 1981–82. S. 271–275.) bei seiner Zurückweisung der v. a. auf die Duclos-Memoiren gestützten Legende, wonach dieser durch seine Intervention bei Largo die Akzeptierung des Volksfrontbündnisses erreicht hätte. Eine solche Unterscheidung wird dagegen klar hervorgehoben bei Manuel Tuñón de Lara: Tres claves de la Segunda República. Madrid 1985. S. 354.

16 Noch immer ist in der Literatur die leichtfertige Klassifizierung der POUM als »trotzkistisch« anzutreffen. Damit wird jedoch nur das – denunziatorisch gedachte – Propagandaklischee der KI wiederholt. Zwar gab es in der POUM gewisse Einflüsse, ein Teil der Partei kam aus dem spanischen Trotzkismus, es gab die alten Beziehungen zwischen Andreu Nin, einem ihrer wichtigsten Führer, und Trotzki. Doch ebenso gab es politische Differenzen. Zudem hatte sich die POUM nach ihrer Gründung im Jahre 1935 dem »Londoner Büro« der Linkssozialisten angeschlossen. Hier wird die POUM als »oppositionell-kommunistisch« bezeichnet – so wie sie ihr Selbstverständnis artikuliert. Vgl. dazu Reiner Tosstorff: Die POUM im spanischen Bürgerkrieg. Frankfurt 1987. – Ders.: Die POUM in der spanischen Revolution. Köln 2006. Zum internationalen Zusammenhang der POUM. Vgl. auch Willy Buschak: Das Londoner Büro. Europäische Linkssozialisten in der Zwischenkriegszeit. Amsterdam 1985.

17 Dieser »diachrone« Aspekt fällt bei der Diskussion der Volksfrontstrategie immer zugunsten der »synchronen« Dimension weg, obwohl es in der französischen Arbeiterbewegung eine lange Debatte über das Verhältnis zu den Radikalen gab, die auch ihren Widerhall in der internationalen Arbeiterbewegung fand. Darauf geht die Dissertation von Rainer Traub: Der »Fall Millerand« und die Volksfront. Universität Osnabrück 1981, ein.

ten Sozialisten an die Koalition von 1931 (womit die linken Sozialisten wiederum ihre ablehnende Haltung begründeten). Alles in allem handelte es sich also beim Zustandekommen der Volksfronten nicht um eine einfache Durchsetzung oder Übernahme der kommunistischen Vorstellungen, sondern um das Zusammentreffen verschiedener politischer Konzeptionen, bei denen sich Einigkeit über Tagesfragen ergab (gewisse Reformen der Gesellschaft, internationale Frontstellung gegen den Faschismus usw. – vor allem durch das Mittel der Erreichung parlamentarischer Mehrheiten).

Für die linken Sozialisten in Spanien und Frankreich – von den »revolutionären Minderheiten« (die aber z. B. in Katalonien durchaus eine Mehrheit werden konnten) erst gar nicht zu reden – war eine auf die Erringung von Parlamentsmehrheiten ausgerichtete Politik bestenfalls ein untergeordneter Faktor. Für sie stand die außerparlamentarische Massenmobilisierung im Vordergrund, die auf die Schaffung einer revolutionären Situation hinzielen sollte, was durch solche Bündnisse höchstens einen zusätzlichen Impuls bekommen konnte. So unterschied etwa die Gauche révolutionnaire die »parlamentarische Volksfront« und die »Front populaire du combat« [Volksfront des Kampfes] und die POUM unterzeichnete nur das Wahlabkommen – zur Unterstützung des Kampfs um die Amnestie –, um dann nach den Wahlen die Volksfrontpolitik scharf anzugreifen. Jedenfalls wird durch all das deutlich, dass jenseits aller ständig beschworenen Einigkeit bereits viele Konflikte in den grundlegenden strategischen Vorstellungen angelegt waren, die spätestens dann aufbrechen mussten, wenn Regierungen zu bilden waren.

Die französische Volksfrontregierung

Im Januar 1936 war schließlich das Programm der französischen Volksfront verabschiedet worden, insgesamt ein sehr gemäßigtes Reformprogramm, das keine wesentlichen Änderungen in der Wirtschaftsstruktur und dem politischen System vorsah. Nach einer Einleitung führte das Programm »politische Forderungen« zur »Verteidigung der Freiheit« und »Verteidigung des Friedens« und dann »ökonomische Forderungen« zur »Wiederherstellung der Kaufkraft«, »gegen die Plünderung der Ersparnisse und für eine bessere Organisation des »Kre-

dits« sowie für eine »Finanzgesundung« auf. Aber es enthielt zu vielen Punkten nur Absichtserklärungen bzw. allgemeine Prinzipien, nach denen man sich richten wolle, legte also z. B. nicht konkrete Maßnahmen fest.¹⁸ Selbst die Kolonien sollten aufrechterhalten werden.¹⁹ Der von den Sozialisten eingebrachte Vorschlag nach Nationalisierungen und Strukturreformen – Ausdruck ihrer vom »Planismus« beeinflussten Vorstellungen – war überraschenderweise gemeinsam durch Radikale und Kommunisten abgeblockt worden. (Der »Planismus« war nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von dem belgischen Sozialisten Hendrik de Man entwickelt worden und sah die Entwicklung von Wirtschaftsplänen durch die Arbeiterorganisationen zu ihrer Überwindung vor.)²⁰

18 So hieß es beispielsweise »Reduzierung der Arbeitswoche ohne Reduzierung des Lohns«. Dass es dann zur 40-Stunden-Woche kam (die in der französischen Arbeiterbewegung schon lange diskutiert wurde und die u. a. der Plan der CGT von 1934 enthielt, in dem Forderungen zur Überwindung der Krise zusammengefasst waren), war allein ein Ergebnis der Juni-Streiks nach dem Wahlsieg. Die 40-Stunden-Woche wurde dann nachträglich gesetzlich abgesichert, war also nicht sozusagen unmittelbar eine Folge des Programms. Hätte es diese Streiks in ihrer Breite nicht gegeben, wäre es sicher in vielem bei den Absichtserklärungen des Programms geblieben (bei denen sich vor allem große Teile der Radikalen wohl zu wenig konkret verpflichtet sahen). Das Programm findet sich z. B. bei Georges Lefranc: *Histoire du front populaire*. S. 475–479.

19 Hier sah das Volksfrontprogramm nur die Einsetzung einer Untersuchungskommission vor, sprach also noch nicht einmal von konkreten Veränderungen in Richtung auf die Unabhängigkeit. Es wurden dann zwar gewisse Reformen eingeleitet, die aber nie den französischen Anspruch auf die Kolonien in Frage stellten, dazu auch oft von der ultrarechten Kolonialverwaltung boykottiert wurden. Schließlich kam es auch zu Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Unabhängigkeitsbewegungen, die natürlich große Hoffnungen in den Sieg der Volksfront gesetzt und in deren Gefolge auch einen Aufschwung erlebt hatten. Zu den Widersprüchen der Volksfrontregierung auf diesem Gebiet sind noch immer wichtige Aussagen, vgl. Daniel Guérins von der Gauche révolutionnaire, Mitglied der Kolonialkommission der SFIO, in seiner Autobiographie: *Daniel Guérin: Front populaire, révolution manquée. Temoignage militant*. Paris 1970, bes. S. 169–174, sowie seine Artikelsammlung: *Daniel Guérin: Au service des colonisés 1930–1953*. Paris 1954.

20 Den Planismus behandelt ausführlich Gerd-Rainer Horn: *European Socialists Respond to Fascism*.

Am 26. April und am 3. Mai fanden dann – angesichts einer wachsenden Polarisierung im Lande (u. a. Überfall Rechtsradikaler auf Blum, Wiedervereinigung der CGT im März, aber auch Remilitarisierung des Rheinlandes am 7. März) – die Wahlen statt. Spätestens nach dem zweiten Wahlgang war klar, dass die Volksfrontkoalition einen überwältigenden Sieg errungen hatte. Sie stellte 370 (bzw. 376) Abgeordnete gegen 222. Zum ersten Mal waren die Sozialisten mit 146 Abgeordneten die stärkste Fraktion auf der Linken. Am spektakulärsten war jedoch der Aufstieg der Kommunisten von 10 auf 72, während die Radikalen die Verlierer im Bündnis waren (116 Abgeordnete). Allerdings: die Arbeiterparteien waren auf sie angewiesen, um Mehrheiten bilden zu können, während die Radikalen immer in der günstigen Situation waren, notfalls die Bündnispartner wechseln zu können.

Bereits unmittelbar nach Wahlausgang machte die SFIO ihren Anspruch auf die Regierungsführung deutlich. Doch zunächst war eine Situation der politischen Ungewissheit eröffnet, da die neugewählte Nationalversammlung erst Anfang Juni zusammentreten konnte. Marceau Pivert drängte Blum, angesichts der Massenstimmung sofort zu handeln. Doch Blum, der selbst einen solchen Wahlsieg vorher nicht für möglich gehalten hatte, gab solchem Drängen nicht nach. Der Übergang sollte legal vollzogen werden.

Was die Zielsetzung seiner künftigen Regierung anbelangte, so versuchte Blum sie Ende Mai auf dem sozialistischen Parteitag durch historische Analogien zu bestimmen: Weder Kerenski, noch MacDonald oder Noske – »keine Misshelligkeiten zwischen Regierung und Arbeiterklasse«. Damit hatte Blum sich im Grunde genommen schon auf einen defensiven Kurs gegenüber den anstehenden Konflikten festgelegt.

Gleichzeitig versuchte Blum, sich gegenüber der PCF abzusichern. Am 12. Mai unterbreitete die SFIO offiziell der PCF ein Angebot zur Regierungsbeteiligung. Hatte Thorez Monate vorher schon einmal davon gesprochen, danach aber wieder davon Abstand genommen, antwortete jetzt das Politbüro mit einem Nein. Wenn sie die Regierung auch unterstütze, wolle sie nicht durch eine Anwesenheit im Kabinett der Rechten Vorwände liefern. Man sei auf die Zustimmung der Radikalen für die Regierungsbildung angewiesen, und kommunistische Minister könnten die »Mittelklassen« verschrecken. Stattdessen sprach

man davon, dass die Partei durch ihre außerparlamentarische Unterstützung ein »ministère de masse« [Ministerium der Massen] bilde. Später stellten Thorez und Duclos die Diskussionen innerhalb der Parteiführung so dar, als ob sie sich intern doch für eine Beteiligung ausgebrochen hätten, doch Nachweise dafür finden sich nicht. Bestenfalls könne man von Nuancen bei der Formulierung der Ablehnung sprechen. Auch die Kominternführung, die ganz von der Dynamik und der Geschwindigkeit der Ereignisse überrascht war, sprach sich klar gegen eine Regierungsbeteiligung aus Besorgnis um schädliche Folgen für die sowjetische Politik aus.²¹ Sicher dürfte bei all den Erwägungen auch eine Rolle gespielt haben, dass die PCF bei einer Regierungsbeteiligung möglicherweise unter den Druck der Erwartungshaltung ihrer (v. a. neugewonnenen) Mitglieder hätte geraten können, die dann vielleicht nach weiter links abgewandert wären. So aber stand sie halb in der Opposition und konnte damit wiederum mit den Regierungsparteien Unzufriedene anziehen. Erst später, in den folgenden Regierungskrisen, erklärte dann die PCF ihre Bereitschaft zum Regierungseintritt.

Doch es entstand eine neue Situation, die dem Regierungswechsel den Anschein von Normalität nahm: Die Basis der Volksfront trat ab Mitte Mai selbst durch Massenstreiks mit Betriebsbesetzungen in Aktion. Ausgehend von der Metallindustrie griff die Streikwelle Anfang Juni auf fast alle Industriezweige und von der Pariser Region auf das ganze Land über. Weder die Gewerkschaftsführung noch die Parteileitungen von SFIO und PCF hatten dazu aufgerufen. Natürlich war es auch keine rein spontane Aktion. In ihr entlud sich jahrelang aufgestaute Wut über das Unternehmerverhalten, die Wirtschaftskrise usw. Angesichts des Wahlerfolges, der die Führer der französischen Arbeiterbewegung in die höchsten Ämter

21 Vgl. dazu Serge Wolikow: *Le Front populaire*. S. 175–179. Siehe auch seinen früheren Artikel: *Le Parti communiste et la question de sa participation au gouvernement de front populaire*. In: *Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez*. Nr. 34/1980. S. 55–111.

brachte, konnte die Agitation kleiner betrieblicher Gruppen einen solchen ungeahnten Widerhall finden.²²

Doch welche Perspektive sollte diese Bewegung haben? Marceau Pivert schrieb am 27.5. seinen berühmten Artikel in der sozialistischen Tageszeitung »Le Populaire«: »Tout est possible« [Alles ist möglich]. Dafür agitierten aber nur noch die »revolutionären Minderheiten«. Dem hielt vor allem die PCF²³ entgegen (obwohl das natürlich auch von der Mehrheit der SFIO geteilt wurde): »Tout n'est pas possible« [Alles ist nicht möglich] (Marcel Gitton in der »Humanité« am 29. Mai). Anfang Juni bildete Blum seine Koalitionsregierung aus Radikalen und Sozialisten; am 6. sprach ihr die Kammer das Vertrauen aus. Bereits am 7. Juni traf sich die Regierung mit Gewerkschaften und Unternehmern im Hotel Matignon und handelte ein Abkommen über ökonomische und sozialpolitische Bestimmungen wie Lohnerhöhungen, bezahlten Urlaub, 40-Stunden-Woche, Anerkennung der Gewerkschaftsrechte aus. Doch vielerorts gingen die Streiks noch fort oder weiteten sich sogar noch aus, während die Regierung und die PCF dafür keinen Grund mehr sahen und entschieden auf Abbruch drängten. (Thorez erklärte am 11. Juni »Il faut savoir terminer une grève«. [Man muss einen Streik beenden kön-

22 Das Zusammenfallen von politischer (Wahl-)Konjunktur, längerfristig bedingter Lage der Arbeiter und Einwirkungen der Arbeiterorganisationen, was das die Streikwelle begünstigende Klima schuf, haben vor allem Danos und Gibelin herausgearbeitet. Ein systematischer Überblick über die Initiatoren und Träger der Streiks im betrieblichen Rahmen, der sie sozial wie politisch analysieren würde, fehlt aber noch (soweit er überhaupt erstellt werden kann). Insbesondere ginge es dabei um Fragen der Art, inwieweit die Organisatoren der Streiks nicht schon im Unterschied zu den Belegschaften – die Streiks fanden ja vielerorts in Bereichen ohne größere Kampferfahrungen statt – politisch oder gewerkschaftlich organisiert waren oder inwieweit sie erst durch die Streiks politisiert wurden (und dann wohl überwiegend der PCF beitraten). Zur Analyse der Streiks vgl. auch Edward Shorter / Charles Tilly: *Strikes in France 1830 – 1968*. Cambridge 1974. S. 127–137.

23 Die PCF – fast unmittelbar von der Rechten als Drahtzieher der Streiks angeklagt, was auch nicht ohne Echo bei Teilen der Radikalen blieb – betrieb in Wirklichkeit eine Gratwanderung, die von Danos und Gibelin (Jacques Danos / Marcel Gibelin: *Die Volksfront in Frankreich*. S. 86.) folgendermaßen auf den Begriff gebracht wurde: »bedingungslose Unterstützung der Streiks, Eingrenzung der Bewegung in den Rahmen des Volksfrontprogramms, Ablehnung jeglicher Interpretation, daß die Bewegung einen revolutionären Charakter trage.«

nen)) Die Streiks hörten so bald erst einmal auf.²⁴ Nicht zuletzt kamen die Sommerferien nahe – der erste bezahlte Urlaub.²⁵

Der »Juni 1936« war zwar keine Revolution. Er war jedoch die bis dahin größte Massenbewegung der französischen Arbeiterklasse, die noch nie zuvor so viele ihrer Forderungen auf einmal hatte durchsetzen können. Der »Juni 1936« wurde zu dem von nun an in der französischen Politik immer wieder beschworenen Mythos der Volksfront – je nachdem positiv oder negativ besetzt –, der jedenfalls für die französischen Arbeiter einen ganz realen Hintergrund hatte. Ihre materiellen Eroberungen – allen voran die 40-Stunden-Woche – und nicht ideologische Konzeptionen waren es, weswegen sich die Massen mit der Volksfront identifizierten.²⁶ Sie wurde dann auch zum zentralen

24 Die Streiks in der Pariser Region endeten ab dem 12./13. Juni mit dem Abschluss der ersten Tarifverträge – in der Provinz erst einige Wochen später, was nicht hieß, dass es nicht noch einzelne langandauernde Konflikte gab. – Damit war zwar *die* Streikwelle beendet. Shorter und Tilly unterschätzen aber vielleicht etwas die gesamte Streikentwicklung unter der Volksfront, wenn sie schreiben: »Die Frage der sozialen Explosion der Volksfront ist wesentlich eine Frage dessen, was im Juni 1936 passierte.« (Edward Shorter / Charles Tilly: *Strikes in France 1830-1968*. S. 128.) Was fehlt, ist eine Gesamtdarstellung der Streiks 1936-1938, der Gründe und des Verlaufs ihres Wiederaufflammens und der vom Juni '36 unterschiedlichen Formen. Die Streikentwicklung verlief folgendermaßen: 1936 16.907 Streiks, 2.432.000 Streikende; 1937 2.616, 323.800; 1938 1.229, 1.333.000. (Ebenda. S. 362.)

25 Der erste bezahlte Urlaub (»congés payés«) wurden eine der Schlüsselerfahrungen der Volksfront. Vgl. dazu Benigno Cacérès: *Allons au devant de la vie!* Paris 1982.

Leider ist es hier aus Platzmangel nicht möglich, solche Fragen wie die der Alltagserfahrungen, aber auch die nach der Kultur und den Intellektuellen unter der Volksfront weiter zu verfolgen.

26 Vgl. dazu den Aufsatz von Michael Seidman: *The Birth of the Weekend and the Revolts against Work: The Workers of the Paris Region during the Popular Front (1936-38)*. In: *French Historical Studies*. Nr. 2/1981. S. 249-276. Er streicht den Kampf um die Arbeitsbedingungen heraus – das wurde von den breiten Massen mit dem Kampf der Volksfront identifiziert –, also den Kampf gegen die Rationalisierung ohne direkten Zusammenhang mit bestimmten ideologischen Konzeptionen. Die 40-Stunden-Woche stellte dabei Kernstück dar. Wenn von der Rechten dann sofort der Vorwurf der »ökonomischen Irrationalität«, der »Unfähigkeit« usw. kam, so war das natürlich nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten »richtig«. Die »produktivitätsorientierte Propaganda« der Linken als Antwort dar-

Angriffsziel der Unternehmer, die bald einen erbitterten Kampf um ihre Beseitigung eröffneten. Ihre schließliche Abschaffung musste dann auch zur Zersetzung der Basis der Volksfront führen.

Wie der »Juni 1936« Ausdruck eines bestimmten gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses war, machte er aber auch Verschiebungen innerhalb der Arbeiterbewegung deutlich (Befestigung des Aufschwungs der PCF einerseits; schlagartig gewachsene Rolle der CGT andererseits, in der sich dazu bald die Gewichte zwischen den Tendenzen verschoben).²⁷ Zum anderen darf nicht übersehen werden, dass das französische Bürgertum durch das »Gespenst« der Revolution erschreckt eine Neuorientierung einschlug (die schließlich zur Kapitulation von 1940 führte). Die Unternehmerverbände wurden reorganisiert.²⁸ Zunächst wurden Rückzugsgefechte um die Verhinderung der Realisierung der Matignon-Vereinbarungen geführt, die dann – als das politische Terrain günstiger war – zur Offensive übergeleitet wurden (»revanche patronale« [Revanche der Unternehmer]). Nur die Massenstimmung jenes Sommers überdeckte dies noch (auch dass diese Entwicklung ihr Echo bei Teilen der Radikalen fand). Der Versuch der PCF, dem ab August durch die Propagierung einer Erweiterung der Volksfront nach rechts zur »Front française« [französische Front] zu begegnen – was durch die Ablenkung von der innenpolitischen Polarisierung durch den Verweis auf gemeinsame außenpolitische Zielrichtungen bewerkstelligt werden sollte – konnte nur scheitern.

auf griff jedoch zu kurz angesichts der Tatsache, dass die Arbeiter eine reale Änderung ihrer Lebensbedingungen wollten – und das hieß eben auch »weniger arbeiten«. Keine andere Eroberung des Juni 36 ist deshalb so zäh verteidigt worden.

27 Die Zahlen hierzu sind bekannt: Bei der PCF ein Aufstieg von weniger als 100.000 Mitgliedern Anfang 1936 auf um die 500.000 Ende des Jahres, bei der CGT von weniger als eine Million auf über vier Millionen im gleichen Zeitraum. (Vgl. dazu Annie Kriegel: *Le Parti communiste français sous la IIIe République 1920-1929: mouvement des effectifs et structure d'organisation*. In: dies.: *Le pain et les roses*. Paris 1973. S. 277–390, sowie Antoine Prost: *La C.G.T. à l'époque du front populaire 1934–1939*. Paris 1964.) Es waren die Kommunisten, die vom Aufschwung der CGT am meisten profitierten, da sie unter den Neueintreten, die vor allem die Industrieföderationen betrafen, den größten Einfluss gewannen. Dadurch konnten sie auch wichtige Positionen im sich natürlich ebenso rasch vergrößernden Gewerkschaftsapparat besetzen, was bald zur Debatte um dessen »Kolonisierung« durch die Partei führte.

28 Vgl. dazu Ingo Kolboom: *Frankreichs Unternehmer in der Periode der Volksfront 1936–1937*. 2 Bde. Rheinfelden 1983.

Zweifellos stellte der »Juni 1936« die Zeit der größten aktiven Massenunterstützung für die Volksfrontregierung dar, die mit diesem Elan, aber auch Druck im Rücken im wesentlichen geschlossen auftrat. Damit waren alle Voraussetzungen gegeben, Größtmögliches zu erreichen. Ob dies tatsächlich gelungen war, war eine Diskussion, die bald begann (und sicherlich heute noch kein Ende gefunden hat).

In der durch den Streik geschaffenen Atmosphäre konnte die Regierung mit einem gewissen Elan ihre Reformgesetze durchbringen (die v. a. die Matignon-Vereinbarungen absicherten). Doch bereits Ende Juli geriet die französische Volksfront durch den Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs in eine schwere Krise, die ihr einen Schlag versetzte, von dem sie sich im Grunde genommen nie mehr erholen konnte. Die spanische Volksfrontregierung hatte sich angesichts des Militärputschs an die französische Regierung um Beistand gewandt. Das Ergebnis ist bekannt: Nach einer ersten Hilfszusage kam es angesichts einer Mobilmachung der französischen Rechten und einer deutlichen Absage der britischen Regierung – des Hauptverbündeten Frankreichs – zum Vorschlag eines internationalen »Nicht- Interventionsabkommens«. Léon Blum machte sich zum Fürsprecher dieser Politik.²⁹

²⁹ Über Blums Motive und seine Rechtfertigungen (am wenigsten noch über die Folgen für Spanien, die nun mal eindeutig waren) gibt es natürlich eine umfangreiche kontroverse Literatur. Michel Bilis kommt bei einer Einordnung in die pazifistischen Vorstellungen der SFIO in den dreißiger Jahren zu dem Schluss, dass Blums spätere Darstellung, dies sei ihm quasi aufgezwungen worden, »uns nicht der Realität, wie sie sich 1936 – 1937 herausbildete, zu entsprechen scheint. Offenkundig ist Léon Blum während dieser Periode die Nichtintervention schnell erschienen, als verfüge sie über positive ideologische Eigenschaften (...), als ein Akt, für den er prinzipielle Rechtfertigungen finden konnte, die aus dem ideologischen Gepäck der SFIO und seinem eigenen genommen waren. Danach besteht die Mission der Sozialisten darin (...), alles in Bewegung zu setzen, um die möglichen Konflikte zu schlichten, um die Krieg bringenden Spannungen zu entschärfen.« (Michel Bilis: *Socialistes et pacifistes. L'intenable dilemme des socialistes français 1933–1939*. Paris 1979. S. 187.) Auf jeden Fall bewirkte diese Haltung, dass die Sozialistische Arbeiter-Internationale zu Spanien kaum so aktiv wurde, wie es ihren Möglichkeiten entsprochen hätte, und sich vor allem in der ersten Zeit jeder Kritik an der Nichtintervention enthielt (deren Scheitern sie erst im Frühjahr 1937 konstatierte).

Die »Nichtintervention« erhielt die offizielle Zustimmung aller Staaten, doch wurde bald deutlich, dass sie jenseits aller öffentlichen Bekundigungen die Intervention Italiens und Deutschlands auf Seiten Francos begünstigte. Die konservative britische Regierung vor allem hatte mehr Angst vor der mit der spanischen Republik assoziierten Revolution als vor einer Machtausdehnung Hitlers und Mussolinis. Es ist allerdings auch wahr, dass Teile der französischen Regierung bzw. der Volksfrontparteien Spanien halfen. Auch wurden Lieferungen nach Spanien (v. a. von der Sowjetunion) zu bestimmten Zeiten durch Frankreich gelassen (was davon abhing, welche der Volksfrontregierungen im Amt war). Die »non-intervention relâchée« [gelockerte Nichtintervention] konnte jedoch kein wirklicher Ersatz für eine massive offizielle Hilfeleistung sein.

Mehreres war in der Auseinandersetzung um die Hilfe für Spanien deutlich geworden: Die Mobilmachung der Rechten fand bei einem Teil der Radikalen, der sich schon durch die Massenstreiks gefährdet sah, großen Widerhall. Das Verhalten Blums stieß auf scharfe Opposition der PCF und wurde auch in Teilen der SFIO (nicht nur der Gauche révolutionnaire, sondern auch durch Zyromski, dem Wortführer der Tendenz um »Bataille socialiste« und ihr nahestehender Gewerkschafter) kritisiert. Am 7. September kam es zu einem Proteststreik in der Pariser Region (woraufhin Blum seine Politik in einer Rede im Luna-Park entschieden verteidigte).

Doch war durch Spanien ein Graben aufgerissen worden, der sich nicht wieder zuschütten ließ. Zwar gefährdete die PCF deswegen nie das Bestehen der Volksfront. Allerdings setzte sie Druck deswegen ein – in Streiks wie in parlamentarischen Abstimmungen. Auf jeden Fall war eine Folge der »Nichtintervention« (von der sich ja auch die Verbindung zur »Appeasementpolitik« ziehen lässt), dass die sowjetische Hoffnung auf die Sicherung der »kollektiven Sicherheit« – und damit die von der PCF vertretene internationale Politik – bei der ersten entscheidenden Probe aufs Exempel ein negatives Ergebnis zeitigte.

Inzwischen hatte aber auch die Antwort der Unternehmer auf die materiellen Eroberungen der Arbeiter eingesetzt. In den Betrieben musste im Herbst 1936 oft hart um die Realisierung der Matignon-Vereinbarungen gekämpft werden. Es kam deshalb immer wieder zu Streiks und Betriebsbesetzungen. Eine inflationäre Welle begann, die

Lohnerhöhungen aufzufressen. Vor allem verstärkte sich die Kapitalflucht.

Die Regierung antwortete Ende September mit einem klassischen Mittel konservativer Finanzpolitik: Erhöhung des Diskontsatzes und Abwertung. Dies alles, während die Rechte in eine Offensive trat und ihr vorwarf, keine Autorität über ihre Anhänger zu haben (d. h. keine Streiks verhindern zu können).

Im Dilemma zwischen der Arbeiterbasis und der »revanche patronale« oder, wenn man will, zwischen links und rechts versuchte Blum, sich auf eine Konsolidierung des Erreichten zu beschränken, um damit nicht zuletzt das Bündnis mit den Radikalen zu erhalten (d. h. ihren Übergang zu einer »Bürgerblockregierung« wie z. B. 1926 zu verhindern). Das war aber nur durch weitgehende Zugeständnisse im Wirtschafts- und Sozialbereich möglich. Die Regierung begann, besetzte Betriebe zu räumen. Am 13. Februar 1937 proklamierte Blum eine »Pause« angesichts neuer Forderungen. (Lefranc nennt allerdings sehr richtig die von ihm bereits seit Oktober eingeschlagene Politik eine »implizite Pause«.)

All dies musste nach links hin zu Spannungen führen. Innerhalb der SFIO ging die Gauche révolutionnaire in eine deutliche Opposition, als Pivert Ende Februar von seinem Regierungsposten zurücktrat.³⁰ Doch ihr Gewicht war relativ gering. Ein Teil der CGT-Führung um Jouhaux und die PCF äußerten vorsichtige Kritik an der Wirtschaftspolitik, wollten deswegen aber offensichtlich keine Gefährdung der Regierung. Wie tief der Graben war, der zwischen der Regierung und ihrer Basis aufgerissen war, machten schlagartig die Vorfälle in Clichy (16. März) deutlich. Bei einer Protestaktion gegen eine faschistische Versammlung schoss die Polizei auf die Demonstranten. Fünf Tote blieben zurück.

Im Mai wurde angesichts wachsender Finanzprobleme und eines nur langsamen Wirtschaftsanstiegs deutlich, dass die Regierung um

³⁰ Pivert war im Generalsekretariat des Ministerpräsidentenamts für die Medien zuständig und nutzte diese Position u. a. dafür, die POUM mit vertraulichen Nachrichten zu versorgen. Es scheint, dass Piverts Rücktritt auch auf Drängen seiner internationalen Freunde wie z. B. von der POUM erfolgte. Dies geht auf eine Information Julián Gorkins (ehemaliger internationaler Sekretär der POUM) an Pierre Broué zurück, die er in einer Anmerkung zu Léon Trotsky: *La révolution espagnole (1930-1940)*. Paris 1975. S. 345, wiedergibt.

ihr Überleben kämpfen musste. Am 10. Juni verlangte sie Sondervollmachten für Zölle, erhielt sie in der Kammer, aber scheiterte im Senat. Am 13. verlangte sie Finanzvollmachten. Nicht ohne Probleme – die PCF wollte zunächst den darin enthaltenen Gebührenerhöhungen nicht zustimmen, änderte ihre Meinung aber wieder – erreichte Blum die Zustimmung der Kammer, stieß aber im Senat erneut auf erbitterten Widerstand. Gegen diese Blockadepolitik des Senats waren verschiedene Arten von Widerstand möglich: vom Rücktritt der Volksfront-Abgeordneten bis hin zu allgemeinen Wahlen. Jedoch scheiterten all diese Möglichkeiten für die Regierung, selbst in die Offensive zu gehen, am Verhalten der radikalen Minister, die lieber dem Druck (nicht zuletzt ihrer Parteifreunde im Senat)³¹ nachgeben wollten. Einen Appell an die Basis, wie dies Pivert forderte, lehnte Blum ab: Das würde Bürgerkrieg wie in Spanien geben, wie er erklärte. Am 21.6.1937 erklärte er seinen Rücktritt.

Die neue Regierung unter dem Radikalen Chautemps wurde bereits einen Tag später gebildet. Im sozialistischen Nationalrat konnte sich die Parteiführung nach einer heftigen Diskussion mit dem Argument durchsetzen, dass es sich nur um ein Zwischenspiel zu einer erneuten Regierung Blum handeln würde und man unter allen Umständen einen Übergang der Radikalen zur »Union nationale« vermeiden müsse, und erreichte so die Zustimmung zur sozialistischen Regierungsbeileitung. Blum selbst wurde Vizeministerpräsident. Interessanterweise hatte auch die PCF schon in den letzten Tagen der Regierung Blum ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer neuen, radikal geführten Regierung angedeutet, stieß aber bei Chautemps auf Ablehnung.³²

31 Der Senat war von den Radikalen und ihnen nahestehenden Politikern majorisiert.

32 Dass es nun doch von seiten der PCF zum Angebot einer Regierungsbeileitung kam – auch wenn es niemals ernsthaft getestet wurde – mag vielleicht mit der spanischen Erfahrung einer solchen Beteiligung zu tun haben, die von der PCE durchaus ohne größere innerorganisatorische Verwerfungen »verkräftet« worden war. Andererseits war die politische Lage inzwischen auch durch die starke Polarisierung gekennzeichnet, weswegen die PCF ja auch die Volksfront zur Front français erweitern wollte. Dies war natürlich nicht ohne Zugeständnisse möglich, für die die Partei auch etwas im Austausch haben wollte (und musste).

Auch wenn diese Regierung noch offiziell im Volksfrontrahmen blieb, so war ihr politischer Schwerpunkt doch nach rechts verschoben. Der neue Finanzminister Bonnet, ein Radikaler, befolgte eine Wirtschaftspolitik, die die Errungenschaften der Juni-Streiks, vor allem die 40-Stunden-Woche, in Frage stellte. Doch noch versuchte die Regierung zu manövrieren, während es einerseits immer wieder zu Streiks kam – so vor allem im September –, andererseits die Aufdeckung der Cagoule-Verschwörung im November 1937 die Gefahren von rechts deutlich aufzeigte. Gleichzeitig realisierte sie die »Pause«. Ende Dezember brachten jedoch zwei neue große Streiks eine Zuspitzung der Lage. In der Kammer kam es am 14. Januar 1938 zu einer heftigen Konfrontation zwischen Chautemps und der PCF, obwohl sie trotz aller scharfen Proteste und propagandistischen Zuspitzungen in den Streiks letztlich nie aufs Ganze gegangen war, etwa eine Entscheidung mit der Regierung gesucht hätte.³³ Chautemps erklärte jedenfalls, dass er der Kommunistischen Partei ihre »Freiheit« zurückgäbe, »entließ« sie mit anderen Worten aus der Regierungskoalition (auch wenn das »technisch« nicht möglich war). Als daraufhin aber die SFIO ihre Minister aus der Regierung zurückzog, demissionierte die gesamte Regierung. Den daraufhin erfolgten Versuchen zuerst Bonnets und dann Blums³⁴, jetzt Regierungen zu bilden, die über den

33 Die »second round de juin 1936« wurde durch die Besetzung des Goodrich-Werks in einem Pariser Vorort und durch den Streik im Öffentlichen Dienst von Paris eingeleitet. Bei Goodrich setzte die kommunistische Gewerkschaftsführung gegen den anfänglichen Widerstand des Streikkomitees und der Belegschaft den Schlichtungsanspruch durch. In den folgenden Monaten setzte sich die Streikwelle fort, v. a. im großen Metallarbeiterstreik ab Ende März mit zeitweilig 150.000 Streikenden, der unter der zweiten Regierung Blum begann und unter der Regierung Daladier endete. Auch hier – vor allem, solange Blum noch an der Regierung war – versuchte die Gewerkschaftsführung (unterstützt von SFIO und PCF) eher zu bremsen und setzte einen für die Arbeiter ungünstigen Schlichtungsanspruch durch. Nach diesen Streiks kam es daraufhin zu Gewerkschaftsaustritten. »(...) in einigen Monaten verliert die Metallarbeiterföderation 80.000 Mitglieder. Die »zweite Runde des Juni 1936« hinterlässt einen Eindruck des Unbehagens und eröffnet eine Krise in den Reihen der Arbeiterorganisationen.« (Guy Bourdè: *La défaite du front populaire*. Paris 1977. S. 37.)

34 Den Hintergrund für Blums Wendung zu einer Politik der »Union nationale« (die er dann stärker noch im März vollzog) stellte die internationale Lage, die sich abzeichnende Konfrontation mit den faschistischen Staaten dar, die durch die

Rahmen der Volksfrontparteien hinausgingen (oder ihn damit aufgaben), waren jedoch keine Erfolge beschieden. Chautemps bildete am 18. Januar 1938 noch einmal eine Regierung – diesmal ohne die SFIO –, die aber schon nach sechs Wochen – am 9. März – an der Finanzkrise, aber auch inmitten der internationalen Krise um Österreich scheiterte.

Ein erneuter Versuch Blums, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, scheiterte wieder. Die Forderungen der Rechten vor allem auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik waren zu hoch. Die dann von ihm am 13. März gebildete Regierung umfasste so nur Sozialisten und Radikale, scheiterte jedoch bereits nach 26 Tagen wieder am Widerstand des Senats gegen seine Steuer- und Finanzpläne (eine Art französischen Keynesianismus).

Die Protestdemonstration, die die seit dem 23. Januar 1938 von der formell inzwischen aufgelösten Gauche révolutionnaire geführte Seine-Föderation der SFIO organisierte, blieb ohne Erfolg. Blum selbst, aber auch die PCF desavouierten sie. (Daraus entstand ein innerparteilicher Konflikt, der zu disziplinarischen Maßnahmen gegen die Seine-Föderation und schließlich im Juni auf dem SFIO-Parteitag zum Ausschluß der »Pivertisten« führte, die nun eine neue Partei, die PSOP, gründeten.)⁵⁵

traditionelle Politik der SFIO gewiss nicht mehr aufzuhalten waren. Damit ging aber auch Hand in Hand eine Spaltung der sozialistischen Parteimehrheit, da ein Sektor um Paul Faure weiter am integralen Pazifismus festhielt (was dann noch stärker in der Diskussion um »München« hervortrat). Vgl. zu diesem Komplex die schon zitierte Arbeit von Michel Billis.

55 Ursprüngliche Hoffnungen, um die 20.000 Mitglieder aus der SFIO (also mehr oder weniger ihre feste Anhängerschaft) in die neue Partei zu führen, erwiesen sich als illusorisch. Auf der Gründungskonferenz waren nur etwa 10.000 Mitglieder repräsentiert, von denen bis zum Jahresende nur ca. 5.000 bis 6.000 verblieben, womit die PSOP aber immer noch eine kleine Partei, also mehr als ein revolutionäre Propagandatruppe, war.

Die Gründungskonferenz am 16./17.7. diskutierte auch, ob die neue Partei der Volksfront (der Volksfront Nr. 1 »au sommet« [an der Spitze] – wie Guérin das nennt) beitreten sollte, was auch Pivert befürwortete, die Mehrheit der Delegierten angesichts ihrer negativen Erfahrungen (und wohl auch angesichts der Agonie der Volksfront) ablehnte. Vgl. Daniel Guérin: *Front populaire, révolution manquée*. S. 207, 243 und Jean-Paul Joubert: *Révolutionnaires de la S. F. I. O. S.* 155, 159f.

Der neue Ministerpräsident Daladier, einst der Wortführer der Volksfrontanhänger unter den Radikalen, versuchte zuerst eine Regierung der nationalen Einheit (aber ohne Kommunisten – im Unterschied zu Blum im März) zustande zu bringen. Da die Sozialisten eine Teilnahme ablehnten (aber ihre Unterstützung zusagten), begnügte Daladier sich mit der Aufnahme der gemäßigten Rechten um Paul Reynaud. Damit war ganz offiziell der Rahmen der Volksfront durchbrochen. Am 12. April gaben sogar fast einstimmig alle Parteien von den Kommunisten (sahen sie in der neuen Regierung einen ersten Schritt zur Front français?)⁵⁶ bis zur Rechten der neuen Regierung das Vertrauen und stimmten am darauffolgenden Tag den von ihr verlangten Finanzvollmachten zu. Als jedoch die ersten Dekrete folgten, erklärten Sozialisten und Kommunisten ihre Opposition. Die Volksfront stand schon jetzt praktisch nur noch auf dem Papier.

Die nächsten Monate sahen nur noch ihre Agonie. Am 21.8. gab Daladier seine Absicht zur »Geschmeidigmachung« der 40-Stunden-Woche bekannt. Am 1. Oktober stimmte die PCF als einzige Partei (neben einem einzigen Abgeordneten der Rechten) gegen das Münchener Abkommen, das ja den ganzen Anspruch auf kollektive Sicherheit mit einem Schlag obsolet machte. Die öffentlichen Angriffe der PCF nahm dann der radikale Parteitag Ende Oktober zum Anlass, um die Beziehungen zu ihr abzubrechen und das nationale Verbindungskomitee der Volksfront zu verlassen. Damit war formell der Bruch des Volksfrontpaktes durch die Radikalen vollzogen.

Der endgültige Todesstoß wurde ihr durch die schwere Niederlage der Arbeiterbewegung versetzt, die der Ausgang des Generalstreiks vom 30. November 1938 darstellte – so wie umgekehrt der Erfolg der

⁵⁶ Es gab jedoch auch andere Stimmen an der Parteibasis – vor allem nach den Erfahrungen im Metallarbeiterstreik im April –, die sich im Brief des Abgeordneten Honel (veröffentlicht in der »Humanité« vom 13. Mai) niederschlugen. In obligatorischer Denunzierung der »trotzkistischen Agenten des Faschismus«, die die Volksfront schwächen wollten, berichtete er darin von seinen Diskussionen mit den Citroën-Arbeitern, von ihrem Vertrauen in die Partei, aber auch von ihrer Unruhe über die Entwicklung der Volksfront. Manche wollten sie durch die »front ouvrier« oder »front révolutionnaire« ersetzt sehen. Vgl. dazu Pierre Broué / Nicole Dorey: *Critiques de gauche et opposition révolutionnaire au Front Populaire (1936–1938)*. S. 126f. Ebd. auch Informationen zu Ausschlüssen wichtiger Betriebskader der Partei bei Renault zur selben Zeit.

Massenstreiks vom Juni 1936 die Volksfrontregierung gestützt und die sozialen Reformen nach sich gezogen hatte.³⁷ Den Anlass dazu hatte der von Finanzminister Reynaud am 12. November verkündete Wirtschaftsplan gegeben, der endgültig der Vorstellung eine Absage erteilte, durch Stärkung der Massenkaukraft die wirtschaftliche Produktion anzuregen. Kernstück stellte die Beseitigung der 40-Stunden-Woche (neben u. a. Neubewertung des Francs, Steuer- und Gebührenerhöhung usw.) dar. Diese Wirtschaftsdekrete stießen auf einhelligen Widerstand der gesamten Linken und stellten so die durch München gespannten Beziehungen zwischen SFIO, PCF und CGT wieder her. Auf dem unmittelbar auf die Verkündigung folgenden Kongress der CGT (14.-17. November), dem ersten seit März 1936, wurde zwar beschlossen, eine Aktion dagegen durchzuführen, die genaue Durchführung wurde aber der Gewerkschaftsleitung übertragen. Im Hintergrund standen die Kämpfe zwischen den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Gewerkschaftsführung (PCF, die Syndicats-Gruppe und die von ihr mehr durch taktische als prinzipielle Differenzen unterschiedene Gruppe um Jouhaux).³⁸ Teile der CGT-Leitung hofften auch auf eine Verhandlungslösung. Doch dazu war die Regierung nicht mehr bereit. Gleichzeitig entstanden aber auch spontane Kämpfe, gegen die die Regierung sofort einschritt (so z. B. bei Renault). Die Gewerkschaften verloren wertvolle und entscheidende Tage zur Vorbereitung und Organisierung. Zwar wurde am 25. ein Streikbeschluss gefasst, doch noch bis in die letzten Stunden versuchte Jouhaux, ihm letztlich auszuweichen.

Durch massiven Einsatz von Polizei und Armee – vor allem im öffentlichen Dienst – begleitet von der Ankündigung sofortiger Entlassung konnte die Regierung den Streik brechen. Streikführer wurden verhaftet. Es folgten Massenentlassungen. Die CGT verlor mehrere

37 Dieser Generalstreik hat in der Arbeit von Guy Bourdé ihren Historiker gefunden. Er gibt einen minutiösen Überblick über Ursachen, Verlauf und Folgen.

38 Die Aufteilung der ex-confédérés in die Anhänger von Jouhaux und in die Syndicats-Gruppe im Herbst 1936 nahm eine ähnliche Entwicklung in der SFIO-Mehrheit (Blum - Faure) vorweg. Beide Gruppen arbeiteten aber eng zusammen. Vgl. dazu Michel Bills: Socialistes et pacifistes. Ihr entschlossener Antikommunismus wie ihr integraler Pazifismus führten einen Großteil ihrer Führer 1940 in die Kollaboration.

Hunderttausend Mitglieder.³⁹ Das Volksfrontbündnis war damit endgültig vernichtet. Am 10. DEzember zeigte sich zum ersten Mal bei der Abstimmung über das Verhalten der Regierung ein solider Block von Radikalen und Rechtsparteien, der von nun an die Nationalversammlung gegen die Opposition von Sozialisten und Kommunisten beherrschte.

Was bis zum Ende der III. Republik folgte, war nur noch Epilog. Es war dieselbe, aus den Volksfrontwahlen hervorgegangene Nationalversammlung, die – allerdings ohne die nach Ausbruch des Krieges verbotene Kommunistische Partei, wenn auch eine Reihe ihrer Abgeordneten nach dem Hitler-Stalin-Pakt mit ihr gebrochen hatten und deshalb weiterhin der Nationalversammlung angehörten – am 10. Juli 1940 inmitten der Niederlage gegen Deutschland mit überwältigender Mehrheit, also auch mit den Stimmen vieler »Volksfrontabgeordneter«, der Errichtung der Pétain-Diktatur zustimmte.

Die spanische Volksfrontregierung

Die nach den Wahlen im Februar 1936 gebildete Regierung bestand wegen der Opposition des linken Flügels der PSOE nur aus Angehörigen der republikanischen Parteien. Zwar fand die Regierung das Vertrauen der gesamten Volksfront, doch waren ihre Bemühungen (ohne Erfolg) auch auf die Verständigung mit einem Teil der Rechten ausgerichtet.⁴⁰ Demgegenüber wurde sie bei ihren Reformmaßnahmen von der »Straße« überholt, so vor allem bei der Amnestie. Es kam zu einer Streik- und Landbesetzungswelle. Blutige Zusammenstöße mit Kommandos der sich offen am deutschen und italienischen Vorbild orientierenden Falange, die seit dem 16. Februar aus ihrer bis dahin unscheinbaren Rolle hervorgetreten war, mehrten sich.

³⁹ Vgl. dazu die Angaben über Entlassungen bei Georges Lefranc: *Histoire du front populaire*. S. 446. Zur CGT, die Anfang 1939 auf 2,5 Mio. Mitglieder geschrumpft war, vgl. Guy Bourd : *La défaite du front populaire*. S. 247-252, 338-342. Seine Angaben gehen allerdings zum Teil auf die Arbeit von Prost zurück, der bei seiner Analyse von einem »gewerkschaftlichen Zusammenbruch« sprach.

⁴⁰ Dies wurde Anfang April bei der Diskussion des Regierungsprogramms in den Cortes deutlich.

Angesichts dieser Situation sahen die putschbereiten Kreise unter den Militärs, seit mehreren Monaten mit dessen Vorbereitung beschäftigt, die Zeit nun für gekommen. In der Nacht vom 17. auf den 18. Juli begann der Putsch zunächst außerhalb der Halbinsel, im spanischen Teil Marokkos. Die Reaktion der Regierung war zunächst einmal durch Ausweichen gekennzeichnet. Sie spielte die Ereignisse herunter, während die Arbeiterorganisationen schon ihre Mitglieder mobilisierten. Präsident Azaña versuchte am 18. sogar durch die Ernennung einer neuen Regierung zu einem Ausgleich mit den Putschisten zu gelangen. Doch diese lehnten ab. So blieb dem Präsidenten nichts anderes übrig, als am Morgen des 19. Juli eine neue – ebenfalls rein republikanisch zusammengesetzte – Regierung zu ernennen, die als erste Maßnahme die Auflösung der Armee und die Verteilung von Waffen an das Volk verfügte. Die putschenden Offiziere hatten einen schnellen Sieg erwartet – wie 1923 bei der Errichtung der Diktatur des Generals Primo de Rivera. Doch zuerst in Barcelona im Verlaufe des 19. und am folgenden Tag in Madrid wurden die wichtigsten Stützpunkte der Putschisten durch die Arbeiterorganisationen mit Hilfe loyaler Einheiten gestürmt.

So hatten die Militärs vor allem die landwirtschaftlichen, eher rückständigen Gebiete (zunächst voneinander getrennt im Norden und Süden des Landes) in die Hände bekommen. In den übrigen Teilen hatte die Niederschlagung des Putsches dagegen genau das in Gang gesetzt, was er eigentlich verhindern sollte: einen tiefgreifenden revolutionären Prozess. Die Macht der republikanischen Regierung stand nur noch auf dem Papier. Arbeitermilizen und Komitees der Arbeiterorganisationen übten die wirkliche Macht aus. Sie übernahmen die Betriebe und das Land und leiteten einen Kollektivierungsprozess ein. Der Landesteil, in dem diese Entwicklung am weitesten ging, war Katalonien. Hier dominierte die anarchistische Gewerkschaft CNT, aber auch die oppositionellen Kommunisten der POUM waren daran beteiligt. Hier entstand auch so etwas wie eine Zentralisierung der revolutionären Macht in Gestalt des Zentralkomitees der antifaschistischen Milizen, das als »Doppelherrschaftsorgan« der Regierung gegenübertrat. Allerdings war es nur durch die Leitungen der beteiligten Organisationen ernannt, nicht gewählt, war damit auch nicht Ausdruck der lokalen Komitees, die überall in Katalonien entstanden. So war es weit davon entfernt, ein »Rätesystem« zu verkörpern.

Andererseits übte es die faktische Macht aus, womit man es exakter als ein embryonäres alternatives Machtorgan bezeichnen kann, dem der Weg beim entsprechenden Willen der Organisationen offen stand, sich durch Wahlen eine direkte Basis zu verschaffen.⁴¹

Doch die republikanischen Regierungen – in Madrid wie in Barcelona – waren durch die Komitees nicht aufgelöst worden. Die dominierenden Arbeiterorganisationen (die CNT in Katalonien und linke Sozialisten / UGT in Madrid) ließen diese Regierungen weiter im Amt, weil sie über eine internationale Legitimität verfügten. Zudem lehnten die Anarchisten die Errichtung einer revolutionären Diktatur prinzipiell ab. Ohne über Macht zu verfügen, beanspruchten die Regierungen aber auch weiterhin nach innen, den legitimen Staatsapparat zu verkörpern. Ohne dies aktuell durchsetzen zu können, unterstrichen sie den Anspruch durch die nachträgliche Legalisierung vieler Errungenschaften und warteten auf eine geänderte politische Konstellation und ein anderes Kräfteverhältnis.

Ohne die natürlich vorhandenen scharfen Differenzen und die Abstufungen untereinander vernachlässigen zu wollen, lassen sich die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung in dieser Zeit grob in zwei Lager teilen: Zum einen identifizierten sich mit der sozialen Revolution die Anarchisten, die POUM und die linken Sozialisten. Für die rechten Sozialisten und die Kommunisten stand dagegen die Wiederherstellung der republikanischen Staatsautorität im Vordergrund. Vor allem die Kommunisten – besonders in Katalonien nach Bildung

⁴¹ Einen Vergleich der neuen revolutionären Machtorgane mit denen anderer Revolutionen – den deutschen Räten von 1918/19 und den russischen Sowjets – hat Pierre Broué vorgenommen, der abgedruckt ist in: *Metodología histórica de la guerra y revolución españolas*. Barcelona 1980. S. 21–42. Tatsächlich haben sich nur wenige Historiker mit dieser Frage beschäftigt – sowohl unter dem Gesichtspunkt empirischer Studien (den ausführlichsten Überblick bei Cesar M. Lorenzo: *Les anarchistes espagnols et le pouvoir 1868–1969*), als auch unter theoretischen Fragestellungen. Warum kam es z. B. nicht zur Weiterentwicklung der Komitees zu Räten? Schon Borkenau (Franz Borkenau: *Kampfplatz Spanien*. Stuttgart 1986. S. 106) hat darauf hingewiesen, dass der Schlüssel dazu (zumindest in Katalonien) bei der CNT lag, die sich aber in solchen Räten nicht unter Druck setzen lassen wollte. So blieb es bei den Komitees, die einmal von den Organisationen ernannt, von ihnen wiederum auch per einfachen Beschluss schließlich aufgelöst wurden. Vgl. dazu auch die Bemerkungen bei Walther L. Bernecker: *Anarchismus und Bürgerkrieg*. Hamburg 1978. S. 226–232.

der »Sozialistischen Einheitspartei« (PSUC – Partit Socialista Unificat de Catalunya) am 23.7. aus dem Zusammenschluss der Regionalorganisation der KP mit drei weiteren linksnationalistischen bzw. sozialdemokratischen Gruppierungen, Vorbild für die osteuropäischen »Einheitsparteien« nach 1945 – konnten in dieser Situation zur Massenpartei werden, indem sie die traditionell republikanischen Mittelschichten (allerdings auch Teile der nicht in die sozialistische oder anarchistische Tradition eingebundenen Arbeiterklasse) organisierten und den Krieg zu einem »national-revolutionären« erklärten, gleichsam eine Neuauflage des spanischen Befreiungskampfes gegen Napoleon nach 1808, nur diesmal gegen andere »Besitzer«, womit sie auch viele der loyalen Berufsoffiziere gewannen.⁴² Die Frage, ob die Revolution auf die Zeit nach dem Krieg zu vertagen sei oder eine untrennbare Einheit mit dem Krieg bilde, wurde zum Schlüsselproblem, das die Auseinandersetzungen innerhalb der Linken beherrschte.

⁴² Noch immer fehlt eine sozialgeschichtliche Darstellung der PCE im Bürgerkrieg, die vor allem detailliert aufzeigt, woher die Partei ihre Stärke bezog, was sie real repräsentierte usw. Dies heißt natürlich nicht, dass nicht schon Angaben darüber gemacht werden können. Vom kleinbürgerlichen Element, was der PCE spätestens ab Herbst 1936 eine Massenbasis verlieh, kündeten z. B. solche Organisationen wie das GEPCI – eine Kleinhändlergewerkschaft – in Katalonien, der Bauernverband FPC in Valencia. Aber das war die Massenbasis, wieweit rekrutierte sich daraus auch der Mitglieder- und Kaderbestand? Sicherlich gab es auch den Beitritt zweier genuin proletarischer Strömungen, eines Teils der Sozialistischen Jugend, die mit der Kommunistischen Jugendorganisation zur JSU (Juventudes Socialistas Unificadas – Vereinigte Sozialistische Jugend) fusioniert hatte, und die katalanischen Syndikalisten (die 1932 aus der CNT ausgeschlossenen »treintistas«), die nicht im Frühjahr 1936 zur CNT zurückgekehrt waren (v. a. in Sabadell und Terrassa). Parteioffizielle Angaben zur Mitgliedschaft hat Rainer Huhle (Die Geschichtsvollzieher. Theorie und Taktik der Kommunistischen Partei Spaniens 1936 bis 1938. Gießen 1980. S. 182–191.) zusammengestellt, die viele Fragezeichen am Selbstverständnis der KP als Arbeiterpartei erlauben. Zumindest ist klar, dass es der KP nicht gelang, in die (sozialistisch oder anarchistisch) orientierten Kernschichten der spanischen Arbeiterklasse hineinzukommen. Bekannt ist auch, wie sehr die (insgesamt natürlich wenigen) der Republik loyalen Berufsoffiziere der KP zuströmten, da sie in ihr einen Gegenpol zum »Chaos der Revolution« sahen. Viele wandten sich dann in den letzten Monaten von ihr ab, manche unterstützten sogar den Casado-Putsch kurz vor Francos Einmarsch in Madrid (z. B. General Miaja).

Die Voraussetzung für die politischen Verschiebungen lag in der militärischen Situation begründet. Bereits nach wenigen Wochen zeichnete sich die Perspektive eines langfristigen Bürgerkriegs ab, auf den die republikanische Seite ohne organisierte Armee aus erfahrenen Soldaten und Offizieren und mit bisher nur in Straßenkämpfen bewährten Arbeitermilizen offenkundig schlecht vorbereitet war.

Der eigentliche Grund für die Verschiebung des Kräfteverhältnisses lag aber darin, dass die Putschisten unter General Franco auf die Hilfe Italiens und Deutschlands bauen konnten, die ihnen einen entscheidenden Vorsprung in der militärischen Ausrüstung bis hin zur Entsendung von Kampftruppen sicherten. Die Republik musste dagegen erleben, dass ihr bereits am 19. Juli an Frankreich ergangenes Hilferesuchen negativ beschieden wurde, ja dass die französische Volksfrontregierung maßgeblich am Zustandekommen des »Nichtinterventionsabkommens« beteiligt war, das aber in Wirklichkeit – vor allem wegen der Rolle Großbritanniens⁴³ – auf eine Begünstigung Francos hinauslief. Auch die trotz allem existierende verdeckte Hilfe aus Frankreich konnte dies bei weitem nicht ausgleichen.

Die Aktion der Putschisten nahm so schnell eine Dynamik an, die das Kräfteverhältnis umzukehren drohte. Im August konnten sie die Verbindung zwischen ihren beiden Gebieten herstellen. Die Richtung ihres Vormarsches zeigte auf Madrid. Die amtierende Regierung aus bürgerlichen Republikanern verfügte über keine Autorität, um dem Vormarsch einen koordinierten Widerstand entgegenzusetzen zu können. In dieser Situation schien vor allem Largo Caballero Mitte August mit dem Gedanken gespielt zu haben, die Regierung durch eine revolutionäre Junta zu ersetzen. Anscheinend war es vor allem die direkte Intervention des neuen sowjetischen Botschafters Marcel Rosenberg, die dazu führte, Largo diesen Plan gestützt auf das Prestige der UdSSR auszureden.⁴⁴ So kam es schließlich am 4. September zur Bildung

43 Noch wenig erforscht ist die Hilfe, die Großbritannien über seinen Stützpunkt Gibraltar den Putschisten in den ersten Tagen und Wochen, als er ihnen als Nachrichtenzentrum diente, gab. Geschah das mit Wissen und Einverständnis der britischen Regierung?

44 Dies hat Broué (Pierre Broué / Émile Témime: *Revolution und Krieg in Spanien*. S. 244–246.) anhand zeitgenössischer Berichte rekonstruiert. Die letzte parteioffizielle Darstellung des Bürgerkriegs: *Guerra y revolución en España*. Bd. 2. Moskau 1966. S. 45f., bestreitet einerseits, dass es ein »Komplott« Largos mit der CNT gegeben habe, auf der anderen Seite erklärt sie aber, dass seine engen Mitar-

einer Volksfrontregierung unter Leitung von Largo Caballero (aus Vertretern der Sozialisten beider Flügel, der Kommunisten⁴⁵, der Republikaner und der katalanischen Esquerra). Unter dem Zwang, von internationaler Hilfe abhängig zu sein, sollte diese Volksfrontregierung im Rahmen der republikanischen Verfassung Spaniens wieder internationale Legitimität verleihen. Tatsächlich verfügte die Regierung mit dem wohl populärsten Arbeiterführer an der Spitze vor allem über Autorität nach innen, auch wenn sie noch auf scharfe Ablehnung der CNT (und der POUM) stieß. (Die CNT trat erst am 4. November in die Regierung ein.)

Angesichts dieser Situation konnte Katalonien seinen eigenen revolutionären Rhythmus nicht lang beibehalten (v. a. wegen der Abhängigkeit von Krediten). So kam es schließlich zum Eintritt der CNT in die katalanische Regierung (26. September). Ihr folgte die POUM, die sich nicht frontal gegen die Anarchisten stellen wollte. Die unmittelbare Folge davon war die Liquidierung der katalanischen Doppelherrschaft: Am 1. Oktober wurde das ZK der Milizen aufgelöst, am 9. Oktober folgten die lokalen Komitees. Im Gegenzug erließ die neue katalanische Regierung zwar ein Kollektivierungsdekret, das die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter legalisierte. Doch war dies für Esquerra und PSUC mehr ein Zugeständnis in einem für sie ungünstigen Kräfteverhältnis und fand auch im übrigen Spanien kein Pendant.⁴⁶

beiter für eine »Arbeiterdiktatur« oder eine »Gewerkschaftsregierung« agitiert hätten (worin es mit den Anarchisten oder Trotzkiisten – sic! – übereinstimmende Punkte gegeben habe). – Dies blieb nicht die einzige direkte sowjetische Intervention, in der auf eine gemäßigte, nichtrevolutionäre Politik gedrängt wurde. Man denke nur an den Briefwechsel Stalin – Largo Caballero von Ende 1936.

45 Laut Michail Kolzow: Spanisches Tagebuch. Berlin 1986. S. 89, hatte Largo die Kommunisten, die nach französischem Vorbild nicht beitreten wollten, gleichsam in die Regierung gezwungen.

46 Das Kollektivierungsdekret entwarf ein komplettes Modell einer »sozialistischen Selbstverwaltungsgesellschaft«, wie man dies heute nennen würde, das einerseits die Verwaltung der Betriebe durch die Arbeiter sicherstellte, andererseits die Zentralisierung und Planung durch Staat und Gewerkschaften gewährleistete. Davon blieb jedoch das meiste auf dem Papier stehen – nicht nur wegen der Erfordernisse der Kriegsführung, sondern auch wegen des politischen Boykotts durch PSUC und Esquerra, die dann – gegen Kriegsende – sogar die Aufhebung planten. Vgl. dazu neben Walther L. Bernecker: Anarchismus und Bürgerkrieg, v. a. Albert Pérez Baró: 30 meses de colectivismo en Cataluña. Barcelona 1974.

Zweifellos lag die wichtigste Aufgabe für die Regierung Largos auf militärischem Gebiet. Hier spitzte sich die Situation Ende Oktober vor Madrid zu. Inzwischen war es jedoch zumindest zu einem partiellen Ausgleich für die faschistische Intervention gekommen. Die Sowjetunion, die sich im August dem Nichtinterventionsabkommen angeschlossen hatte und während der (vielleicht entscheidenden) ersten Monate kein militärisches Gut an die Republik lieferte, entschloss sich im September zur Hilfeleistung.⁴⁷

Zur Bewertung der nun einsetzenden Hilfe jenseits aller Propagandaklischees – und tatsächlich blieb die sowjetische Hilfe die einzig kontinuierliche und stellte damit die Hauptversorgungsbasis der Republik in den drei Kriegsjahren dar, da Mexiko als dem anderen Land, was prinzipiell auf der Seite der Republik stand, nur über sehr beschränkte materielle Möglichkeiten verfügte – muss allerdings folgendes festgehalten werden: Sie erfolgte nicht uneigennützig, sondern wurde von der Republik mit ihren enormen Goldreserven bezahlt. Die sowjetischen Waffenlieferungen wurden weiterhin zu einem innenpolitischen Machtfaktor, der vor allem die KP und die von ihr kontrollierten Einheiten begünstigte.⁴⁸ (Man kann z. B. Orwells »Mein Kata-

47 Auch wenn längst noch nicht alle Einzelheiten der sowjetischen Politik bekannt sind, da keineswegs alle Archive frei zur Verfügung stehen, so sind doch bereits auf der Grundlage des durchaus schon beträchtlichen zugänglichen Materials wichtige Arbeiten vorgelegt worden, Sie unterstreichen, dass Stalin einen hohen politischen und materiellen Preis für seine Unterstützung verlangte. Die wichtigsten Arbeiten: Pierre Broué: *Staline et la révolution. Le cas espagnol*. Paris 1993. – Gerald Howson: *Arms For Spain. The Untold Story of the Spanish Civil War*. London 1998. – Antonio Elorza – Marta Bizcarrondo: *Queridos camaradas. La Internacional Comunista y España, 1919–1939*. Barcelona 1999. – Komintern i graždanskaja vojna v Ispanii. Dokumenty. Moskau 2001. – Ronald Radosh / Mary H. Habeck / Grigoriy Sevostianov (Hrsg.): *Spain Betrayed. The Soviet Union in the Spanish Civil War*. New Haven u. a. 2001. – Daniel Kowalsky: *La Unión Soviética y la guerra civil española. Una revisión crítica*. Barcelona 2004. – Frank Schauf: *Der verspielte Sieg. Sowjetunion, Kommunistische Internationale und Spanischer Bürgerkrieg 1936 – 1939*. Frankfurt/M. 2004.

48 Beispiele dafür – so etwa die Aufforderung, der KP beizutreten, um dadurch Waffen zu erhalten – sind bei José Peirats: *La CNT en la revolución española*. 3 Bde. Paris 1971, aufgeführt. Interessante Informationen darüber, wie die sowjetischen Waffen zum Kampf gegen Anarchisten und POUM (in der Vorbereitung der Maï-Tage) eingesetzt wurden, liefert der ehemalige Militärsekretär der PSUC, Joaquín Almedros: *Situaciones españolas: 1936/39. El PSUC en la guerra civil*. Barcelona 1976.

lonien« entnehmen, wie demgegenüber die Bewaffnung der Anarchisten und der POUM zurückblieb.)⁴⁹

Dank der einsetzenden sowjetischen Waffenlieferungen, aber auch dank der Internationalen Brigade⁵⁰ seit Anfang November (die von

49 Daran änderte sich auch nichts, als die CNT- und POUM-Kolonnen im Frühjahr 1937 »militarisiert«, d. h. in reguläre Divisionen des »Ejército popular« umgewandelt wurden. George Orwell stellte auf einem »Heimaturlaub« in Barcelona bei den Offizieren der Armee dort fest, dass »alle automatische Pistolen, die sie an ihre Koppel geschnallt hatten, (trugen), während wir an der Front weder für Geld noch für gute Worte eine Pistole bekommen konnten«. Die Polizeieinheiten, die Barcelona nach den Mai-Tagen besetzten, »waren mit je einer Maschinenpistole und einer Selbstladepistole auf je zehn Mann ausgerüstet. An der Front hatten wir höchstens ein Maschinengewehr für fünfzig Mann, Pistolen und Revolver konnten wir uns nur auf illegale Weise beschaffen. Tatsächlich war das in allen Einheiten das gleiche, obwohl ich es bis jetzt nicht bemerkt hatte. Die Zivilgardisten und die Carabineros, die überhaupt nicht an die Front sollten, waren besser bewaffnet und viel besser eingekleidet als wir selbst.« (George Orwell: Mein Katalonien. Zürich 1975. S. 139, 179.)

50 Die Internationalen Brigaden stellen wegen ihres Heroismus und der Opferbereitschaft ihrer Kämpfer (besonders der aus den faschistischen Ländern) sicher eines der berühmtesten Kapitel des Bürgerkriegs dar. Dabei tritt gelegentlich zurück, dass sie nicht die einzigen internationalen Freiwilligenverbände waren. Bereits unmittelbar nach dem 19. Juli hatten die Anarchisten, die POUM und die PSUC jeweils internationale Gruppen in ihren Milizkolonnen an der Aragón-Front gebildet. Vorstöße in der SAI (von den italienischen Sozialisten), auch sozialdemokratische Freiwilligenverbände zu bilden, scheiterten. Die amerikanischen Sozialisten rekrutierten in den USA für eine Debs-Kolonnie, deren Organisation sich dann jedoch in Spanien zerschlug und deren Freiwillige daraufhin in anderen Verbänden kämpften (bei den Internationalen Brigaden oder bei der POUM). Die Internationalen Brigaden hatten zwar einen überparteilichen Anspruch und sie umfassten auch Mitglieder anderer Parteien neben den KPen, doch faktisch befand sich die Organisation und dann der Kommandobestand fest in den Händen der Komintern, die das auch ausnützte. Es wäre z. B. nicht vorstellbar gewesen, dass sich ihnen die nichtspanischen Sympathisanten der CNT oder der POUM hätten anschließen und dann in ihnen auch noch eigene Propaganda hätten treiben können. Man braucht sich nur die Brigadezeitungen auf die obligatorische »Entlarvung des Trotzismus« (aller »Schattierungen«) durchzuschauen ... Inzwischen liegen auch erste Studien vor, die »nationale Kontingente« auf der Grundlage der bei Bürgerkriegsende nach Moskau verbrachten Brigaden-Archive erforschen: Rémi Skoutelsky: *L'espoir guidait leurs pas. Les volontaires français dans les Brigades internationales. 1936 - 1939.* Paris 1999. - Angela Berg: *Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936 - 1939.* Essen 2005 [im wesentlichen zu den deutschen Interbrigadisten].

nun an vor allem das internationale Bild des spanischen Bürgerkriegs prägen sollten) und natürlich dank der revolutionären Mobilisierung der Bevölkerung gelang es, in der Schlacht um Madrid ab November den Vormarsch der Franco-Truppen zum Stehen zu bringen. Gleichzeitig war auch begonnen worden, aus den verschiedenen Arbeitermilizen eine einheitliche Armee zu bilden. Das »Ejército popular« [Volksarmee] war nach traditionellen militärischen Gesichtspunkten aufgebaut, das Kriterium der sozialen Gleichheit und der darauf beruhenden Bewusstheit, das die Grundlage der Milizen dargestellt hatte, fehlte jetzt. Statt eines einheitlichen Solds wurde eine enorme Gehaltsstaffelung eingeführt, die die Offiziere – auch die aus den neuen Offiziersschulen hervorgegangenen – wieder privilegierte.⁵¹ Darüber hinaus wurde eine Institution eingeführt, die in der Folgezeit zu enormen politischen Konflikten führte: das der Ergänzung der Offiziere um politische Führer dienende Kommissariat. Da die Mehrheit der Kommissare von den Kommunisten gestellt wurde, die damit eine Schlüsselposition zur Kontrolle über die neue Armee gewannen, kam es bald zu Auseinandersetzungen darüber.

Trotz der Erfolge vor Madrid verschlechterte sich jedoch insgesamt das Kräfteverhältnis (z. B. Verlust Málagas Anfang 1937). So spitzten sich die politischen Auseinandersetzungen im Frühjahr zu, wobei nun die KP zum hauptsächlichen Widerpart Largos wurde. Bevor der Konflikt (u. a. um das Kommissariat und die strategische Planung) öffentlich wurde, kam es in Katalonien zum bewaffneten Zusammenstoß (den »Mai-Tagen«). Nachdem bereits im Dezember (nicht ohne Drängen des sowjetischen Konsuls Antonow-Owsejenko) die POUM aus der Regierung ausgeschlossen worden war, war es zu einem scharfen Rechtsruck gekommen. Obwohl die CNT monatelang manövriert hatte – nach dem 19. Juli hatte sie die POUM zunächst als einen ernsthaften Rivalen gesehen⁵², dann sich aus den Konflikten als rein »innermarxistische« herausgehalten – wurde sie nun ebenfalls attackiert. Die Freigabe der Versorgung durch den neuen PSUC-Wirtschaftsminister Comorera Ende

51 Dazu gehörte auch die Wiederinkraftsetzung des alten Militärstrafgesetzbuchs.

52 Dies beobachtete z. B. Borkenau (Franz Borkenau: Kampfplatz Spanien. S. 120.). CNT / FAI hatten mit der PSUC / UGT am 11. August und am 22. Oktober Einheitsabkommen abgeschlossen, die eine gewisse Stoßrichtung gegen die POUM nicht verbergen konnten.

Dezember mit der Folge einer fatalen Brotverknappung war nur der Beginn gewesen. Vor allem ging es um die Entwaffnung der »Kontrollpatrouillen«, d. h. der Arbeitermiliz in Barcelona.

Der Funken, der die Explosion auslöste, war die versuchte Besetzung der Telefonzentrale der Stadt (die entsprechend dem Kollektivierungsdekret verwaltet wurde, aber eine Hochburg der CNT war, die damit natürlich Kontrollmöglichkeiten hatte) durch den PSUC-Polizeichef Rodríguez Salas.⁵³ Das war zwar mit dem katalanischen Innenminister, aber nicht mit der gesamten Regierung abgesprochen. Es kam sofort zu Kämpfen in der Stadt. Barrikaden wurden errichtet. Die Kämpfe – unterbrochen von verschiedenen Waffenstillständen und Verhandlungen – dauerten insgesamt vier Tage, bis zum 7. Mai. Auf der einen Seite standen die CNT und die POUM, auf der anderen Esquerro, PSUC, der ultranationalistische Estat Català und Einheiten der Berufspolizei. Entgegen allen späteren propagandistischen Verdrehungen muss also festgehalten werden, dass die CNT und die POUM nur *reagiert* hatten, dass vor allem die CNT-Führung von vornherein auf Abbruch drängte und die POUM sich schließlich diesem Druck nicht verschließen zu können glaubte.⁵⁴ CNT und POUM dominierten in

53 Kurios ist die Darstellung in: *Guerra y revolución en España*. Bd. 3. S. 73, die die Mai-Kämpfe einen Tag früher beginnen und die Besetzung und die Besetzung der Telefonzentralen von einem Major Menéndez anführen lässt. Taucht Rodríguez Salas nicht auf, weil er Anfang der 40er Jahre (bei der großen Krise des PSUC-Exils) die Partei verließ? Zu einer detaillierten und objektiven Darstellung vgl. Manuel Cruells: *Els fets de maig*. Barcelona 1969 (damals selbst Mitkämpfer auf Seiten des Estat Català).

54 Dies geht klar aus allen Stellungnahmen der CNT- und POUM-Führungen hervor: Bei den Anarchisten z. B. die Radioansprachen von García Oliver und Mariano R. Vazquez am 4. Mai. Die POUM hatte mehrmals – seit dem Abend des 3. Mai – versucht, mit der CNT-Führung zu gemeinsamen Forderungen zu gelangen, was diese ablehnte, dann am 4. die Übernahme der öffentlichen Ordnung durch die Arbeiter, die Bildung einer revolutionären Arbeiterfront (aus CNT-POUM) und von Verteidigungskomitees gefordert und schließlich spätestens ab dem 6. angesichts der Haltung der Anarchisten, die selbst auf den Kampf um Faustpfänder für einen Kompromiss verzichtet hatten, zum Rückzug aufgerufen. Nur die kleine Linksoption unter den Anarchisten, die »Amigos de Durruti«, und die noch kleinere (wirkliche) trotzkistische Gruppe hatten von Anfang an die Machtübernahme durch eine »revolutionäre Junta CNT-POUM« propagiert. Immer wieder ist dann der Vorwurf der Provokation von KP-Seite erhoben worden. Zu guter letzt wurde dafür als Beweis ein Schreiben des deutschen Botschaf-

den Kämpfen, hätten sie also ohne weiteres für sich entscheiden können. Im Gegenteil muss man sagen, dass die Kämpfe vor allem durch die Weigerung des katalanischen Präsidenten Companys, den Polizeichef und den Innenminister zur Verantwortung zu ziehen, verschärft wurden.⁵⁵

Die Zentralregierung reagierte mit der Aufhebung der Autonomie Kataloniens und beendete die Kämpfe durch die Besetzung der Stadt. 500 Tote und 1.000 Verletzte waren insgesamt auf beiden Seiten zu beklagen. Ein Vorgeschmack auf kommende Ereignisse war die Entführung prominenter Anarchisten (Camillo Berneri, Alfredo Martínez) durch Unbekannte. In den folgenden Wochen wurden die Kontrollpatrouillen aufgelöst, was nur noch eine Formsache war. Am 30. Juni wurde dann eine neue katalanische Regierung ohne CNT gebildet.

Die gravierendste Folge hatten die Kämpfe jedoch für den Bestand der Regierung Largo Caballeros, der zwar keineswegs Sympathisant der CNT oder der POUM war, aber die Veränderungen offensichtlich begrenzen wollte. Die latenten Spannungen der KP zu ihm entluden sich nun anhand ihrer unmissverständlichen Forderung nach Auflösung der POUM als angebliche Verantwortliche für die Mai-Tage.

ters bei Franco angeführt, in dem eine Äußerung Francos wiedergegeben wurde. Dieser hatte sich damit gebrüstet, durch seine Agenten für die Mai-Unruhen verantwortlich gewesen zu sein (abgedruckt in: Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D. Bd. III. Baden-Baden 1951. S. 241-243.). Doch die Kämpfe wurden eindeutig durch nichts anderes als die Besetzung der Telefonzentrale ausgelöst. Wollte man das Prahlens Francos mit angeblichen Heldentaten für bare Münze nehmen, müsste man dahinter also die frankistischen Agenten vermuten. Das wäre natürlich absurd. Es ist auch unwahrscheinlich, dass es hinter der Besetzung einen langfristigen Plan der PSUC gegeben hatte. Es handelte sich vermutlich um einen weiteren der vielen Versuchen der vorhergehenden Monate, die Anarchisten Schritt für Schritt zurückzudrängen, wobei man sich sicher darauf verließ, dass sie wie immer letztlich nachgeben würden. Ebenso ist nicht wahr, dass, wie vielfach behauptet, während der Kämpfe die Aragón-Front von CNT- und POUM-Milizen entblößt wurde. Nur kleinere Gruppen um die Kommandeure trafen in Lérida ein und schlossen mit der Armeeführung ein Kommissabkommen, dessen Spuren später (vermutlich nach der Unterdrückung der POUM) zu verwischen versucht wurde. Vgl. zu diesem ganzen Komplex Reiner Tosstorff: Die POUM im spanischen Bürgerkrieg. S. 199-224.

⁵⁵ So Manuel Cruells: *Els fets de maig*. S. 80.

Als die PCE-Minister am 13. Mai ultimativ ihre Forderung wiederholten und sich Largo Caballero weigerte, brach die Regierung auseinander, weil die Kommunisten dabei die Unterstützung des rechten PSOE-Flügels um Prieto und der Republikaner fanden.⁵⁶

Am 17. bildete der bisherige Finanzminister Negrín⁵⁷, ein Anhänger Prietos (der selbst das Verteidigungsressort übernahm) eine neue Regierung, aus der die linken Sozialisten und die Anarchisten – damit die Strömungen, die zusammen wohl noch immer die Mehrheit der spanischen Arbeiterklasse repräsentierten⁵⁸ – ausgeschlossen waren. Die Einheit der Volksfront war zerbrochen. Negrín stützte sich immer mehr auf die Kommunisten, die zwar weiterhin nur zwei Ministerien verwalteten, aber die Schlüsselpositionen im Sicherheits- und Militärapparat übernahmen. Hatte Largo Caballero noch versucht, alle politische Strömungen und vor allem einen Großteil der nach dem 19. Juli geschaffenen revolutionären Veränderungen zu integrieren, so setzte die neue Regierung auf deren Abbau – notfalls in der offenen Konfrontation. Die Bauern wurden vom kommunistischen Landwirtschaftsminister ermuntert, aus den Kollektiven auszuschneiden. Höhepunkt war die Zerschlagung des von den Anarchisten geschaffenen »Rates von Aragón«⁵⁹ im August 1937 durch die von Lister kommandierte

⁵⁶ Prieto und die republikanischen Parteien verfolgten natürlich aus anderen Gründen dasselbe Ziel, nämlich die revolutionäre Situation, für die noch Largo in einem gewissen Sinne stand, zu beseitigen, waren dabei aber offensichtlich bereit, »ein Auge zuzudrücken«, d. h. der PCE die POUM zu opfern.

⁵⁷ Negrín ist sicherlich die kontroverseste Figur des spanischen Bürgerkriegs. Lange Zeit wegen seiner KP-nahen Politik unter den ihm eigentlich politisch Nahestehenden quasi verfehmt (eigentlich schätzte ihn auch die KP nicht besonders positiv, wie die Veröffentlichung der Togliatti-Memoranden an die KI zeigt), erlebt er heute eine gewisse Rehabilitierung, für die seine »gemäßigte Politik« und sein »Realismus« angeführt wird. Scharfe Gegenposition in der Bewertung werden z. B. markiert von Burnett Bolloten (Burnett Bolloten: Der seltsame Fall des Dr. Juan Negrín. In: Günther Schmigalle [Hrsg.]: Der spanische Bürgerkrieg. Frankfurt 1986. S. 97–113) und Joan Llach: Negrín ¡Resistir es vencer!. Barcelona 1985.

⁵⁸ Dass z. B. die Mehrheit der Arbeiter Barcelonas bis zum Bürgerkriegsende gegen die PSUC / UGT eingestellt war, schreibt z. B. Togliatti (wenn auch etwas verklausuliert) in einem Memorandum vom 21.5.1959 (Palmiro Togliatti: Opere. Bd. IV.1. Rom 1979. S. 363).

⁵⁹ Vgl. dazu Julián Casanova: Anarquismo y revolución en la sociedad rural aragonesa 1936-1938. Madrid 1985, und die zweiteilige Dokumentation von Graham Kelsey: El Consejo de Aragón. In: Cuadernos de la guerra civil. Nr. 2/1987 und Nr. 3-4/1989.

Division. Auch in der Industrie erfolgte die Rückgabe von Betrieben an ihre Besitzer (z. B. der katalanischen Elektrizitätswerke) oder es wurden verstärkt staatliche »Interventoren« ernannt, die die Betriebe der Kontrolle der Gewerkschaften wegnahmen.

All dies zielte darauf ab, durch den Nachweis, die Republik schlage einen gemäßigten, nicht-revolutionären Kurs ein, Frankreich und Großbritannien zu einer aktiven Unterstützung der Republik zu bewegen. Innenpolitisch hatte das jedoch fatale Konsequenzen. Diese Politik führte zu einer scharfen Konfrontation zwischen den verschiedenen politischen Strömungen und musste angesichts der allgemeinen ungünstigen Situation (militärisch, wirtschaftlich ...) zur weiteren gesellschaftlichen Demoralisierung beitragen.

Besonders verschärfend wirkte die polizeiliche Repression, die am 16. Juni mit der Verfolgung der POUM einsetzte. Angefangen mit dem Exekutivkomitee wurden Dutzende ihrer Mitglieder und Sympathisanten verhaftet. Eine ganze Division (die in diesen Tagen in heftigen Kämpfen gestanden hatte) wurde aufgelöst. Das »Verschwinden« ihres prominentesten Mitglieds Andreu Nin (ehemaliger Sekretär der CNT und der RGI) erregte weltweites Aufsehen. Von der Repression blieben auch Teile der Anarchisten (vor allem aber auch ausländische Antifaschisten, die nicht Kommunisten waren,⁶⁰ nicht verschont.

Begründet wurde dies alles mit der absurden Behauptung, die POUM habe im Auftrag Francos die Mai-Tage angezettelt. Verschiedene Versuche, dafür fabrizierte Beweise vorzulegen, scheiterten kläglich.⁶¹

⁶⁰ Ende 1937 befanden sich z. B. allein im Hauptgefängnis Barcelonas (Cárcel Modelo) über 500 ausländische Antifaschisten. Vgl. Willy Buschak: Das Londoner Büro. S. 263. Bekannt wurde das spurlose Verschwinden von Linksozialisten oder Trotzisten wie Kurt Landau, Erwin Wolf, Hans Freund (Moulin), Mark Rein, der »plötzliche Tod« von Bob Smillie von der ILP ...

⁶¹ Die Beweise bestanden in folgenden Konstruktionen: Bei einem pro-frankistischen Agentenring, der im Mai 1937 ausgehoben wurde, fand sich eine Karte der Befestigungsanlagen der Stadt, auf dessen Rückseite dann eine Nin kompromittierende angebliche Botschaft an Franco nachgetragen wurde, die auch noch in einem der wenigen Schlüssel chiffriert worden war, den der republikanische Geheimdienst bereits entziffert hatte. Man versuchte dann die verhafteten Falangisten auch noch dazu zu bringen, Verbindungen zur POUM zu gestehen. Nachdem dies alles zu durchschaubar geworden war, wurde bei einem anderen bereits enttarnten frankistischen Agenten in Gerona im Oktober 1937 bei einer Hausdurchsuchung kurz zuvor unterschobenes Material »entdeckt«. Nach Folterungen

Auch gab es keine entsprechende »Geständnisse« anstelle von Beweisen (nach dem Vorbild der Moskauer Prozesse). Gegen die Unterdrückung der POUM traten nicht nur die Anarchisten, sondern auch viele andere antifaschistische Kräfte in Spanien wie international auf. Der erst im Oktober 1938 stattgefundenen Prozess gegen das Exekutivkomitee der POUM sprach es ausdrücklich davon frei, faschistische Agenten zu sein, bescheinigte der POUM stattdessen eine antifaschistische Gesinnung und verurteilte die Angeklagten *als Revolutionäre* (weil sie in den Mai-Tagen den Sturz der legalen Regierung betrieben hätten) zu langjährigem Gefängnis.⁶² Jedenfalls konnte die Unterdrückung der POUM nur negative Konsequenzen für den Kampf gegen Franco haben.

Parallel zu dem innenpolitischen Rechtsruck ging der Versuch Negríns, militärische Offensivkraft durch den forcierten Aufbau der Armee zu gewinnen, obwohl bereits in den ersten Monaten seiner Regierung die Franco-Truppen den Norden besetzen konnten und damit den Rücken frei hatten. Mit der Schlacht um Teruel (Mitte Dezember 1937 – Ende Februar 1938) schien die Republik jedoch endlich eine strategische Operation erfolgreich ausführen zu können. Sie scheiterte aber bald an der Gegenoffensive, die erneut die grundlegenden Schwächen der republikanischen Armee bloßlegte: zum einen ihre materielle Unterlegenheit, zum anderen ihre geringere militärische Erfahrung und Ausbildung. Die militärischen Schwächen, die ja ihre objektiven Ursachen hatten, hätten höchstens politisch ausgeglichen werden können.⁶³

unterschrieb er ein Geständnis über Verbindungen zur POUM, widerrief dann aber. Trotzdem versuchte die Anklage noch im Prozeß, mit diesen »Beweisen« aufzuwarten.

62 Vgl. dazu den im Anhang zu Andrés Suárez: *El proceso contra el POUM. Un episodio de la revolución española*. Paris 1974. S. 202 – 209, abgedruckten Urteilspruch. Togliatti (Palmiro Togliatti: *Opere*. Bd. IV.1. S. 349) bezeichnete ihn gegenüber der KI-Führung als »ernstes Ergebnis«. Der Prozeß habe ohne »ernste Strafe« (= Todesstrafe) geendet (die auch Negrín vom Gericht gefordert hatte). Ende 1938 verlangten u. a. Federica Montseny, Largo Caballero, Peiró, Tarradellas vom Ministerrat die Revision des Prozesses, was aber im Ende der Republik unterging.

63 So etwas hätte z. B. – natürlich schon ab dem 19. Juli – durch einen Vorstoß in der Marokko-Frage geleistet werden können. Die marokkanischen Truppen waren eine der Säulen der frankistischen Offensivkraft. Jede Ermunterung der Unabhängigkeitsbewegung des Landes durch die Republik hätte ihre Kampfmoral entscheidend schwächen können. Tatsächlich ist diese Frage zweimal angegangen

So führte die sich verschlechternde militärische Lage im Frühjahr 1938 (die aber auch Hand in Hand mit einer tagtäglich katastrophaler werdenden Versorgungslage der Republik ging) zum Auftauchen defätistischer Strömungen bei Teilen der Sozialisten und Republikaner. Vor allem Prieto drückte dies aus, was zu einer erneuten politischen Krise Ende März / Anfang April führte, die durch sein Ausscheiden gelöst wurde. Zwar traten nun die Anarchisten wieder in die Regierung ein (und es kam sogar zu einem Abkommen zwischen der CNT und der inzwischen in den Händen von Kommunisten und Negrín-Sozialisten befindlichen UGT). Allerdings war die spanische anarchistische Bewegung in einer tiefen Krise und in Anhänger und Gegner dieses Zusammenarbeitskurses zerfallen. Vor allem aber war nun auch der gemäßigte Flügel der Sozialistischen Partei gespalten – in Anhänger Prietos, die nur noch die Niederlage kommen sahen, und Negríns, die kaum noch über eine wirkliche Basis innerhalb der Partei

worden. Zum einen kam es im September 1936 über französische Trotzlisten zu Kontakten des katalanischen Milizkomitees mit marokkanischen Nationalisten. Doch in Madrid wurde ihnen von Largo Caballero jedwede Hoffnung auf Unterstützung mit dem Verweis auf Frankreich (das sicher zu Recht in einem solchen Fall mit Unruhen im eigenen Kolonialgebiet rechnen musste) genommen. Später versuchte die Regierung Largo Caballero doch noch, Initiativen in diese Richtung zu entfalten (Álvarez del Vayo schlug den Abtritt Spanisch-Marokkos an Frankreich vor, Carlos de Baráibar versuchte die Scheichs aufzukaufen). Von Negrín ist offensichtlich nichts mehr in diese Richtung unternommen worden. Über all diese Verhandlungen etc. gibt es wenige zugängliche Quellen. (Vgl. dazu Reiner Tosstorff: Die POUM im spanischen Bürgerkrieg. S. 130f., und vor allem Abdelmajid Benjelloun: Le Nord du Maroc. L'indépendance avant l'indépendance. Jeans Rous et le Maroc. 1936-1956. Casablanca / Paris 1996. S. 57-210.) Offensichtlich beschönigend ist die Darstellung in: Guerra y revolución. Bd. 1. S. 222-227, die aus der PCE einen Vorreiter der marokkanischen Unabhängigkeit zu machen versucht. Doch wird dann weder zur französischen Haltung Stellung genommen – es ist kaum wahrscheinlich, daß die PCE einen Konflikt mit der französischen Volksfrontregierung über die Kolonialfrage vom Zaun brechen wollte – noch hat überhaupt je ein Minister – und damit auch kein kommunistischer –, wie Álvarez del Vayo später erklärte, dazu das Wort im Kabinett ergriffen.

Leider zeigte sich hier, daß das prinzipielle Festhalten der französischen Volksfront an den Kolonien zu einer Klammer wurde, die auch Spanien mit einband – und damit der spanischen Volksfrontregierung ein Hindernis für einen in den ersten Kriegsmonaten vielleicht sogar entscheidenden Schlag in Francos Hinterland aufbaute.

verfügten. Mehr denn je war die eigentliche Kraft, die die Regierungspolitik trug und damit auch bestimmte, die Kommunistische Partei.⁶⁴ (Zusätzlich kam noch im Herbst eine weitere Regierungskrise, die zum Ausscheiden der katalanischen und baskischen Nationalisten führte.)

Zwar versuchte Negrín mit der Verkündung der »13 Punkte« am 30. April 1938, die ein neutrales, nicht-revolutionäres Spanien versprochen, erneut, internationale Unterstützung zu gewinnen. Doch war dies genauso vergeblich wie etwa die Erwartung auf irgendwelche verhandlungsbereite Strömungen im Franco-Lager. Trotz weiterer Erfolge der Franco-Truppen (v. a. Erreichen des Mittelmeeres und damit Spaltung des republikanischen Territoriums am 14. April) war es der Regierung jedoch noch einmal möglich, unter Konzentration aller militärischen Anstrengungen eine Überraschungsoffensive zu führen, die Ebro-Offensive ab 25. Juli. Doch nach einem Monat setzte der Gegenangriff ein. Mitte November hatten die Franco-Truppen die republikanische Armee an den Ebro zurückgeworfen. Wieder hatte sich die Begrenztheit der republikanischen Angriffsfähigkeit gezeigt. Die republikanische Armee hatte entscheidende Verluste erlitten. Ein geplanter Entlastungsangriff in Andalusien war nicht zustande gekommen.

Auch international hatte die Republik nichts erreichen können. Parallel zur Ebro-Schlacht hatte die Appeasementpolitik mit dem Münchener Abkommen vom 29. September einen Höhepunkt erreicht. Auch der verzweifelte (und nur weiter demoralisierende) Abzug der Internationalen Brigaden im Oktober – von Negrín als Geste gegenüber der internationalen Öffentlichkeit gedacht⁶⁵ – bewirkte genauso wenig wie eine Reihe von Hilfsersuchen. Nur die Sowjetunion war plötzlich Ende

64 In der KP gab es schließlich –ähnlich wie in Frankreich 1938 – an der Basis Stimmen – hier offensichtlich im Zusammenhang mit der Prieto-Krise –, die einen Linksruck in der Parteipolitik forderten und die von der Parteiführung sofort scharf zurückgewiesen wurden. Vgl. Fernando Claudín: Die Krise der kommunistischen Bewegung. Bd. 1. S. 272f.

65 Überflüssig zu betonen, daß solche, vor dem Völkerbund verabredeten Gesten am allerwenigsten auf Staaten Eindruck machen konnten, die den Völkerbund verlassen hatten.

November zu umfangreichen Waffenlieferungen bereit.⁶⁶ Sie kamen jedoch zu spät, blieben auch zum größten Teil in Frankreich stecken, um noch in irgendeiner Weise bei der Verteidigung Kataloniens helfen zu können. Am 26. Januar 1939 fiel Barcelona. Am 9. Februar besetzten die Franco-Truppen die französische Grenze. Unter den mehreren Hunderttausend Flüchtlingen, die in Frankreich überwiegend ein elendes Schicksal in den Auffanglagern erwartete, befand sich auch die Regierung.

Die Situation erschien jetzt so ausweglos, dass ein Teil der Politiker mit dem Präsidenten Azaña an der Spitze (vor allem nach der Anerkennung Francos durch Frankreich und Großbritannien) den Kampf aufgab, obwohl die militärischen Kräfte in der Zentralzone – in der allerdings die Versorgungslage immer katastrophaler wurde – durchaus nicht unbedeutend waren. Zumindest hätten sie zu manövrieren erlaubt, um viele Menschen zu retten.

Negrín setzte jedoch darauf, den Krieg solange fortzusetzen, bis der sich abzeichnende europäische Krieg beginnen würde.⁶⁷ Damit erwartete er eine Kräftekonstellation, die die spanische Republik endlich aktiv unterstützen würde (die aber am 1. September ja dann doch nicht eintrat). Die einzige Kraft, die ihm dabei sekundierte, war die Kommunistische Partei. Deshalb beförderte der inzwischen aus Frankreich in das noch nicht besetzte Gebiet gekommene Negrín im Februar kommunistische Offiziere auf militärische Schlüsselpositionen. Das erschien wie eine Machtübernahme der KP. Es bildete sich eine Koalition der nichtkommunistischen Kräfte, die alle in irgendeiner Weise zur Seite gedrückt worden waren, mit einer Reihe von Offizieren mit dem Oberst Casado an der Spitze, die bereits insgeheim Sondierungen

66 Diese Hilfslieferungen – Ergebnis einer dringenden persönlichen Bitte Negríns an Stalin – zeigten vielleicht auch, dass die UdSSR damit noch nach München eine Geste gegenüber Frankreich und Großbritannien machen wollte. – Ein letzter Versuch zu einer Entlastungsoffensive in Andalusien scheiterte im Dezember an der Befehlsverweigerung Miajas, Chef der Heeresgruppe Zentrum-Süden, der damit im gewissen Sinne bereits schon den Casado-Putsch vorwegnahm.

67 Diese letzte Phase ist sicherlich die obskurste des ganzen Bürgerkriegs – nicht zuletzt durch die Rechtfertigungsversuche aller Seiten, die die wirklichen Vorgänge eher verunklärten. Zumindest lässt sich ein allgemeiner Eindruck gewinnen: Ab Anfang 1939 und vor allem nach dem Fall Kataloniens versuchte jede Seite, sich der Verantwortung für das unaufhaltsame Ende zu entziehen und sie dem politischen Gegner zu überlassen, um so das »Gesicht zu wahren«.

betreffs eines Waffenstillstandes begonnen hatten. Am 5. März kam es zur Bildung des Nationalen Verteidigungsrats, der die Regierung Negrín stürzte. Gegen die kommunistisch geführten Einheiten – vor allem in Madrid – wurde vorgegangen. Die Kämpfe dauerten nicht lange. Es ist später die Vermutung geäußert worden, dass auch die KP-Führung nicht mehr an irgendeine Verteidigungsmöglichkeit glaubte und im Grunde genommen auf einen Kampf mit Casado verzichtete, um ihm so die Verantwortung für die Niederlage zu überlassen. Negrín verließ bereits am 6. März Spanien.

Die Verhandlungen der Casado-Junta mit Franco endeten ergebnislos. Angesichts des sicheren militärischen Siegs war dieser zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Die linken Bündnispartner Casados – vor allem die Anarchisten – mussten enttäuscht erkennen, dass er wie die ihn unterstützenden Offiziere keinerlei Verteidigungsbereitschaft mehr hatte. Während es dem engsten politischen und militärischen Führungskreis der Republik (mit wenigen Ausnahmen) gelang, per Flugzeug oder Schiff zu entkommen, irrten Abertausende im allgemeinen Chaos in Richtung auf die Mittelmeerhäfen in der vergeblichen Hoffnung auf ein Schiff. Dort gerieten vor allem die Soldaten in Gefangenschaft und hatten Kriegsgerichte zu erwarten. Am 1. April 1939 konnte Franco den Sieg bekannt geben.

Einige Schlussfolgerungen

Misst man die Volksfrontregierungen an ihrem beabsichtigten Hauptziel, wenigstens den Vormarsch des Faschismus zu stoppen, so ist hier natürlich das Ergebnis erst einmal negativ: 1939 bzw. 1940 ist es (wenn auch in unterschiedlichen Formen) doch dazu gekommen. So kreist seit dieser Zeit die Debatte in der Arbeiterbewegung wie in der historischen Forschung um die Gründe dafür: Waren sie interner Natur – also in der Struktur, Politik etc. dieser Volksfrontbündnisse angelegt – oder externer – d. h., war der Faschismus so übermächtig, dass er sich erst einmal durchsetzen konnte.

Wenn man letzteres als einen Geschichtsfatalismus (der sich übrigens auch nicht mit den heutigen Kenntnissen von den tatsächlichen Problemen der faschistischen Staaten vereinbaren ließe) beiseite lässt, so treten, glaube ich, nach diesem sicherlich mit vielen Lücken

versehenen Versuch eines Überblicks über die Hauptstrukturen und -ereignisse⁶⁸ eine Reihe von internen Widersprüchen hervor, die sicher noch weiter erforscht werden müssen: An verschiedenen Ereignissen wurde klar, dass es vor allem in den krisenhaften Zuspitzungen zu Widersprüchen zwischen einer sich radikalisierenden Basis und einer Bündnispolitik, die auf der Grundlage eines Minimalkonsens sich nach dem jeweils »rechtsten« Bündnispartner richtete, kam. Ein zusätzliches, verstärkendes Moment dieses Widerspruchs war der Versuch, die Volksfrontpolitik in dem jeweiligen Land in ein internationales Bündnissystem einzuordnen, was eher durch Appeasement als durch den Kampf gegen den Faschismus bestimmt wurde.

Darüber hinaus verfolgten die Volksfrontregierungen einen (schon prinzipiell formulierten) defensiven Kurs, der sie unter allen Umständen an dem vorgegebenen institutionellen Rahmen festhalten ließ, den sie nicht verlassen wollten. Gedacht als eine Verteidigungsmaßnahme gegenüber den Rechten, übersah man dabei, dass *diese* normalerweise den Rahmen vorgaben und definierten. Dies erklärt auch, warum sich die Volksfronten oft selbst die Hände zu Initiativen banden, mit denen sie aus der politischen Defensive in die Offensive hätten treten können. Die Volksfronten polarisierten nun einmal eindeutig zwischen rechts und links allein durch das, was sie sozial bewegten. All das schuf ständige, sich akkumulierende Konflikte innerhalb der Volksfrontbündnisse, zwischen taktierenden Führungen und breiten radikalen Schichten der Basis, die auf Dauer zu ihrer Schwächung und Demoralisierung beitrugen.

Dieser zugegebenermaßen abstrakt formulierte Rahmen ist natürlich mit der konkreten Entwicklung in jedem einzelnen Fall in Verbindung zu setzen. Es gab sicher deutliche Unterschiede. In Spanien löste der Bürgerkrieg einen Bruch der politischen Strukturen aus, den es in Frankreich nicht gab, wo die sozialen Radikalisierungsprozesse deshalb viel langsamer abliefen. Auch waren natürlich die historischen

⁶⁸ Natürlich mussten hier viele Faktoren weggelassen werden: von der ganzen ökonomischen Lage (Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zuallererst) bis hin zu einer genauen Analyse der Einheitsproblematik zwischen den Arbeiterorganisationen, etwa die Frage der Basis-, bzw. Volksfrontkomitees (zeitweise v. a. von der PCF in den Vordergrund gestellt), die Diskussion um eine Einheitspartei in Frankreich und Spanien, aber auch die Auswirkungen der Moskauer Prozesse (abgesehen von der POUM-Verfolgung) usw.

Traditionen, die politischen Kräfteverhältnisse anders. Auf jeden Fall geht die Debatte um die Erfahrungen in Frankreich und Spanien weiter und wird aber nur dann fruchtbare Ergebnisse – sowohl unter geschichtswissenschaftlichen wie politischen Aspekten – hervorbringen, wenn sie die theoretischen Fragestellungen mit der empirischen Forschung verknüpft.

HEINZ KÖLLER

Unvollendete Vorbildwirkung

Die politische Formel »Volksfront« ist französischen Ursprungs. Bevor sie im Frühjahr 1935 von der sie zuerst missbilligenden KPD übernommen wurde, bedurfte es intensiver Einwirkungen seitens Dimitroffs, Thorez' und Togliattis auf sie.

Die KPD trat auf ihrer ZK-Sitzung vom Februar 1932 angesichts des Vormarsches des Hitlerfaschismus für die soziale und nationale Befreiung durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein – was objektiv wie subjektiv vermessen war. Doch diese illusionäre Linie wurde auf der XII. Tagung des EKKI vom August 1932 zur allgemein verbindlichen. Allerdings fand diese Orientierung auch die Zustimmung der FKP. Die Machtübernahme durch Hitler alarmierte zwar die FKP, aber vorerst blieb sie auf Kurs.

Doch die Lage veränderte sich dann rasch, als die französischen faschistischen Ligen im Februar 1934 geputscht hatten und die sektiererische Linie Klasse gegen Klasse die dringend gebotene breite antifaschistische Sammlung ausschloss. Die Grundfragen einer Neuorientierung wurden indes zuerst nicht geklärt. Dann bewogen Dimitroffs neuartige Vorschläge, die er Thorez (1900–1964) im Frühjahr 1934 in Moskau machte, diesen jungen Generalsekretär novativ umzudenken.

Laut Dimitroff müssten die Mauer zwischen kommunistischen und sozialistischen Arbeitern und die These von der Zwillingsbrüderschaft von Sozialdemokratie und Faschismus endlich beseitigt werden. Die Anerkennung einer führenden Rolle der Partei dürfe Bündnispartnern nicht abverlangt werden. Die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse stehe sowieso noch nicht auf der Tagesordnung, die Gegenwartsaufgabe sei die Sicherung der bürgerlich-demokratischen Ordnung. Thorez, gut beraten auch vom tschechischen Repräsentanten der KI in Frankreich, Eugen Fried, griff die Hinweise rasch auf. Seine Bemerkung, die erst auf dem Schlußtag der Parteikonferenz von Ivry vom Juni gemacht wurde, »Um jeden Preis wollen wir die Einheitspartei«, war ein Novum. Es war erst nach langem Widerstand

von Teilen des EKKI, die Dimitroffs und Thorez' vorgeschlagene Kursänderung zögerlich gefolgt waren, gebilligt worden. Es war vorbildlich und fand bei den französischen Sozialisten starken Widerhall.

Insofern war es erklärlich, dass in Frankreich im Frühjahr 1935 die Einheitsfront der Kommunisten und Sozialisten rasch zustande kam. Zugleich schlossen sich immer mehr Kleinbürger, Intellektuelle und Bauern um die Einheitsfront der antifaschistischen Arbeiter zusammen, bedrohte doch die faschistische Gefahr auch ihre Lebensinteressen. Bevor sozialistische Ziele in Angriff genommen werden konnten, galt es folglich, die demokratischen Errungenschaften zu verteidigen und auszubauen. Also begnügten sich die klarblickendsten Kommunisten und etliche Linkssozialisten nicht damit, mit vereinzelt Vertreten der Mittelschichten zu kooperieren, sondern strebten sie auch die qualitative Bündniserweiterung durch Einbeziehung der Mittelschichten möglichst als ganze an. Mit dem Vorschlag ihrer Einbeziehung in das antifaschistische Bündnis trat Thorez im Oktober 1934 an den Parteitag der bürgerlichen Radikalen in Reims heran, um eine Volksfront herzustellen.¹ Die radikale Führung lehnte zwar vorerst ab, wusste sie doch, dass es im Unterschied zu mehrfach erlebten Bündnissen zwischen ihr und sozialdemokratischen Systemanhängern letztlich um alternative Lösungen ging, doch der Vorschlag stand bis Ende 1935 fortan im Raum, bis er dann angenommen wurde.

Außer Acht lassend, dass der Faschismus nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Mittelschichten und selbst demokratische Teile der Bourgeoisie gefährdete, lehnte auch die neue KI-Führung den Vorschlag ab. Togliatti wurde schon vor Reims nach Paris entsandt, um ihr Nein auszusprechen. Thorez blieb aber unbeirrt bei seinem Vorschlag. Dieses Nein bewies im übrigen, dass die These, Stalin und das EKKI hätten die Volksfront initiiert, eine Lüge ist. Allerdings bewog schon bald ein gewisser außenpolitischer Realismus Stalin (der die allmähliche Annäherung der französischen Außenpolitik unter Briand und Barthou an die Sowjetunion² begrüßt hatte), Belange der Außenpolitik bei der Präzisierung der KI-Linie zu berücksichtigen. Im Dezember 1934 billigte das EKKI die Linie Thorez.

1 Siehe Serge Wolikow: *Le Front populaire en France*. Paris 1996. S. 79 ff. - Heinz Köller: *Für Demokratie, Brot und Frieden*. Bonn 1996. S. 16ff.

2 Siehe vor allem das grundlegende Werk von Jean-Baptiste: *Duroselle La décadence 1932-1939*. Paris 1979. S. 75ff., 87ff.

Die KPD-Führung hing Ende 1934 zuerst mehrheitlich der eingangs genannten alten Linie an, wobei allerdings Ulbricht, Pieck, Dahlem, Merker, Rädcl, Münzenberg und Wehner peu à peu den richtigen neuen Kurs billigten und aktiv mitverfolgten. Dagegen fehlinterpretierten Schulte, Schubert und zeitweilig auch noch Florin wie Manuilski, Knorin, Losowski, Wang Ming und Pjatnitzky im EKKI den Faschismus als Ankündigung der angeblichen Endkrise des Kapitalismus. Die neue Einheitsfrontlinie sei Verrat an dem Kurs Thälmanns.³ Da die meisten von ihnen noch unmittelbar vor dem VII. Weltkongress auf dieser Position beharrten, drang die neue EKKI-Führung Anfang 1935 strikt auf ihre Überwindung. In der Beratung des EKKI-Sekretariats mit der KPD-Führung vom Januar 1935 begründete der inzwischen klüger gewordene Togliatti überzeugend den Volksfrontkurs.

Franz Dahlem verdeutlichte mir in persönlichen Gesprächen, welch hartnäckiger Widerstand dabei überwunden werden musste. So wurde von Schubert und Schulte die Plattform der zeitweiligen Berliner Leitung der KPD gegen den neuen Kurs ausgespielt. Diese gebärdete sich zwar als Anhängerin der Einheitsfront, doch wie Florin unmittelbar nach dem VII. Weltkongress selbstkritisch, doch in weiterhin anfechtbarem Ton feststellte, »als Frage der Vereinigung in den Reihen unserer Partei«⁴. Sie verteidigte somit Positionen Stalins, die dieser inzwischen u. a. aus außenpolitischen Erwägungen aufgab.

Dass die Volksfront-Linie auf dem VII. Kongress durchgesetzt wurde, der Pariser Volksfrontausschuss unter Mann, Münzenberg, Ulbricht und den Sozialisten Braun, Breitscheid und Walcher erhebliche Ansatzpunkte einer deutschen Volksfront schuf,⁵ dass seine Arbeit nach

3 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. EA 1308/3. Blatt 834. Der anwesende Vertreter der KPD-Führung stellte fest, dass die Herstellung der Einheitsfront »kaum möglich sein [dürfte], wenn wir vor allem darauf aus sind, die zur Zusammenarbeit mit uns bereiten Sozialdemokraten so rasch wie möglich in unseren KPD-Gruppen« einzugliedern suchen. Ebenda. Blatt 857. Die SPD stecke zwar in einer Krise, sei aber nach wie vor existent und zu beachten.

4 So Florin in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. NL 9/11. Blatt 27ff. Siehe überhaupt Blatt 25-35.

5 Siehe Heinz Köller: L' impact du Front populaire sur les tentatives de réalisation de l' unit, des antifascistes allemands avant 1939. In: *La résistance allemande contre le nazisme*. Hrsg. von R. Pfefferkorn. Strasbourg 1998. S. 44.

dem Wahlsieg der französischen Volksfront nach Deutschland ausstrahlte, ist unbestreitbar. Auch das zuerst einheitliche Auftreten von Kommunisten und Sozialisten gegen den Francoputsch und seine hitlerfaschistischen Gönner fiel ins Gewicht. Allerdings gab es in der Praxis von Kommunisten weiterhin arge Verkennungen der Bedeutung des Ringens um Demokratie. Als zum Beispiel Ulbricht am 7. Februar 1937 vor dem EKKI-Sekretariat von der Absicht der KPD berichtete, die Menschen vorrangig auf die Errichtung der bürgerlich-demokratischen Republik zu orientieren – was ja in der Sache richtig war –, bezweifelte Losowski die Richtigkeit dieser Linie. Diktatorische Absichten stellte er dagegen nicht in Frage, sie sollten freilich nicht bekundet werden.⁶ Das richtete sich gegen einen zentralen Beschluss des VII. Weltkongresses und rief zur Doppelzüngigkeit auf.

Der vor allem von Ulbricht personifizierte Kommandoton aus früheren KP-Zeiten missfiel Mann, Breitscheid, Braun und Walcher. Hinzu kam, dass kommunistische Tendenzen der Abwerbung von Sozialisten (wie übrigens auch reziproke der Sozialisten) die Zusammenarbeit störten. Das Einheitsfrontabkommen gebot aber die wechselseitige Anerkennung der Souveränität der verbündeten Parteien. Die arge persönliche Rivalität von Ulbricht und Münzenberg (der allerdings Manuilskis vorrangige Orientierung auf die Diktatur des Proletariats zu Recht tadelte⁷) kam erschwerend hinzu. Es war zutiefst verständlich, dass das EKKI-Sekretariat im Mai 1938 Ulbricht durch den umgänglicheren Dahlem als Chef des Auslandssekretariats der Partei ersetzte.⁸ Die KPD habe Fortschritte gemacht, doch unzureichende.

Es gab zwar danach in Frankreich zeitweilig eine engere Zusammenarbeit der Bündnispartner, aber der Umfall vieler bürgerlicher Radikalen unter Daladier (ihr Ja zum Münchener Abkommen) und die Zugeständnisse der Sozialistenführer in der Innen- und Außenpolitik waren nicht geeignet, die Volksfront zu begünstigen und den verstärkten Widerstand der französischen Bourgeoisie zu überwinden.

6 Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. I 6/10/47. Blatt 72.

7 Ebenda. I 6/75. Blatt 52 (Schreiben Dahlems vom 9. Februar 1939).

8 Ebenda. I 6/10/48. Blatt 248ff.; Heinz Köller: Für Demokratie, Brot und Frieden. S. 392ff.

Hinzu kam, dass weiterhin vorhandene Erscheinungen der programmatischen Ungeduld von Kommunisten deren Erfolgchancen verminderten und das 39er Nichtangriffsabkommen von Stalin und Hitler den Antikommunismus ungewöhnlich verstärkte. Folglich war die Alternative zur hitlerfaschistischen Aggression 1939 zuerst nur gering, weil Stalins Fehldeutung des Krieges als imperialistischen bis 1941 viele Kommunisten irritierte.

ERWIN LEWIN

Zum Verhältnis von antifaschistischer Nationaler Befreiungsfront und bürgerlich- nationalen Widerstandskräften in Albanien während des Zweiten Weltkrieges

Ich möchte mit der albanischen Thematik dazu beitragen, die europäische Dimension der Volksfront, von der Klaus Kinner gesprochen hat, ein wenig zu konkretisieren. In den Lehrprogrammen für Geschichtsstudenten vergangener Generationen galt Albanien als das Beispiel für eine umfassende antifaschistische Volksfrontbewegung und den erfolgreichen Kampf der kommunistisch geführten Partisanen und Freischärler gegen die italienische und deutsche Besetzung des Landes während des Zweiten Weltkrieges. Doch ist der albanische Widerstand, der zusammen mit dem anderer Völker zu den bedeutendsten Ereignissen des 20. Jahrhunderts zählte, im öffentlichen Bewusstsein bei uns kaum präsent.

Tatsächlich war im September 1942 im mittelalbanischen Peza auf Initiative der KPA (Partia Komuniste Shqiptare, PKSh) in Übereinstimmung mit den Orientierungen der Komintern der Fronti Nacional-Çlirimtar (FNÇ), die antifaschistische Nationale Befreiungsfront, gegen die faschistische Fremdherrschaft entstanden, die über eine große Akzeptanz, vor allem bei den unteren Schichten des Volkes verfügte. Von der Nationalen Befreiungsfront waren entscheidende Impulse für den kompromisslosen Widerstand und für die Formierung einer schlagkräftigen Partisanenarmee wie für die Schaffung Nationaler Befreiungsräte und schließlich für den bewaffneten Volksaufstand als letztem Schritt des Partisanenkampfes ausgegangen. Albanien – neben Jugoslawien das einzige Balkanland – hatte sich aus eigener Kraft befreit.

Ein unvoreingenommener Blick auf die Realisierung der Volksfront-idee im antifaschistischen nationalen Befreiungskampf verdeutlicht indessen, dass der Volkswiderstand gegen die faschistische Okkupation widersprüchlich und schmerzhaft verlaufen ist. Das bezieht sich

hauptsächlich darauf, dass neben der kommunistisch geführten Befreiungsbewegung im Lande auch ein antikommunistisch ausgerichtetes Widerstandspotential vorhanden war. Nicht alle national gesinnten Kräfte - das betraf begüterte konservative Kreise der Gesellschaft - waren bereit, die von den Kommunisten initiierte und geführte Nationale Befreiungsfront anzuerkennen oder sich gar unterzuordnen. Im Ergebnis entstand im Spätherbst 1942 neben dem Fronti Nacional-Çlirimtar die republikanisch und antikommunistisch orientierte Organisation Balli Kombëtar (Nationale Front) und im Jahr darauf, im November 1943, die monarchistische Organisation Legaliteti (Legalität).

Von der dominierenden sozialistischen Geschichtsschreibung wurden in der Vergangenheit die konkreten historischen Umstände für die Entstehung der bürgerlich-nationalen Organisationen und deren widerstreitende Interessen zur Nationalen Befreiungsfront kaum hinterfragt. Dagegen wurde ein sehr einseitiges Bild verbreitet: der Anteil der KPA wurde ideologisch motiviert überhöht und die außerhalb des kommunistisch geführten Widerstandes agierenden Kräfte mehr oder weniger ausgeblendet - ja sogar des »Verrates« bezichtigt.¹ Oft, viel zu oft wurde anstelle von Balli Kombëtar (Nationale Front) der Begriff Balli Tradhëtar (Verräterfront) verwendet.

Bald nach den politischen Veränderungen zu Beginn der 90er Jahre setzten in Albanien Bestrebungen ein, das Thema zu enttabuisieren und das Geschichtsbild zu korrigieren.

Jedoch noch heute fällt die Beurteilung jener Entwicklungen sehr kontrovers aus; die Quellen sind nach wie vor lückenhaft und die Erinnerungen von Zeitzeugen mitunter stark politisch belastet. So notwendig und berechtigt es ist, die Auseinandersetzung mit Einseitigkeiten und Heldenkult um die Person Enver Hoxhas, des politischen und militärischen Führers der PKSh, zu führen, um Verzerrungen in den Zeit- und Geschichtsbildern zu überwinden, mangelt es daran, ein sachliches Verhältnis zu PKSh und FNÇ zu entwickeln. Die Methoden bei Neudeutungen und Umwertungen sind so oberflächlich wie einseitig, und es ist nicht zu übersehen, dass das Volksfrontkon-

¹ Siehe *Historia e luftës antifashiste. Vëllim i parë (prill 1939-dhjetor 1942)*. Tirana 1984. S. 318.

zept wie der kommunistische Widerstand generell »entsorgt« werden sollen.²

Wie gestaltete sich das Verhältnis der verschiedenen Richtungen unter dem Blickwinkel der Umsetzung der Volksfront? Dazu sei mir ein knapper Rückgriff auf die Entstehung des FNÇ und von Balli Kombëtar erlaubt.

Die Errichtung des faschistischen Okkupationsregimes im April 1939 und die Ausrufung des Ausnahmezustandes, die wirtschaftliche Ausplünderung und politische Entmündigung- Verbot von Streiks, Demonstrationen und Versammlungen- sowie der Ausbau Albaniens als Brückenkopf für weitere militärische Unternehmungen Italiens auf dem Balkan bedrohten die Lebensinteressen der überwiegenden Mehrheit des Volkes. Dennoch war die Reaktion der verschiedenen sozialen Kräfte und Gruppen auf die faschistische Besetzung nicht einheitlich. Sie wurzelte in der Sozialstruktur, die durch den Gegensatz einer reichen Grund besitzenden Oberschicht und der breiten Schicht armer Kleinbauern oder Landloser gekennzeichnet war. Die Bandbreite reichte entsprechend der unterschiedlichen Motive und Interessen von Resignation über Duldung und Kollaboration bis zu Aktivitäten im Untergrund und offenem Widerstand.

Die sich aus feudalen Grundeigentümern und Gutsbesitzern rekrutierende Führungsschicht stellte sich- im günstigsten Falle- auf den Okkupanten ein. Nicht wenige von ihnen zogen das »Schwarzhemd« an und traten direkt in die Dienste der Besatzungsmacht. Aber nicht alle Vertreter der »alten Eliten« ließen sich auf eine Zusammenarbeit mit dem Eroberer ein; sie verhielten sich allerdings abwartend und es überwog die Auffassung, dass man sich zurückhalten und bereit stehen müsse, bis das Signal zum Kampf gegeben würde. Diese so genannten Nationalisten, darunter angesehene Persönlichkeiten, Opponenten des Monarchen, ehemalige Minister, Schriftsteller, galten zumindest als Hoffnungsträger eines eigenständigen Widerstandes.

Nur ein kleiner Teil der albanischen Gesellschaft, namentlich demokratisch gesinnte Intellektuelle und revolutionäre Kräfte, die aus bäuerlichen und kleinbürgerlichen Verhältnissen sowie aus der ent-

2 Siehe Mbledhja Kombëtare e Mukjes dhe rrjedhojat e saj. In: Rilindja Demokratike. Tirana. 3. August und 4. August 1993. – Mukja-Ndergjegje e renduar e kombit. In: Balli i Kombit. Tirana. 5. August 1993.

stehenden Arbeiterschaft hervorgingen, waren bereit, den ungleichen Kampf gegen die Okkupationsmacht aufzunehmen und zu organisieren. Das waren neben Kommunisten auch andere patriotische Kräfte, beispielsweise Anhänger des geflohenen Königs oder in der Tradition der Unabhängigkeitsbewegung gegen die türkische Herrschaft und für die Verteidigung der territorialen Integrität Albaniens am Ende des Ersten Weltkrieges fest verwurzelte Patrioten. Sie bildeten schon bald erste bewaffnete Gruppen. Wenngleich die im November 1941 gegründete KPA zahlenmäßig schwach war und über keine Traditionen verfügte, bildete sie durchaus ein Moment der nationalen Integration im Rahmen der Nationalen Befreiungsfront. Die PKSh orientierte darauf, durch bewaffneten Widerstand das Land zu befreien, die nationale Unabhängigkeit wieder herzustellen und eine demokratische Volksregierung in einem freien Albanien mit einem Gesellschaftssystem, das auf sozialer Gleichheit fußte, zu schaffen.⁵ Das entsprach auch durchaus den Vorstellungen nichtkommunistischer Kräfte und antifaschistisch eingestellter junger Menschen, die stark emotional geprägt und auf spontane Weise nach einem Ausweg suchten.

Vor allem wandten sich die albanischen Kommunisten über den FNÇ an die in nationalen Traditionen stark verbundene bäuerliche Bevölkerung- an die arme und unterdrückte bäuerliche Mehrheit- und konnten diese schrittweise davon überzeugen, dass sie durch aktiven Widerstand der nationalen Erniedrigung ein Ende setzen und ihre halbfeudale Abhängigkeit endgültig überwinden kann. Mit den auf nationale Befreiung und soziale Veränderungen zielenden Losungen wurde deren antifaschistisches und revolutionäres Potential aufgenommen, und es konnten viele nationale wie patriotische Kräfte in die Nationale Befreiungsfront einbezogen werden.⁴

Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu der gestern geführten Diskussion über das Wesen der Volksfront und zur Rolle der Kommunisten machen. Die albanische Nationale Befreiungsfront beinhaltete konkreten Antifaschismus, der zuallererst am aktiven Widerstand gegen den faschistischen Eroberer gemessen wurde. Doch beschränkte sie sich nicht darauf, vielmehr wurde dieser weiter

3 Siehe Dokumenta kryesore të PPSH. Vëllim I (1941-1948). Tirana 1960. S. 22ff.

4 Siehe Arkivi Qendror Shtetëror (Tirana). F. 40. dos. 2. S. 11-13.

geführt. Hier kann nicht von Zugeständnissen seitens der KPA gesprochen werden – wobei sich die Situation gegenüber der in den dreißiger Jahren natürlich unterschied. Es war auch weniger auf die besondere »Reife« der KP- Führung zurückzuführen, sondern ergab sich aus den spezifischen Bedingungen, die durch die faschistische Okkupation einerseits und die kaum oder wenig ausgeprägte Klassenstruktur andererseits geprägt waren. Dabei kam der PKSh die aufgrund der sozialökonomischen Rückständigkeit sowie der undifferenzierten gesellschaftlichen Strukturen – beispielsweise fehlender reformistischer Strömungen – vorhandene Aufnahmebereitschaft für revolutionäres Gedankengut bei den armen Bevölkerungsschichten entgegen.

Jedenfalls fand der FNÇ rasch Unterstützung im Land; seinem Generalrat gehörten neben den Kommunisten Enver Hoxha, Ymer Dishnica und Mustafa Gjinishi Repräsentanten anderer nationaler Gruppierungen an, und zwar mehrheitlich: Abaz Kupa, Ndoc Çoba, Myslim Peza und Kamber Qafmolla. Der bewaffnete Widerstand wuchs an und erhielt eine organisierte Basis. Bis Ende 1942 gelang es den kommunistischen Freischärlern und Partisanen, den italienischen Besatzungstruppen und den kollaborierenden albanischen Polizeikräften empfindliche Verluste zuzufügen. In Mittel- und Südalbanien konnten viele Ortschaften und ganze Landstriche befreit werden. Gestärkt wurde die Nationale Befreiungsfront in ihrem konsequenten Vorgehen durch die im Dezember 1942 von Seiten der USA, Großbritanniens und der UdSSR abgegebenen Erklärungen zur Anerkennung der Unabhängigkeit des albanischen Staates.

Im Unterschied zum FNÇ verhielten sich die führenden Kreise von Balli Kombëtar passiv und wollten die eigenen Kräfte nicht vorzeitig verschleifen. Vielmehr verblieb man – die Entwicklung argwöhnisch beobachtend – außerhalb der Nationalen Befreiungsfront. Diese wurde lediglich als nationales »Mäntelchen« für die KPA betrachtet und ein Zusammengehen abgelehnt, obwohl vom Generalrat verschiedentlich Angebote dazu unterbreitet wurden.

In Organisation und Diktion orientierte sich Balli Kombëtar an westlichen republikanisch- demokratischen Vorbildern. Nicht zu übersehen war eine Anlehnung an Traditionen demokratischer Bauernorganisationen in Nachbarländern (Bulgarien, Kroatien), worauf in einer

späteren Selbstdarstellung verwiesen wurde⁵. Allerdings handelte es sich nicht um eine politische Bauernpartei.

Die bei der Gründung verkündeten »Zehn Grundsätze«⁶ zielten auf den Kampf gegen den Eroberer und die Verteidigung der Rechte des albanischen Volkes ab. Sie orientierten auf die Schaffung eines demokratischen, freien und ethnischen Albaniens auf moderner gesellschaftlicher Grundlage. Balli Kombëtar konnte sich schon bald – nicht zuletzt dank des persönlichen Einflusses, den seine führenden Vertreter besaßen (Mid'hat Frashëri: Sohn des Rilindja-Repräsentanten Abdyl Frashëri; Mitbegründer der Unabhängigkeit 1912; bekannter Literat und Gegner des Monarchen Zogu) – als nationalistische Organisation neben dem kommunistisch geführten FNÇ etablieren, wenngleich ihm ein vergleichbarer Zulauf wie der Befreiungsfront versagt blieb. Der FNÇ bildete zwar auch kein Parteienbündnis wie die Volks- resp. Befreiungsfronten in anderen Ländern, er besaß jedoch durch die PKSh festere organisatorische Strukturen. Damit konnte die Befreiungsfront gestützt auf die Organisationsprinzipien der KP und mit den jungen unverbrauchten Partisanenkämpfern in kurzer Zeit ihren Einfluss stärken und den bewaffneten Kampf ausweiten. Auf diesen militärischen Aspekt kann hier jedoch nicht weiter eingegangen werden.

Das Verhältnis zwischen Nationaler Befreiungsfront und Nationaler Front gestaltete sich auf der Grundlage »wir« und »sie«- Parteigänger des FNÇ und Anhänger des Balli Kombëtar. Beide artikulierten ihre Absichten und Ziele im Kampf gegen den Okkupanten unabhängig voneinander und als Rivalen. Um das Wesen der Beziehungen zu erfassen, muss auf die politische Heterogenität und innere Widersprüchlichkeit des Balli Kombëtar aufmerksam gemacht werden. Zu dessen Mitgliedern und Sympathisanten gehörten Menschen, die sich von patriotischen Gefühlen leiten ließen. Es gab viele, die sich in bewaffneten Gruppen zusammenfanden, die ebenso wie die Partisanen den Feind zu bekämpfen suchten. Balli-Kommandeure (Hysni Lepenica, Sali Butka, Abas Ermenji) waren genauso bekannt wie Partisanenführer (Myslim Peza, Haxhi Lleshi, Vojo Kushi). Ihr praktisches Handeln blieb indessen infolge einer unentschlossenen und wider-

5 Siehe Flamuri. »The Flag«. Organ of the Albanian Agrarian Democratic Party »Balli Kombëtar«. Nr. 141. 144. V. XIII-(XVI). 28.II.1964.

6 Siehe Arkivi Qendror Shtetëror (Tirana). F. 270. dos. 21. S. 1f.

sprüchlichen Politik der Balli-Führung begrenzt. Für diese stellten der FNÇ und die kommunistisch geführten Partisanen – zumindest zeitweise – eine größere Gefahr dar als die von der Okkupation ausgehende. Darin bestanden durchaus Ähnlichkeiten mit bürgerlich-nationalen Organisationen wie dem EDES (Griechischer Nationaldemokratischer Verband) oder den serbischen Cetniks von Draža Mihajlovic.

Im Generalrat des FNÇ bildeten solche antikommunistischen Vorbehalte die Grundlage für die Bewertung von Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit. Enver Hoxha stimmte generell den Direktiven der Komintern für den antifaschistischen Widerstandskampf zu, die im Dezember 1942 bei der KPA eingetroffen waren und die vorsahen, möglichst viele Nationalisten und Patrioten für den Befreiungskampf zu gewinnen.⁷ Hinsichtlich der praktischen Konsequenzen, an deren Vorstellungen und Motiven anzuknüpfen, tat man sich schwer; es wurden nur zwischen bewaffneten Formationen stellenweise Koordinierungs-Kommissionen gebildet. Vielmehr wurde ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Nationalisten und »ehrlichen« Nationalisten, d. h. denen, die mit dem FNÇ zusammen gingen, konstruiert. Hoxha vermutete unter den Führungskräften des Balli Kombëtar vorrangig »Pseudopatrioten« und reaktionäre Elemente, die man demaskieren müsse und denen man keine Zugeständnisse machen dürfe: »Wenn sie uns aber Steine in den Weg legen, dann werden wir nicht ihre Knie küssen, sondern ihnen aufs Haupt schlagen«, schrieb er in einem Brief an das Bezirkskomitee der KPA in Korça.⁸

Erst als sich mit der Kapitulation Italiens im Juli 1943 die Kriegssituation zugunsten der Nationalen Befreiungsfront veränderte, andererseits gemeinsames Handeln aller antifaschistischen Kräfte dringender denn je geboten war, um den Krieg so schnell wie möglich zu beenden und weitere Opfer zu vermeiden, vermochten sich in der FNÇ-Führung Kräfte durchzusetzen (Ymer Dishnica, Mustafa Gjinishi, Sejfulla Malëshova), die weniger parteipolitischen Zwängen unterworfen waren. So kam es am 1. und 2. August 1943 in Mukje zu einer Zusammenkunft beider Organisationen auf Führungsebene. Diesem Treffen kommt nach der erwähnten Peza-Konferenz vom September

7 Siehe Enver Hoxha: Die Direktiven der Kommunistischen Internationale und der Nationale Befreiungskampf. In: Werke. Bd. I. Dortmund. o. J. S. 77ff.

8 Ebenda. S. 76.

1942 eine außerordentliche Bedeutung nicht nur für das Verhältnis von FNÇ und Balli Kombëtar, sondern auch für den weiteren Verlauf des antifaschistischen Widerstandskampfes zu.

Über die zentrale Frage – die Organisation und Ausweitung des bewaffneten Kampfes gegen den Eroberer – konnten sich die Vertreter ohne große Probleme verständigen. Das war zweifellos der wichtigste Beschluss für eine wirksame Allianz. Um dafür eine tragfähige Grundlage zu schaffen und auszubauen, erklärten sich die Verhandlungsführer des FNÇ auch zu Zugeständnissen an Balli Kombëtar bereit. Diese betrafen vor allem die Vorstellung von einem »ethnischen Albanien« und die Bildung eines »Komitees zur Rettung Albanien«, die von den Balli-Repräsentanten auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Ersteres beinhaltete, die albanisch besiedelten Gebiete, die 1912/13 durch die Großmächte vom albanischen Staat losgetrennt und Nachbarländern angegliedert worden waren, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes mit dem Mutterland zu vereinigen. Das Komitee sollte paritätisch aus je sechs Vertretern von Balli Kombëtar und Fronti Nacional-Çlirimtar bestehen und bis zur Wahl einer Regierung nach der Vertreibung der Besatzungstruppen den Widerstandskampf führen. Der Kompromissbereitschaft der Delegation der Nationalen Befreiungsfront lag zugrunde, wie Ymer Dishnica noch fünfzig Jahre später betonte, in Übereinstimmung mit der Volksfrontidee ein tatsächlich umfassendes Bündnis, eine »besëlidhje« (Treibund) wie er es nannte, aller Albaner gegen die faschistische Okkupation und für die Befreiung des Landes zu erreichen.⁹

Diese Überlegungen wurden vom Zentralkomitee der KPA und danach vom Generalrat des FNÇ strikt abgelehnt, weil sie wie Hoxha in einem Brief an Dishnica formulierte, das Anliegen der Nationalen Befreiungsfront aus den Augen verloren hätten.¹⁰ In seiner Diktion beinhaltete dieses »Anliegen«, dass Balli Kombëtar sich bereit erklärte, in den FNÇ einzutreten und in den Nationalen Befreiungsräten sowie im Generalstab der Befreiungsarmee mitzuarbeiten, d. h. eigene Positionen aufzugeben. Bei dieser Haltung sind zwei Momente in Betracht zu ziehen: Zum einen war dies das reale Kräfteverhältnis zwischen den Widerstandsorganisationen und die Überzeugung

9 Ymer Dishnica: Dëshmoj për mbledhjen e Mukjes. In: Studime Historike. (Tirana). 1992. Nr. 1–4. S. 156.

10 Siehe Arkivi Qendror Shtetëror. (Tirana). F. 14. dos. 21. S. 18ff.

Hoxhas von der eigenen Stärke. Der FNÇ stützte sich auf eine Nationale Befreiungsarmee, die auf 10.000 Kämpfer angewachsen war und erst vor kurzem ihren Generalstab sowie erste Partisanenstoßbrigaden gebildet hatte. Die Partisanen führten einen erfolgreichen Widerstandskampf und wurden von der Bevölkerung anerkannt und unterstützt. Balli Kombëtar hatte dagegen, was seine Akzeptanz betrifft, ziemliche Schwierigkeiten. Andererseits war der Vorschlag für ein Komitee zur Rettung Albaniens nicht unproblematisch. Wie gesagt, sollten dem Komitee je sechs Vertreter des FNÇ und von Balli Kombëtar angehören. Von den sechs des FNÇ gehörten nur zwei, höchstens drei der KPA an, die restlichen drei oder vier vertraten andere nationale Strömungen innerhalb des Generalrates der Nationalen Befreiung. Im Ergebnis wäre die PKSh im Zwölferkomitee in der Minderheit geblieben, und es hätte die Gefahr entstehen können, das Erreichte zu verlieren. Darauf wollte sich Enver Hoxha nicht einlassen.¹¹

Auf diese Weise wurde die Vereinbarung, noch bevor sie in Kraft treten konnte, gebrochen.

Mukje hätte die Möglichkeit eröffnen können, aus der Konfrontation, die zumindest auf der Führungsebene der beiden Organisationen bestand, herauszukommen und zur Zusammenarbeit zu gelangen. Das wäre im Interesse aller Beteiligten gewesen und hätte den Widerstandskampf befördert. Allerdings konnten die Verantwortlichen, namentlich der KPA, nicht über ihren Schatten springen. Die Chancen, die aus den konkreten Bedingungen heraus entstanden waren, wurden nicht genutzt, ja sogar vertan. Es obsiegt Misstrauen, Neid und kleinliche Furcht, jeder gemeinsame Erfolg schwäche die eigene Ausgangsposition. Vor diesem Hintergrund kam es nach der Errichtung eines neuen Okkupationsregimes durch die deutsche Wehrmacht im Herbst 1943 kaum zu einem Zusammengehen, vielmehr prägten zunehmend Argwohn und persönliche Ressentiments das Verhältnis, was bis zur offenen Feindschaft führte. Das schloss auch die neu entstandene monarchistische Organisation Legaliteti ein, auf die ich aus Zeitgründen nicht näher eingehen kann.

Stellt man die Frage, warum bürgerlich-nationale Kreise argwöhnten, dass die Kommunisten nicht für die Befreiung, sondern »nur« für

¹¹ Siehe Gjeral Gjeçovi: Mukja dhe dilemat e saj. In: Studime Historike. (Tirana). 1998. Nr. 1-2. S. 86.

den Kommunismus kämpfen¹² und andererseits von kommunistischer Seite Balli Kombëtar resp. Legaliteti insgesamt der Kollaboration und des Verrates bezichtigt wurden¹³, stößt man auf verschiedene Gründe. Ich möchte auf die folgenden hinweisen:

1. Wesentlich war, dass die Widerstandskräfte die Auseinandersetzung mit dem Eroberer mit unterschiedlichen politisch-konzeptionellen Vorstellungen führten. Die KPA und der FNÇ setzten entsprechend ihrem Konzept auf die dem Antifaschismus innewohnenden gesellschaftsverändernden Perspektiven und darauf, durch bewaffneten Kampf auch die tieferen Ursachen für Faschismus, Krieg und Besetzung zu beseitigen, indem gesellschaftspolitische Veränderungen durchgesetzt werden sollten. Ich greife hier einen Gedanken auf, den Günter Benser im Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung dargelegt hat.¹⁴ Je näher die Vertreibung der faschistischen Eindringlinge heranrückte, desto klarer wurden die entsprechenden Aussagen. Ich zitiere diesbezüglich aus einem des ZK der KPA vom Oktober 1943: »An erster Stelle steht die Frage der Macht, das bedeutet, überall Nationale Befreiungsräte zu schaffen, sie zu festigen und sie gegen jegliche Versuche von Balli oder irgendeiner anderen Partei, die sie zu sabotieren oder zu bekämpfen versucht, zu verteidigen.«¹⁵

Für Balli Kombëtar stellte sich die Frage nach der Macht naturgemäß unter anderen Vorzeichen. Die konservativen Führungskräfte verfolgten durchaus eigene Ambitionen, ohne gesellschaftliche Veränderungen anzustreben. Dass Divergenzen und Widersprüche zwischen den verschiedenen antifaschistischen Gruppierungen austraten, war keine albanische Besonderheit. Sie erwachsen daraus, dass sich die Partner zuerst als Antibewegung gegen die faschistische Okkupation verstanden und sich nicht über ein gemeinsames weitergehendes Ziel

12 Siehe Abas Ermenji: Vendi që zë Skënderbeu në historinë e Shqipërisë. Tirana 1996. S. 483.

13 Siehe Historia e luftës antifashiste. Vëllim i tretë (shtator 43- maj 44). Tirana 1988. S. 105f.

14 Siehe Günter Benser: Antifaschistische Erneuerung nach 1945. Chancen-Realitäten-Probleme. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 2005 (II Mai). S. 9.

15 Dokumenta kryesore të PPSH. Vëllim I.(1941-1948). Tirana 1960. S. 23.

definierten.¹⁶ In der propagandistischen Auseinandersetzung suchte die Nationale Front eigene Bestrebungen mit überparteilichen nationalen Interessen zu bemänteln, während dem FNÇ unterstellt wurde, nicht den Widerstand gegen den Okkupanten, sondern den Kampf um die Macht im Sinn zu haben. Liest man Materialien, beispielsweise Rundschreiben der Balli-Führung aus jener Zeit, so wird deutlich, dass teilweise geradezu ein Wettlauf mit den Partisanen geführt wurde, um in befreiten Gebieten Machtpositionen zu erhalten.¹⁷ Eine sachliche, gleichberechtigte Diskussion über diese tief greifenden Differenzen kam nicht zustande.

2. Neben dem unterschiedlichen Konzept zur Nachkriegsordnung stellte, wie bereits angeführt, die nationale Problematik einen weiteren Interessenkonflikt dar. Der Streit entzündete sich daran, wie man sich zu der im Zuge der faschistischen Neuordnung des Balkans von den Achsenmächten vollzogenen Angliederung Kosovos und weiterer von Albanern bewohnter Gebiete Makedoniens an das Mutterland verhalten sollte. Die Vorstellungen bei Balli Kombëtar liefen darauf hinaus, die durch den Anschluss erreichte »nationale Einheit« nicht zu gefährden. Damit war nicht nur die beschriebene abwartende Position, sondern im weiteren Verlauf ein nicht zu übersehendes Zusammengehen mit den fremden Besatzungsorganen verbunden. Ein solches – im Grunde genommen – nationalistisches Konzept des Widerstandes musste früher oder später in Gegensatz zu dem vom FNÇ vertretenen internationalistischen Konzept geraten, wonach die Vertreibung des Eroberers im engen Zusammenwirken der Balkanvölker, insbesondere mit der jugoslawischen Befreiungsbewegung, erfolgen sollte. Verschiedene Versuche, wie der von Ymer Dishnica oder von Koço Tashko, durch ein elastisches Vorgehen in dieser diffizilen Frage Möglichkeiten für eine Annäherung und ein Zusammengehen zu erschließen, brachten keinen Erfolg.

3. Nicht zuletzt sind für das Nichtzustandekommen einer gemeinsamen Front starke Vorbehalte in der KP-Führung, speziell bei Enver Hoxha, gegenüber den bürgerlichen Widerstandskräften zu nennen. Der von Hoxha maßgeblich bestimmten Politik lag die Auffassung zugrunde: Wenn der Partner nicht mit der eigenen Position überein-

16 Siehe Günter Benser: Antifaschistische Erneuerung nach 1945. S. 5.

17 Siehe Arkivi Qendror Shtetëror (Tirana). F. 556. dos. 3. S. 1.

stimmt, gibt es keine Gemeinsamkeit. In der spezifischen albanischen Variante hieß das: Entweder mit uns oder gegen uns!¹⁸ Das bedeutete letztlich, dass der antifaschistische Grundkonsens, im Widerstand nicht danach zu fragen, wo der andere politisch steht, sondern auch mit Gegnern des Faschismus zusammenzuarbeiten, die mit der eigenen Überzeugung nicht übereinstimmen, beschädigt wurde. Bei einer Wertung darf indessen nicht vergessen werden, dass es sich um einen wirklichen Kampf handelte, in dem es auch um Leben und Tod ging.

Bilanziert man das Verhältnis von Nationaler Befreiungsfront und bürgerlich-nationalen Widerstandskräften bleibt festzuhalten, dass die Volksfrontidee durch das Beharren auf Alleinvertretungsanspruch nicht konsequent umgesetzt wurde. In Abhängigkeit von den unterschiedlichen Zielen und Absichten gestaltete sich der praktische Widerstand quantitativ und qualitativ sehr unterschiedlich. Es ist nicht zu übersehen, dass das vorhandene Potential aufgrund einer fehlenden Kompromissbereitschaft sowohl in der von der KPA geführten Nationalen Befreiungsfront als auch im bürgerlich-nationalen Lager nicht voll ausgeschöpft werden konnte. Die Folge war: Eine Schwächung der inneren Front und zusätzliche Opfer durch die stellenweise erfolgte direkte Konfrontation zwischen Partisanen des FNÇ und Kämpfern von Balli Kombëtar sowie des Legaliteti, in deren Ergebnis eine tiefe Spaltung der Gesellschaft mit all den negativen Folgen weit über die Nachkriegszeit hinaus erfolgte.

18 Siehe Ndreçi Plasari: Çështje të luftës çlirimtare antifashiste në materialet e Plenumit të 2-të të KQ të PKSh të Beratit. In: Studime Historike. (Tirana). 1994. Nr. 1-4. S. 124.

HANS COPPI

Volksfront in Aktion? Die Widerstandskreise um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen

Den Berliner Widerstandskreisen um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen, eine der größten deutschen Widerstandsgruppierungen in den ersten Kriegsjahren, gehörten über 120 Menschen an: Intellektuelle, Künstler, Arbeiter, Angestellte, Studenten, Unternehmer, Ärzte, Soldaten, Offiziere, Marxisten, und Christen. Über ein Viertel waren Kommunisten, nur wenige Sozialdemokraten, weit über ein Drittel Frauen. Aus freundschaftlichen Bindungen entstanden Widerstandskreise, die sich in den Jahren 1940 bis 1942 durch persönliche Kontakte überschnitten und gegenseitig beeinflussten.

Neben der Diskussion politischer, philosophischer und künstlerischer Fragen halfen die Hitler-Gegner politisch und jüdisch Verfolgten, dokumentierten NS-Gewaltverbrechen, riefen in Flugschriften zu aktivem und passivem Widerstand auf und verbreiteten Klebezettel gegen die antisowjetische Propagandaausstellung »Das Sowjetparadies«. Es bestanden Kontakte zu Widerstandsgruppen in Berlin und Hamburg, zu Zwangsarbeitern und Vertretern der amerikanischen und sowjetischen Botschaft in Berlin. Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen warnten vor dem Einfall deutscher Truppen in die Sowjetunion und versuchten 1941/42, kriegswichtige Informationen an Vertreter des sowjetischen und des englischen Nachrichtendienstes zu übermitteln.

Im August 1942 entschlüsselte die Dechiffrierabteilung des Oberkommandos des Heeres einen Funkspruch aus Moskau an den Agenten »Kent« in Brüssel, mit der Aufforderung nach Berlin zu reisen. Darin waren die Adressen von Adam Kuckhoff und Harro Schulze-Boysen angegeben.¹ Die Gestapo bildete daraufhin eine Sonderkom-

1 Vgl. Boris Chawkin / Hans Coppi / Jurij Zorja: Russische Quellen zur Roten Kapelle. In: Hans Coppi / Jürgen Danyel / Johannes Tuchel (Hrsg.): Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994. S. 138.

mission und verhaftete von Ende August bis Mitte Oktober 1942 weit über 130 Beteiligte und Unbeteiligte und informierte die NS-Führung laufend über die »Rote Kapelle«, einem ursprünglich von der Funkabwehr in Belgien geschaffenen und dann von der Gestapo übernommenen Fahndungsnamen für Funkverbindungen und Kontakte in die Sowjetunion. Obwohl außer dem einmaligen Besuch von »Kent« in Berlin keine Beziehungen nach Belgien bestanden, ordnete die Gestapo die Berliner Widerstandskreise den Gruppen des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes in Westeuropa zu. Aus den unterschiedlichen Berliner Widerstandskreisen mit ihren breit gefächerten Aktivitäten gegen das NS-Regime entstand in der Perspektive der Verfolger ein vom sowjetischen militärischen Nachrichtendienst gesteuertes Agentennetz mit internationaler Verknüpfung. Bis März 1943 wurden 92 Menschen vor dem Reichskriegsgericht und dem Volksgerechtigthof angeklagt, 50 von ihnen von zum Tode verurteilt, darunter 20 Frauen.

In Kontinuität zu den Deutungsmustern der Gestapo und des Reichskriegsgerichtes geriet die Rote Kapelle in der westlichen Nachkriegsgeschichtsschreibung zu einer im Dienst einer feindlichen Macht tätigen kommunistischen Spionage- und Agentenorganisation.² Diese Sicht bestimmte wesentlich in der Bundesrepublik die Auseinandersetzungen zu den Widerstandskreisen um Harnack und Schulze-Boyssen und ihre damit einhergehende Ausgrenzung aus dem deutschen Widerstand.

2 Für den Historiker Gerhard Ritter steht die Berliner Widerstandsgruppierung »ganz eindeutig im Dienst des feindlichen Auslandes. Wer dazu imstande ist, mitten im Kampf um Leben und Tod, hat sich von der Sache seines Vaterlandes losgelöst, er ist Landesverräter – nicht nur dem Buchstaben des Gesetzes nach.« Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954. S.109, ferner: Heinz Höhne: Kennwort: Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle. Frankfurt am Main 1970. Zur Rezeptionsgeschichte siehe Hans Coppi / Jürgen Danyel: Abschied von Feindbildern. Zum Umgang mit der Geschichte der »Roten Kapelle«. In: Kurt Schilde (Hrsg.): Eva Maria Buch und die »Rote Kapelle«. Erinnerungen an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1993.

DDR-Sicht auf die Rote Kapelle

Die Geschichtsschreibung der SED nahm sich erst Mitte der sechziger Jahre der im Westen in zahlreichen Publikationen überwiegend geschmähten Widerstandsgruppe an. Aus den seit 1940/41 locker mit einander verbundenen Berliner Freundes- und Widerstandskreisen entstand im Band 5 der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« eine der größten antifaschistischen Widerstandsorganisationen mit einer zentralen Berliner Leitung und einer weit verzweigten Organisation mit Stützpunkten in vielen Orten Deutschlands und mit Verbindungen nach Frankreich, Griechenland, den Niederlanden, Österreich, in die Schweiz und in die Sowjetunion.³

Quellenangaben oder weitergehende Untersuchungen belegten diese mit einer enormen Überdehnung des Organisationsgrades einhergehende Neueinschätzung der zuvor eher bescheiden als Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe bezeichneten Widerstandsgruppierung nicht.⁴

Die Tatsache, dass sich unter den Mitgliedern der Widerstandsgruppierung auch frühere KPD-Funktionäre und Journalisten befanden, galt nunmehr als Beleg für die politische Führung durch die KPD. Zum anderen wurde die heterogene soziale Zusammensetzung zu einem überzeugenden Beispiel für die Umsetzung der Generallinie der KPD: »Im Sinne der Herstellung einer Volksfront aller Hitlergegner dehnte die Schulze-Boysen-Harnack-Organisation ihren politischen Einfluss Schritt für Schritt aus und wurde eine der größten Widerstandsorganisation in den ersten Jahren des 2. Weltkrieges. Das war eine folgerichtige Entwicklung der Beschlüsse der Berner und Brüsseler Parteikonferenz der KPD auf die neuen Kampfbedingungen während des Krieges.«⁵ Die heterogenen Widerstandskreise handel-

3 Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.): Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Band 5: Von Januar 1933 bis Mai 1945. Berlin 1966, S. 280ff., 310ff.

4 Vgl. Klaus Lehmann: Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack. Männer und Frauen des illegalen antifaschistischen Kampfes. Berlin 1948. Auf diese erste Untersuchung der VVN-Forschungsgruppe bezog sich auch weitgehend Walter A. Schmidt: Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk des deutschen Widerstands. Berlin 1958.

5 Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Band 5. S. 282.

ten nunmehr als »antifaschistische Volksfrontorganisation«⁶ entsprechend den Weisungen des Zentralkomitees der KPD.⁷

Damit wurde der Mythos eines zentral organisierten und effektiv durch die emigrierte Führung der KPD in Moskau geleiteten Widerstands in Deutschlands gestützt. Diese Interpretation war jedoch von der komplizierten Situation des kommunistischen Widerstands in Deutschland nach der Zerschlagung seiner organisatorischen Basis Mitte der dreißiger Jahre durch die Gestapo weit entfernt.

Greta Kuckhoff hatte im Herbst 1940 Arvid Harnack erneut mit Harro Schulze-Boysen zusammen gebracht. Aufgrund ihrer Kenntnis aus der illegalen Arbeit wandte sie sich Ende der sechziger Jahre an das Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED, das diese Neubewertung vorgenommen hatte und versicherte, dass sie in der illegalen Arbeit von der Führung durch die KPD nichts bemerkt hätte. Bis kurz vor der Verhaftung habe sich ihr Mann, der Schriftsteller Adam Kuckhoff, vergeblich um einen Kontakt zu KPD-Leitungsgremien bemüht. Von einer Anleitung durch die Moskauer Führung oder einer Berliner Leitung der KPD könne keine Rede sein. Nach der Befreiung habe niemand in der KPD-Führung die Namen Harnack, Schulze-Boysen und Kuckhoff gekannt. Man sei davon ausgegangen, dass es sich bei den Verhafteten um Personen gehandelt habe, die den Kreisen des »20. Juli« nahe gestanden hätten.⁸ Greta Kuckhoffs Einwände führten jedoch zu keiner realitätsnahen Bewertung der Widerstandsgruppe.

Greta Kuckhoffs Bedenken fand ich Anfang der neunziger Jahre im Dimitroff-Fonds des Archivs der Komintern bestätigt. Nur Georg Lucács konnte sich an Arvid Harnacks Tätigkeit im 1932 gegründeten Bund der Geistesarbeiter erinnern.⁹

6 Karl-Heinz Biernat: Zum Kampf der Schulze-Boysen-Harnack-Organisation. In: Einheit. Heft 6/1970. S. 765.

7 Vgl. Karl-Heinz Biernat / Luise Kraushaar, Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf. Berlin 1970. S. 10.

8 Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Sammlung Rote Kapelle (im weiteren GDW. Sammlung Rote Kapelle). Nachlass Greta Kuckhoff, Dr. Diehl zu beratende Probleme. O. J. [um 1970]

9 Siehe auch Boris Chawkin / Hans Coppi / Jurij Zorja: Russische Quellen zur Roten Kapelle. S. 119.

Ein Netzwerk entsteht

Über persönliche Kontakte überschritten sich sechs Freundes- und Widerstandskreise um den Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Arvid Harnack und den Referenten im Reichsluftfahrtministerium, Harro Schulze-Boysen, den Psychiater John Rittmeister, den früheren Schülern der reformpädagogischen Schulfarm Scharfenberg um meinen Vater Hans Coppi, den Redakteuren der »Roten Fahne« Wilhelm Guddorf und John Sieg sowie um den Dramaturgen und Schauspieler Wilhelm Schürmann-Horster. Daraus entstand 1941/42 ein lose geknüpftes Netzwerk zum Informationsaustausch und für erste Aktionen.

Freundschaftliche Verbindungen einzelner Hitlergegner bildeten die Schnittstellen zwischen den Freundes- und Widerstandskreisen. Eine hierarchisch aufgebaute, zentral geleitete oder sogar von außen gesteuerte Widerstandsorganisation, wie in der west-östlichen Nachkriegsgeschichtsschreibung oftmals behauptet, existierte nicht. Der in der Gruppensoziologie entwickelte Begriff des Netzwerkes¹⁰, als soziales Beziehungsgeflecht, das über die Größe einer Kleingruppe hinausgeht und nur über sporadische und thematisch eingeschränkte Interaktionsbeziehungen verfügt, erfasst eher den realen Handlungsspielraum von kooperierenden Widerstandsgruppen in den ersten Kriegsjahren. Auf die zentralen Knotenpunkte möchte ich eingehen.

Arvid Harnack

Nach einem zweijährigen Studienaufenthalt in den USA promovierte Arvid Harnack 1931 in Gießen mit Auszeichnung zur vormalistischen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Danach gründete er die »Arplan«, eine Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetischen Planwirtschaft in Berlin. Bereits 1932 versammelte sich bei Harnacks ein Schulungskreis. Einige Teilnehmer waren Schüler seiner Frau Mildred, die 1931 an der Berliner Universität und danach an einer Abendschule englische und amerikanische Literatur unterrichtete.

¹⁰ Vgl. Bernhard Schäfers: Entwicklung der Gruppensoziologie und Eigenständigkeit der Gruppe als Sozialgebilde. In: Bernhard Schäfers (Hrsg.): Einführung in die Gruppensoziologie. Wiesbaden 1999. S. 25.

Neben ökonomiegeschichtlichen Studien zu Quesnay, Smith, Ricardo, dem von Arvid sehr geschätzten deutschen Nationalökonom List, dem amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Keynes und anderen kam es in den Jahren nach 1933 zu seminaristischen Gesprächen über Marx' »Kapital« und Lenins »Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«.

Kommunikation in einer weitgehend gleichgeschalteten Gesellschaft wurde zu einem wichtigen Bindeglied in oppositionellen Gemeinschaften. Die an den Kursen Beteiligten sollten befähigt werden, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge zu erkennen. Harnack sammelte alte Bekannte um sich, die er noch aus der Arplan und dem »Bund der Geistesarbeiter« kannte, einer 1932 gegründeten Organisation für Intellektuelle aus dem vielfältigen sozialen Umfeld der KPD. Annähernd sechzig Mitarbeiter in der Ministerialbürokratie, des Wissenschaftsbetriebes und anderen Bereichen des öffentlichen oder wirtschaftlichen Lebens zählte Harnack Ende 1940 zu seinen Vertrauten. Organisatorisch wurden die Beziehungen über miteinander befreundete Personen aufrechterhalten, die in kleineren Gesprächskreisen ökonomische, soziologische und künstlerische Fragen diskutierten, aber auch Perspektiven für die Nachkriegszeit erörterten. In diesem kettenartig verbundenen Netzwerk hielt sich Harnack im Hintergrund. Er wollte das kritische Potential über informelle Diskussionsforen erhalten und zugleich die Hitlergegner vorbereiten, Schlüsselstellungen in einem demokratischen Deutschland zu übernehmen. Auch wenn Harnack fünfzehn seiner Gesinnungsfreunde als zuverlässige Kommunisten charakterisierte, hielt er sich vom organisierten kommunistischen Widerstand weitgehend fern.¹¹ Seit 1935 kooperierte der entschiedene Hitlergegner mit dem sowjetischen NKWD-Auslandsnachrichtendienst und übergab Materialien und Auskünfte aus seinem Arbeitsfeld im Wirtschaftsministerium. Einige der Warnungen über die vorbereitenden Planungen und Arbeiten zum

¹¹ Vgl. Archiv des Auslandsnachrichtendienstes Moskau. Akte Nr. 34118 (Dossier Arvid Harnack). Bd. 1. Bl. 108ff. Bericht über ein Treffen mit Arvid Harnack. o. J. [russ.]

Angriff deutscher Truppen auf die Sowjetunion stammten aus Gesprächen mit Freunden und Bekannten vom Herbst 1940 bis Mitte Juni 1941.¹²

Alexander Korotkow, Mitarbeiter der sowjetischen Botschafter und Verbindungsmann des NKWD-Auslandsnachrichtendienstes gewann in den Gesprächen mit Harnack den Eindruck, dass sich dieser nicht in der Rolle eines Agenten sah und die Vertreter des sowjetischen Nachrichtendienstes zuallererst als Vertreter eines Landes betrachtete, mit dem er sich ideell verbunden fühlte. Deshalb sah er es als seine Pflicht an, die sowjetische Seite über alles zu informieren, was ihm bekannt geworden sei.¹³

Gegenüber seinen Verwandten in den Familien Delbrück, Bonhoeffer, zu Klaus von Dohnanyi und seinem Cousin Ernst von Harnack gab er sich offensichtlich nicht als Hitler-Gegner zu erkennen. So weigerte er sich, der Bitte Ernst von Harnacks nachzukommen, Hjalmar Schacht zu fragen, ob er bei einer neuen Regierung unter Carl Goerdeler mitarbeiten könnte, um ein Friedensabkommen mit England vorzubereiten.¹⁴ Harnack scheint auch seine Kontakte zu den Sozialdemokraten Gustav Dahrendorf und Theodor Haubach nicht erneuert zu haben. Mit ihnen und auch Klaus von Dohnanyi hatte er Mitte der 1920iger Jahre im »Klub vom 3. Oktober« zusammen gearbeitet, in dem sich jüngere demokratische und sozialdemokratische Politiker für eine republikanisch-demokratische und soziale Politik eingesetzt hatten.¹⁵

Harro Schulze-Boysen

Nachdem Harnack das erste Mal 1935 mit dem Referenten aus dem

¹² Siehe Boris Chawkin / Hans Coppi / Jurij Zorja: Russische Quellen zur Roten Kapelle. S.112 ff.; ferner Lev A. Bezymenskij: Kalender der Berichte aus Berlin vom 06.09.1940 bis 16.06.1941. In: Gerd R. Ueberschär / Lev A. Bezymenskij: Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Darmstadt 1998. S. 199–212.

¹³ Siehe Archiv des Auslandsnachrichtendienstes Moskau, Bl. 112. Bericht über ein Treffen mit Harnack vom 17.1.1941 [russ.]

¹⁴ Siehe Archiv des Auslandsnachrichtendienstes Moskau, Bl. 123. Information aus Berlin vom 26.01.1941.

¹⁵ Vgl. Horst R. Sassin: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934 – 1942. Hamburg 1993.

Luftfahrtministerium Harro Schulze-Boysen zusammengetroffen war, setzte er das Gespräch nicht fort. Über Kuckhoffs erneuert sich der Kontakt im Herbst 1940. Es schlossen sich Begegnungen an, an denen auch Adam Kuckhoff teilnahm. Schulze-Boysen wurde Ende März 1941 zu einem ersten Gespräch mit Alexander Korotkow hinzugezogen. Die Moskauer Zentrale erhoffte sich von dem Mitarbeiter im Generalstab der Luftwaffe weitere Interna aus einer wichtigen militärischen deutschen Machtzentrale.

Um den politischen Aktivisten und Visionär Schulze-Boysen hatte sich Mitte der dreißiger Jahre ein Kreis von Regimegegnern gebildet, dem der Bildhauer Kurt Schumacher und seine Frau Elisabeth, die Ärztin Elfriede Paul, der Autodidakt Walter Küchenmeister, Marta Wolter, die Tänzerin und Bildhauerin Oda Schottmüller, der Schriftsteller Günter Weisenborn und nach seiner Entlassung aus dem KZ Buchenwald auch der frühere Redakteur kommunistischer Zeitungen Walter Husemann angehörten. Diskussionen und Ausflüge prägten die Begegnungen. Weitere Freunde kamen hinzu. Schulze-Boysen gewann als Gesprächspartner den Oberst der Luftwaffe Erwin Gehrts, einem aus dem Tatkreis kommenden früheren Journalisten und Hitlergegner, der seit 1936 im Reichsluftfahrtministerium arbeitete.

Als Elfriede Paul und Kurt Schumacher den lungenkranken Walter Küchenmeister Ostern 1939 in die Schweiz brachten, suchten sie den Schauspieler und Kommunisten Wolfgang Langhoff auf, der sie mit Vertretern der Auslandsleitung der KPD in Verbindung brachte. Diese hatten Bedenken gegen eine direkte Zusammenarbeit mit den Berliner Intellektuellen und empfahlen den Antifaschisten, erst einmal in Berlin Verbindungen zu dortigen Gruppen des kommunistischen Widerstands aufzunehmen. Informationsberichte, die Schulze-Boysen für seine Gesinnungsfreunde in Berlin fertigte, gingen über Elfriede Paul in die Schweiz. Er stellte auf Drängen von Harnack und Kuckhoff den Kontakt in die Schweiz im Frühjahr 1941 ein.

Korotkow wurde aus Moskau wiederholt nachdrücklich darauf hingewiesen, dass Schulze-Boysen alle Kontakte zum kommunistischen Widerstand abbrechen sollte.

Viele Fäden des sich ausweitenden Netzes von Verbindungen zu anderen Widerstandskreisen liefen bei Schulze-Boysen zusammen. Seit September 1939 hatte er Verbindungen zu Heinrich Scheel und dem Kreis der ehemaligen Schüler der Schulfarm Scharfenberg. Weih-

nachten 1941 traf er den Psychoanalytiker Dr. John Rittmeister und daraufhin einen ihn umgebenden Kreis oppositioneller Jugendlicher, die an der Heilschen Abendschule ihr Abitur nachholten. Der sprachkundige Wilhelm Guddorf, ein intellektuell vielseitig ambitionierter ehemaliger außenpolitischer Redakteur der »Roten Fahne« lernte nach seiner Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen im Jahre 1939 über Elfriede Paul den Luftwaffenoffizier Harro Schulze-Boysen kennen und wertete für ihn ausländische Zeitschriften aus. Guddorf verfügte über vielfältige Kontakte zu kommunistischen Widerstandsgruppen, so auch zu Robert Uhrig und John Sieg in Berlin, zu Bernhard Bästlein und anderen Hamburger Genossen aus der Haftzeit in Sachsenhausen. Gelegentlich war er auch mit bürgerlichen und sozialdemokratischen Hitlergegnern im Gespräch.

John Sieg

Mitte der dreißiger Jahre begegneten sich Adam Kuckhoff und John Sieg, die sich seit Ende der 1920iger Jahre aus gemeinsamer Arbeit für die Zeitschrift »Tat« kannten. Adam Kuckhoff war mit Adolf Grimme, dem religiösen Sozialisten und früheren preußischen Kultusminister, seit ihrer gemeinsamen Studienzeit in Halle befreundet. An den Diskussionen mit Grimme beteiligten sich auch Arvid Harnack und John Sieg.¹⁶ Kuckhoff, seit 1932 Mitglied der KPD, unterhielt auch Verbindungen zu Hans und Margaret Lachmund, sozialdemokratische Regimegegnern in Mecklenburg, die der liberalen Robinsohn-Strassmann-Gruppe angehörten.¹⁷

Der frühere Feuilletonchef der Roten Fahne, John Sieg, begann Mitte dreißiger Jahre, in Neukölln einen Widerstandskreis mit überwiegend kommunistischen Mitstreitern aufzubauen. Sie trafen sich in Wohnungen von bisher nicht als Kommunisten aufgefallenen Mitstreitern. Auch hier war das Zusammensein von Ausflügel, kulturellen

¹⁶ Vgl. GDW. Sammlung Rote Kapelle. RK 29/42. Feldurteil in der Strafsache gegen die Ehefrau Greta Kuckhoff vom 20.10.1945.

¹⁷ Vgl. Achim von Borries: Das Ehepaar Lachmund. In: Widerstand gegen das NS-Regime in den Regionen Mecklenburg und Vorpommern. Reihe Beiträge zur Geschichte Mecklenburg-Vorpommern. Nr. 12. Schwerin 2005. S. 82–89.

Veranstaltungen und politischen Diskussionen geprägt. Auf den Schulungsabenden wurde auch über die Brüsseler Konferenz gesprochen, erinnerte sich einer der Teilnehmer.¹⁸

Treffpunkt für Kommunisten, verfolgte Juden und anderer Antifaschisten war die Zahnarztpraxis von Kurt Hess. Hermann Grosse erinnert sich an ausführliche (wöchentliche) Diskussionen über die Brüsseler Konferenz und Fragen der Einheitsfront mit Sozialdemokraten. Daran nahmen Kurt Hess, John Sieg und Karl Hellborn teil, der Verbindungen zu einem Kreis von Katholiken unterhielt. Hellborn war Fahrdienstleiter bei der Reichsbahn und vor 1933 Mitglied der Zentrumspartei.¹⁹ Er verschaffte John Sieg 1937 eine Arbeit bei der Reichsbahn. Weitere Kontakte von John Sieg bestanden bis 1938 zur Auslandsleitung der KPD in Prag, zu Robert Uhrig, zu Heinz Kapelle und zu Mitgliedern der Herbert-Baum-Gruppe. Seit Mitte 1941 wurde die Zeitschrift »Innere Front« mit einer Auflage von ca. 250 Exemplaren hergestellt. Nur die im August 1942 erschienene Ausgabe Nr. 15 ist überliefert.

Zu den engsten Mitstreitern Siegs gehörte der Buchdrucker Herbert Grasse, der über zahlreiche Verbindungen zu Kommunisten in Berliner Betrieben verfügte. Er verkehrte zugleich in der Gruppe um den Schauspieler und Dramaturgen Wilhelm Schürmann-Horster, eine Diskussionsgruppe von Künstlern und Kommunisten, die im Sommer 1940 sich mit Karl Böhme als Organisationsleiter und Hans Coppi, meinem Vater, als politischen Leiter konstituiert hatte.²⁰ Im August 1941 nahm John Sieg an einer Beratung teil, auf der er darauf orientierte, die kommunistisch gesinnten Arbeiter anzusprechen, zusammenzufassen und auf dieser Grundlage die Arbeit zu beginnen.

Die Verbindung zu Wilhelm Guddorf kam 1939/40 eher zufällig zustande. Siegs trafen in der S-Bahn die Mutter von Eva-Maria Buch, die Sophie Sieg seit 1911 kennt, Frau Buch erzählt, dass ihre Tochter mit dem Kommunisten Wilhelm Guddorf befreundet sei. Wilhelm Guddorf wurde daraufhin von Sieg in den Diskussionskreis mit Harnack,

18 Vgl. GDW. Sammlung Rote Kapelle. RK 39/83. Befragung Kurt Heims, 31.8.1967.

19 Ebenda. RK 39/80. Befragung Hermann Grosse, 29.09.1967.

20 Bundesarchiv Berlin. NJ 2. Urteil gegen Wilhelm Schürmann-Horster u.a. 21.08.1943.

21 GDW. Sammlung Rote Kapelle. RK 41/98. Befragung Sophie Sieg, 18.07.1967.

Grimme und Kuckhoff eingeführt.²¹

John Sieg erzählte seinen engsten Mitstreitern, ohne Namen zu nennen, dass er Kontakt zu antifaschistischen Intellektuellen habe. Einige warnten ihn davor. Intellektuelle schienen für sie der Inbegriff von Unzuverlässigkeit zu sein, da sie Regeln der Konspiration nicht einhielten und dadurch die Sicherheit der eigenen Gruppe gefährden könnten.²²

Organisiert den revolutionären Massenkampf

Unter dem Eindruck der ersten Niederlage der deutschen Wehrmacht vor Moskau und nach dem Eintritt der USA in das Kriegsgeschehen schien der Wendepunkt des Krieges im Dezember 1941 erreicht. Die zunächst in Hamburg von Bernhard Bästlein ausgearbeitete und dann von John Sieg und Wilhelm Guddorf weiter formulierte und bisher nicht veröffentlichte Schrift »Organisiert den revolutionären Massenkampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg«²³ zirkulierte im ersten Halbjahr 1942 in verschiedenen Berliner und Hamburger Widerstandskreisen. Das Informationsmaterial war vor allem als Verständigungspapier für Kommunisten und deren Sympathisanten gedacht. Eine Abstimmung mit Harnack oder Schulze-Boysen scheint nicht stattgefunden zu haben. Die zum Jahresende 1941/42 eingetretene grundlegend neue außenpolitische Konstellation, so hofften die Verfasser, könnte sprunghaft die inneren Bedingungen für eine revolutionäre Entwicklung in Deutschland begünstigen. Dafür sollten die eigenen Reihen geschlossen, das Abwarten aufgegeben, der Rückzug in kleine Zirkel und private Nischen beendet und der revolutionäre Kampf organisiert werden.

In den Zukunftsvorstellungen, die nur einen kleinen Teil der überlieferten 19 Seiten-Schrift ausmachen, wird an Vorstellungen der KPD aus der Endzeit der Weimarer Republik angeknüpft. Eine proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats im Bündnis mit der So-

²² Ebenda. RK 39/79, Befragung Max Grabowski, 02.08.1967

²³ Die Schrift wird bei Luise Kraushaar: Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus. Berlin 1981 wiederholt erwähnt, ohne sie vorzustellen. Auf die Passagen, die sich mit der Zeit nach der NS-Herrschaft beschäftigen, wird nicht eingegangen.

wjetunion wird als Ausweg aus der Krise und zur Überwindung des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft proklamiert. Bürgerlichen Hitler-Gegnern, den »Auch-Antifaschisten«, wird die Konservierung alter Macht- und Besitz-Verhältnisse vorgeworfen. Die weitergehende Bündnis- und Volksfrontkonzeption der KPD aus dem Jahre 1939 fand sich hierin nicht wieder.²⁴ Das Ende des ersten Weltkrieges vor Augen versuchten die Verfasser, die Leninsche Revolutionstheorie auf deutsche Verhältnisse zu übertragen und mit der von ihnen wesentlich früher erwarteten Niederlage des Nazi-Regimes den Bürgerkrieg auf die Tagesordnung zu setzen, um eine Diktatur des Proletariats zu errichten. Die Übernahme russischer Verhältnisse wurde abgelehnt, aber ein Bündnis mit der Sowjetunion angestrebt. Die Autoren orientierten sich mehr an den nicht eingelösten rätendemokratischen Vorstellungen aus der Revolutionszeit 1918/19 als an den Mitte Oktober 1941 von der Moskauer KPD-Führung vertretenen Positionen, die auf ein friedliches demokratisches Deutschland mit einer nicht näher definierten Volksherrschaft zielten.²⁵

Die Schrift fand ihren Widerhall in anderen kommunistischen Gruppen und Zirkeln, in denen im Frühjahr 1942 bereits von Herannahen einer revolutionären Situation gesprochen wurde. Herbert Baum, stellte die Forderung: Zentralisation, Schluss mit dem Zirkelwesen, Wiederaufnahme der revolutionären Massennarbeit.²⁶

In den Diskussionen mit Bernhard Bästlein aus Hamburg wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, den verschiedenen kommunistischen Widerstandsgruppen einen organisatorischen Zusammenhalt zu geben. Wilhelm Guddorf war ein wichtiger Ansprechpartner, ein faszinierender Mann mit einem unerschöpflichen Wissen, dessen organi-

24 Zu den von der KPD-Führung bis 1941 entwickelten Vorstellungen über ein Deutschland nach dem Sturz des NS-Regimes siehe: Klaus Mammach (Hrsg.): Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar – 1. Februar 1939). Berlin 1974.

25 Vgl. Margot Pikarski / Günter Uebel: Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblatts 1933–1945. Berlin 1978. S. 151f. »An das deutsche Volk und an das deutsche Heer!« Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD wurde an der Ostfront abgeworfen und ab 16. Oktober 1941 über den Moskauer Rundfunk verbreitet.

26 Diesen Hinweis verdanke ich Michael Kreutzer, der die Aufzeichnungen in den handschriftlichen Notizen – vermutlich von Herbert Baum – fand. Siehe Bundarchiv Berlin. NJ 1642. Bd. 23.

satorische und konspirative Schwächen, seine Unzuverlässigkeit und Sorglosigkeit, dem Aufbau einer Organisation unter seiner Leitung Grenzen setzte.

Auch die Verhaftungen von 150 Mitgliedern der Gruppe um Herbert Uhrig Anfang Februar 1942 dürfte dazu beigetragen haben, dass dieses Projekt nicht in Angriff genommen wurde.

Die Sorge um Deutschlands Zukunft

Ende Januar 1942 verbreitete Radio Moskau den zweiseitigen Aufruf »An das deutsche Volk« von 60 emigrierten Abgeordneten, Gewerkschaftsfunktionären, Schriftstellern und Künstlern. Er begann mit den Worten: »Erfüllt von tiefster Sorge um unser deutsches Volk, seine Ehre und seine Zukunft, erfüllt von tiefster Sorge um die nationale Existenz Deutschlands, erheben wir Anklage gegen Hitler.«²⁷ Darin werden die Schandtaten in den überfallenen Ländern angeprangert, vor der Konsequenz gewarnt, mitschuldig an den Verbrechen zu werden, die Gefahr für Deutschland beschworen, dass Hitler ohne Zutun der Deutschen vernichtet wird. Ohne den Begriff der Volksfront zu erwähnen, wird an das nationale Gewissen appelliert, sich im Kampf gegen Hitler zu vereinen, um Deutschland und die deutsche Nation zu retten, solange es noch nicht zu spät sei. Anknüpfend an das Programm der nationalen und sozialen Befreiung der KPD von 1930 wird das »schaffende« deutsche Volk aufgerufen, nunmehr selbst zu handeln: Die Soldaten sollen den Eroberungskrieg beenden und zur Roten Armee überlaufen, die Arbeiter langsamer arbeiten, Massendemonstrationen vorbereiten, die Frauen Militärzüge anhalten und die Jugendlichen die Arbeitsdienstpflicht verweigern. Im Mittelpunkt stand der aktive Beitrag der Deutschen zur Überwindung des Nazi-Regimes. Über die Zukunft des neuen, freien Deutschlands fand sich keine Aussage in dem Aufruf.

Die Ende Januar/Anfang Februar 1942 von Harro Schulze-Boysen und John Graudenz entworfene und von Heinz Strelow sowie Cato Bontjes van Beek überarbeitete und auf Wachsmatrizen getippte sechs-

²⁷ Siehe Margot Pikarski / Günter Uebel: Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblatts 1933–1945. S. 159.

seitig hektographierte Flugschrift »Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk«²⁸ nahm den Tenor dieser Botschaft auf, wandte sich an die Kritischen, die Unentschlossenen und Wankelmütigen, argumentierte und forderte auf, endlich zu handeln. Die Verfasser wollten vor allem die bürgerliche innere Emigration erreichen und ihre kritische Haltung stärken. Auf dem Postweg erhielten Mitte Februar 1942 verschiedene katholische Pfarrämter, protestantische Pfarrer, Professoren, Ärzte, Diplom-Ingenieure, Rechtsanwälte, der frühere Finanzminister Popitz, selbst Freisler, Staatssekretär im Justizministerium, in Berlin tätige Auslandskorrespondenten, aber auch Wehrkreis- bzw. Wehrbezirkskommandos in ganz Deutschland die Schrift.²⁹

Die erste Hälfte analysiert die sich verschlechternde innenpolitische Lage, bilanziert Versprechungen und Ergebnisse faschistischer Politik und die Unfähigkeit der Regierenden. Anhand der nicht erreichbaren Kriegsziele und des nicht zu gewinnenden Zweifrontenkrieges wird die Unfehlbarkeit Hitlers und die Propagandalosungen vom Endsieg widerlegt. Die Verfasser prangern die im Namen des Reiches begangenen Grausamkeiten und Gewaltverbrechen an Zivilisten und Kriegsgefangenen an und weisen auf die eigene Verantwortung hin, die jeder übernimmt, der weiter treu und redlich Hitler dient und somit die Zukunft des deutschen Volkes verspielt.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Frage, was soll werden?

Das Wort Volksfont fällt auch in dieser Schrift nicht, auch wenn es um das Volk geht: »Deutschland braucht eine Regierung, die sich auf diejenigen Volksteile stützt, die die Fähigkeit und die Macht haben, dem Volk und der Welt gegenüber eine neue deutsche Politik zu vertreten. Das sind nicht die Nutznießer des Regimes, sondern die Solda-

²⁸ Siehe auch Heinrich Scheel: Die Rote Kapelle und der 20. Juli 1944. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Heft 4/1985; ferner in: Peter Steinbach / Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand in Deutschland 1933–1945. Ein historisches Lesebuch. S. 267–275.

²⁹ Bundesarchiv Berlin. R 58/1104. 288 Exemplare erhielt die Gestapo bis Mitte März 1942 zurück. Die Autoren konnten nicht ermittelt werden. Die Nachforschungen wurden eingestellt. GDW. Sammlung Rote Kapelle. RKA 310. Gestapo, Referat IV A 1. Verfasser und Verteiler der Flugschrift: Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk. Als Verfasser werden darin Harro Schulze-Boysen, Johannes Graudenz, Marie Terziel und Helmut Himpel angegeben.

ten, die bereit sind, das Wohl des Volkes höher zu stellen als die Existenz von Staat und Wehrmacht. Das sind die sich des geschichtlichen Auftrages bewussten Arbeiter in Stadt und Land, die bereit sind, die Sache der Nation zu ihrer eigenen zu machen. Das ist die vom Hitler-Regime verfernte Intelligenz, die bereit ist, auf revolutionärem Wege voranzugehen.«

Nicht eine demokratische Republik, worauf die KPD auf ihrer »Berliner Konferenz« 1939 orientierte, sondern eine sozialistische deutsche Räterepublik wird favorisiert: »Das deutsche Volk braucht eine sozialistische Regierung der Arbeiter, der Soldaten und der werktätigen Intelligenz. Nur durch das entschlossene Zusammengehen der besten Teile der Arbeiterklasse und der Intelligenz soll den Nationalsozialisten das Heft aus der Hand gerissen werden.« Die Flugschrift wandte sich gegen »Die Politik gewisser deutscher Feudaler, Diplomaten, Bankiers usw., welche davon träumen, nach einem Staatsstreich dem Lande durch die blutige Verfolgung aller bisher an der Macht Beteiligten eine neue politische Grundlage zu geben und alsdann ein restauriertes Deutschland auf Kosten Russlands mit den ‚Plutokraten‘ zu versöhnen, hat also keinen Boden unter den Füßen und bringt keinen Frieden. Mit Hass, Demagogie und rückschrittlicher Gesinnung wird keine Zukunft gezimmert. Freunde unseres Volkes finden sich vielmehr unter den fortschrittlichen Kräften Europas und in der UdSSR.«

Zum Schluss forderte die Schrift zu passivem und aktivem Widerstand auf: »Jeder muß Sorge tragen, dass er – wo immer er kann – das Gegenteil von dem tut, was der heutige Staat von ihm fordert« und endete mit der Aufforderung: »Ihr seid nicht allein! Kämpft zunächst auf eigene Faust, dann gruppenweise.«

Die Schriften, mit denen sich Verfasser sich an eine kleine Öffentlichkeit wandten, gehören zu den wenigen erhaltenen Selbstzeugnissen aus den Widerstandskreisen.

Sie reflektieren den Meinungs austausch einiger Mitstreiter um die Jahreswende 1941/42 vermitteln einen Ausschnitt aus einem Diskussionsprozess, können aber noch nicht als programmatische Vorstellungen der Widerstandsgruppierung bezeichnet werden.

In beiden Schriften spiegelt sich die Volksfrontkonzeption der KPD nicht wieder.

Milieuübergreifender Widerstandszusammenhang

Die »Rote Kapelle« war ein Konstrukt der Gestapo. Sie hat in der Realität als Organisation nie bestanden. Sie war weder eine sowjetisches Spionagnetz, wie in der Nachkriegsgeschichtsschreibung in Kontinuität zu den Deutungsmustern der Gestapo im Westen behauptet noch eine unter Führung der KPD deutschland- und europaweit operierende Volksfrontorganisation und Kundschaftergruppe wie die SED-Geschichtsschreibung die politische und weltanschauliche Vielfalt dieser Widerstandsgruppierung einzuebnen versuchte.

Heinrich Scheel bezeichnete das Netzwerk unterschiedlicher sozialer Herkünfte, verschiedener Lebenserfahrungen und Weltanschauungen in den neunziger Jahren als einen »kunterbunten Haufen«. ⁵⁰ Die erstaunliche Vielfalt entstand nicht durch Beschlüsse von Parteileitungen, sondern durch persönliche Freundschaften. Nazigegner erkannten einander, kamen miteinander ins Gespräch. Da wurde eine andere Sprache, ein anderer Ton angeschlagen. Widerstand und Resistenz führten zur Immunisierung gegen die NS-Ideologie, gegen die Vereinnahmung durch den Staat und seine Organisationen. Im Dissens zum Naziregime bewahrten die Menschen ihren humanistischen Lebensanspruch, behaupteten Anstand und Menschenwürde, stellten sich der Menschenverachtung entgegen und halfen Bedrohten sowie Verfolgten. Hieraus entstanden Konfliktlinien zum NS-Staat und seinen Institutionen. Die Freundeskreise bildeten ein Refugium, in dem auch Spannungen ausgetragen und selbst persönliche Krisen ausgehalten werden konnten, ohne den Zusammenhalt in Frage zu stellen. Vertrauen und Verlässlichkeit, Hilfe füreinander und für andere prägten die Zusammenkünfte. Es wurde geredet, gesungen, gelacht, Angst, Alleinsein und Misstrauen überwunden. Gemeinschafts- und Begegnungsformen aus der Weimarer Republik lebten weiter. Dies alles waren nicht nur Formen der Tarnung, sondern der Versuch, eigenes Leben in einer bedrohten Welt zu gestalten. Frauen gehörten selbstverständlich zu diesen Kreisen dazu. All dies waren Bedingungen für eine Annäherung, für ein Miteinander von Regimegegnern unter-

⁵⁰ Regina Griebel / Marlies Coburger / Heinrich Scheel: Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Fotodokumentation. Halle 1992. S. 297.

schiedlicher Herkunft.

Der Volksfrontgedanke – Hitlergegner unabhängig von ihren weltanschaulichen und politischen Auffassungen zusammenzuführen – nahm in dieser heterogenen Widerstandsgruppierung erste Gestalt an. Es fehlte ihr aber die parteipolitische Ausrichtung der Mitte und Ende der dreißiger Jahre entwickelten Volksfrontkonzeption, da die Protagonisten sich nicht als Vertreter ihrer Parteien oder Organisationen verstanden und als solche handelten. Es war mehr eine entstehende Sammlungsbewegung, die in einer frühen Phase gruppenübergreifenden Handelns von der Gestapo im Herbst 1942 zerschlagen wurde.

Neuere Literatur zur »Roten Kapelle«

Gesamtdarstellungen

Hans Coppi: Rote Kapelle. In: Wolfgang Benz / Walter H. Pehle (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstands. Frankfurt am Main 2001.

Hans Coppi / Jürgen Danyel / Johannes Tuchel (Hrsg.): Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994.

Jürgen Danyel: Die Rote Kapelle. In: Peter Steinbach / Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur. Bonn und Berlin 2004.

Regina Griebel / Marlies Coburger / Heinrich Scheel: Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Fotodokumentation. Halle 1992.

Johannes Tuchel: Das Ende der Legenden. Die »Rote Kapelle« im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime. Köln 1994.

Widerstandsorganisation Harnack/Schulze-Boysen: Die »Rote Kapel-

le* – ein Vergleichsfall der Widerstandsgeschichte. In: Peter Steinbach: *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen*. Paderborn 2001.

Biographische Arbeiten

Geertje Andresen: *Die Tänzerin, Bildhauerin, Nazigegnerin Oda Schottmüller. 1905–1943*. Berlin 2005.

Shareen Blair Brysac: *Resisting. Mildred Harnack and the red orchestra*. New York 2000. In deutsch: *Mildred Harnack und die »Rote Kapelle«*. Die Geschichte einer ungewöhnlichen Frau und einer Widerstandsbewegung. Augsburg 2003.

Hans Coppi: *Harro Schulze-Boysen – Wege in den Widerstand. Eine biographische Studie*. Koblenz 1995.

Hans Coppi / Geertje Andresen (Hrsg.): *Dieser Tod paßt zu mir. Harro Schulze-Boysen – Grenzgänger im Widerstand. Briefe 1915 bis 1942*. Berlin 2002.

Elisabeth Fillmann: *Realsatire und Lebensbewältigung. Studien zu Entstehung und Leistung von Werner Krauss' antifaschistischem Roman »PLN. Die Passionen der halykonischen Seele«*. Frankfurt am Main 1996.

Libertas Schulze-Boysen und die Rote Kapelle. Begleitheft zur Ausstellung im Schloss Liebenberg. Konzeption, Redaktion, Texte: Hans Coppi und Johannes Tuchel.

Manfred Flügge: *Meine Sehnsucht ist das Leben*. Berlin 1998. [Über Cato Bontjes van Beek und Rainer Küchenmeister.]

Mildred Harnack-Fish: *Variationen über das Thema Amerika. Studien zur Literatur der USA*. Hrsg. von Eberhard Brüning. Berlin 1988.

Hans-Joachim Helmich: *Willy Schürmann-Horster im Widerstand ge-*

gen das Nazi-Regime. In: Spuren und Wege. Festschrift zum 125jährigem Jubiläum des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Düsseldorf. Düsseldorf 1997.

Werner Krauss: Ein Romanist im Widerstand. Briefe an die Familie und andere Dokumente. Hrsg. von Peter Jehle und Peter-Volker Springborn. Berlin 2004.

John Rittmeister: Hier brennt doch die Welt. Aufzeichnungen aus dem Gefängnis 1942–43. Hrsg. von Christine Teller. Gütersloh 1992.

Stefan Roloff / Mario Vigl: Die Rote Kapelle. Die Widerstandsgruppe im Dritten Reich und die Geschichte Helmut Roloffs. München 2002.

Heinrich Scheel: Vor den Schranken des Reichskriegsgerichtes: Mein Weg in den Widerstand. Berlin 1993.

John Sieg und Adam Kuckhoff: Offene Briefe an die Ostfront. Harro Schulze-Boysen und andere: Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk. Selbstzeugnisse von Arvid und Mildred Harnack, Heinrich Scheel, Liane Berkowitz, Helmut Himpel und Maria Terwiel. In: Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Ein historisches Lehrbuch. Hrsg. von Peter Steinbach und Johannes Tuchel. München 1994.

Kurt Schilde (Hrsg.): Eva-Maria Buch und die »Rote Kapelle«. Erinnerungen an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994. Libertas Schulze-Boysen: Liebenberg 1996

Hermann Vinke / Cato Bontjes van Beek: »Ich habe nicht um mein Leben gebettelt«. Ein Portrait. Zürich / Hamburg 2003.

GÜNTER BENSER

Überzeugungen und Traditionen im Vereinigungsprozess von KPD und SPD 1945/1946

Im Vereinigungsprozess von KPD und SPD, der hier weder beschrieben noch grundlegend analysiert werden soll,¹ spielten verinnerlichte Überzeugungen und tief verwurzelte Traditionen eine erhebliche Rolle. So stellt sich die Frage, was die in der deutschen Arbeiterbewegung vollzogenen Vereinigungen miteinander verbindet, ob beziehungsweise inwieweit die Gründung der SED real und ideell in der Tradition der Ereignisse von 1875, 1920 und 1922 stand. Die Bezüge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und damit zu früheren Parteistrukturen und Organisationsformen hatten nicht nur einen hohen ideellen, mobilisierenden Wert. Sie besaßen auch einen schwerwiegenden praktischen Aspekt, mit dem es auch die derzeit angestrebte geeinte Linkspartei früher oder später zu tun bekommen wird. Sie berühren nämlich die viele Mitglieder stark bewegende Frage, was als Parteieintritt gilt und wie die Dauer der Parteizugehörigkeit gezählt wird.² Auch

1 Meine grundsätzlichen Erwägungen sind nachzulesen in Günter Benser: Der Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis. (= hefte zur ddr-geschichte 27). 2., durchges. u. ergänzte Auflage. Berlin 2006.

2 In dem vom Vereinigungsparteitag 1946 beschlossenen Parteistatut wurde diese Frage in § 3 wie folgt entschieden: »Auf die Mitgliedschaft wird die ununterbrochen bis zum Verbot der Parteien von 1933 zurückgelegte Mitgliedszeit bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bei der Kommunistischen Partei Deutschlands, bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und bei der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands angerechnet.« (Dokumente zur Geschichte der SED. Berlin 1986. S 40.) Absplitterungen von der KPD wie KAPD oder KPD(O) hatten hier also keine Berücksichtigung gefunden. Als zum Beispiel 1956 Jakob Walcher – Mitbegründer der KPD(O) und der SAPD – auf Beschluß der 28. Tagung des Zentralkomitees in die SED aufgenommen wurde, geschah dies mit der Einschränkung, die Mitgliedschaft ab 1947 zu rechnen. Im 1875 angenommenen Organisationsstatut der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen

Probleme der Rechtsnachfolge sind tangiert. Es sei daran erinnert, dass bei den Bestrebungen der Treuhandanstalt, der PDS Anfang der neunziger Jahre möglichst viele materielle Grundlagen ihrer Tätigkeit zu entreißen, auch mit Zitaten aus der historischen Literatur argumentiert wurde.⁵

So wird in diesem Beitrag also nur ein Segment herausgegriffen. Keineswegs sollen auf diese Weise Diskrepanzen im Vereinigungsprozess und Widerstände gegen einen Zusammenschluss von SPD und KPD ignoriert werden. Aber die oft vernachlässigten geschichtlich gewordenen Denkweisen und Haltungen lassen uns besser verstehen, warum Reibungen und Auseinandersetzungen in Fragen der praktischen Politik und Differenzen in strategischen Optionen nicht automatisch zum Bruch führen mussten, dass von der Berufung auf gemeinsame historische Wurzeln ein Gegensatz überbrückender Einfluss ausging, dass mithin Zwang und Druck als ausschließliches oder uneingeschränkt dominierendes Erklärungsmuster für das Zustandekommen der Einheitspartei nicht taugen.

Die SED hat sich stets als Vollstreckerin der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet und ihre Gründung als Verwirklichung eines der Arbeiterklasse immanenten Strebens nach Einheit ihrer Klasse herausgestellt. Waren solche Überlegungen beim Zusammenschluss von KPD und SPD tatsächlich präsent? Lässt sich ein bewusstes Anknüpfen und ein gezieltes Nutzen historischer Erfahrungen ausmachen?

Wer die zeitgenössischen Protokolle, Beschlüsse, Aufrufe, Reden und Aufsätze unter solchen Aspekten durchforstet, dem kann nicht entgehen, dass vor sechzig Jahren in der Arbeiterbewegung Überzeugungen, Denkweisen, Mentalitäten, eine Sprache und Symbolik vorherrschten, die sich vom Verständnis und der Ausdrucksweise heutiger Linker gravierend unterscheiden. In den Äußerungen der Arbeiterfunktionäre jener Zeit drückt sich ein weitaus höheres Selbstbewusst-

Arbeiterbewegung. Bd. III: März 1871 – April 1998. Berlin 1974. S. 95.) gibt es keine die Parteizugehörigkeit betreffenden Festlegungen, auch nicht in den Organisationsatzungen der KPD von 1921 (siehe ebenda. Bd.VII. 1. Halbbd.: Februar 1919 – Dezember 1921. Berlin 1966. S. 560.).

3 So mit Berufungen auf Wolfgang Leonhard und Günter Benser sowie auf den Beitrag von Seton-Watson in der Propyläen Weltgeschichte. Siehe Günter Benser: Der Zusammenschluß. S. 24.

sein arbeitender Menschen aus, als das heute üblich ist – der Anspruch, nach dem Versagen der herrschenden Klassen die Gestaltung der Zukunft in die eigenen Händen zu nehmen.

Dabei fällt auf, dass von kommunistischer Seite zunehmend und auf Weisung der Zentrale eine Symbolik zurückgezogen wurde, die an die Zeiten der Komintern erinnerte – wie Hammer und Sichel, Sowjetstern oder der Gruß Rotfront – die auch zur Hochzeit der Ausrichtung der SED nach sowjetischem Vorbild nicht wieder hervortrat. Die Reichskonferenz der KPD und ihr 15. Parteitag wurden nicht mit der »Internationale«, sondern mit dem alle Sozialisten verbindenden Lied »Brüder zur Sonne, zur Freiheit« beschlossen. Nur Ignoranten können übersehen, dass hier aus Traditionen geschöpft wurde, die Sozialdemokraten und Kommunisten miteinander verbanden. In der auf den Nachweis einer Zwangsvereinigung fokussierten Literatur bleibt dies jedoch in der Regel ausgeblendet.⁴

In den Quellen stoßen wir wieder und wieder auf Argumentationen, welche die Notwendigkeit einer sozialistischen Einheitspartei aus dem Charakter, der Rolle und den Aufgaben der Arbeiterklasse heraus begründen. Und es ist unschwer zu erkennen, dass hier marxistisches Gedankengut seinen Ausdruck findet, zumal mitunter Zitate aus den Werken von Marx und Engels angeführt werden. In den Zeugnissen kommunistischer Politik waltet in dieser Hinsicht Kontinuität, bei den Zeugnissen sozialdemokratischer Politik verdient der Zeitpunkt ihrer Entstehung größere Beachtung, denn hier wirkte nicht nur der kommunistisch dominierte Vereinigungsprozess, hier vollzog sich auch eine schroffe Polarisierung zwischen den die Einheit bejahenden oder der Vereinigungskampagne erliegenden Sozialdemokraten einerseits und der von Kurt Schumacher beherrschten Sozialdemokratie der

4 Es ist wohl vor allem dem der empirischen Forschung vorgelagerten Pauschalurteil »Zwangsvereinigung« zuzuschreiben, wenn Überzeugungen und Traditionen von sozialdemokratischen Befürwortern der Einheitspartei in Konversion zur KPD umgemünzt und als »Umkehrung der politischen Tradition« charakterisiert werden, wie dies Solveig Simowitsch tut. Dazu bedarf es allerdings der Unterstellung, daß die mit der »Partei neuen Typus« vollzogene Abkehr vom Gründungskonsens der SED kommunistischerseits von Anfang an geplant gewesen sei. Siehe Solveig Simowitsch: Von Sozialdemokraten zu SED-Funktionären. Wilhelm Höcker, Carl Moltmann, Otto Buchwitz und Heinrich Hoffmann. In: Deutschland Archiv. 3/2006. S. 429–438.

Westzonen und den Berliner Einheitsgegner andererseits. Wer da nicht sein Gesicht verlieren wollte, musste sich fortschreitend eindeutiger positionieren, denn für Unentschiedenheit und Abwarten blieb immer weniger Spielraum.⁵ Diesen durch den Zeitbezug eigentlich erforderlichen Differenzierungen kann jedoch in dieser gerafften Übersicht nicht im einzelnen nachgegangen werden.

Die Berufung auf eine Arbeiterklasse mit einheitlichen Interessen und gewissermaßen einem in ihrer Natur liegenden Bedürfnis nach einheitlichen Organisationen – vor allem in Gestalt einer Einheitspartei und einheitlicher Gewerkschaften – ist nicht selten in geradezu pathetischer Sprache vorgetragen worden. Aus der Fülle der Äußerungen seien nur einige Beispiele angeführt.

Wilhelm Pieck in einer Rede in den Leuna-Werken: »Die Spaltung ist der Tod, die Einigung ist das Leben für die Arbeiterklasse.«⁶ Noch emphatischer Otto Grotewohl in seiner wegweisenden Rede vom 17. Juni 1945: »Das höchste und wertvollste Gut der Arbeiterklasse ist die Einheit, wir wollen sie einmal unbefleckt und rein in die Hände der uns folgenden Generation legen, damit sie uns nicht später sagt: *Ihr habt Euch in großer Stunde klein gezeigt*«⁷ Das war nicht in einem einmaligen Überschwang so dahingesagt, denn diese Sentenz kehrt auch in anderen Reden und Dokumenten wieder.⁸ Demgegenüber war für Kurt Schumacher die Einheit der Arbeiterklasse allenfalls ein

5 Bei der von Adreas Malycha besorgten Dokumentation von Zeugnissen der ostdeutschen Sozialdemokratie fällt auf, daß die Belege um so dürftiger werden, je größer die zeitliche Nähe zum Vereinigungsparteitag ist. Siehe Adreas Malycha: Auf dem Wege zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition. (= Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 16.) Bonn 1995.

6 »Volks-Zeitung« Halle vom 14. Januar 1946.

7 Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Dokumente Bd. 1. Mai 1945 bis April 1946. Mit einer Einführung von Wolfgang Triebel. Berlin 1994. S. 78. Bezeichnend ist auch, wie Otto Grotewohl in der Auseinandersetzung mit Einheitsgegnern Franz Neumann geradezu beschwor: »Laß doch mal Dein proletarisches Gefühl und Dein Herz sprechen!« (Ebenda. S. 309.)

8 So in seiner am 25. August 1945 in Leipzig gehaltenen Rede (siehe ebenda. S. 101), in einem der Frankfurter Rundschau gegebenen Interview (siehe ebenda. S. 175.), in dem gemeinsam mit Max Fechner und Erich W. Gniffke erlassenen Aufruf vom 13. März 1946 (siehe ebenda. S. 317.).

realitätsfernes Wunschbild,⁹ und das Problem der Einheit stellte sich für ihn höchstens als mehr oder weniger reumütige Rückkehr von Absplitterungen zur Sozialdemokratie.¹⁰

Hingegen hatte sich der Zentralaussschuss auf eine Weise festgelegt, aus der mit Verweisen auf praktische Schwierigkeiten im Zusammenwirken von KPD und SPD und auf Hindernisse gegen einen raschen Zusammenschluss schwerlich zu entgehen war. Auf dem Hintergrund solcher von sozialdemokratischen Funktionären mit unterschiedlichen Worten wiederholt abgegebener Bekenntnisse, ließen sich Hemmnisse in der Praxis¹¹ schwerlich als unübersteigbare Schranken vorführen. Benachteiligungen bei der Papierzuteilung, der Besetzung von Ämtern, unkameradschaftliches Verhalten kommunistischer Funktionäre, ihre Attacken gegen frühere sozialdemokratische Führer mussten sich da relativieren und an Gewicht verlieren. Und nicht zufällig wurde die Berliner Führung der SPD in kritischen Situation von kommunistischer Seite mehrfach an ihre an Deutlichkeit kaum zu überbietenden Aussagen erinnert.¹²

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass Anton Ackermann einen anderen Akzent setzte, als er auf der Reichskonferenz der KPD am 2. März 1946 erklärte, »für uns Kommunisten war die Partei stets das höchste und teuerste Gut der Arbeiterklasse.«¹³ Das geschah

9 Siehe Kurt Schumacher: Reden - Schriften - Korrespondenzen 1945 - 1952. Berlin / Bonn 1985. S. 228.

10 Siehe ebenda. S. 230f., 268.

11 Eine massive Auflistung derartiger Konfliktlinien trug Otto Grotewohl auf der Dezemberkonferenz vor, allerdings nach eigenen Worten »nicht als Verhandlungsgrundlage«, sondern gewissermaßen nur zur Kenntnisnahme. (Siehe Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. Die Sechziger Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha. Berlin 1990. S. 87f.)

12 So von Wilhelm Pieck am 11. November 1945 in seiner Ansprache auf der SPD-Veranstaltung zum »Tag der Revolution« (siehe SAPMO (BArch). NY 4036/25-28.), von Werner Eggerath (allerdings mit unzutreffenden Bezug auf den SPD-Aufruf vom 15. Juni 1945) in seinem Diskussionsbeitrag auf der Dezemberkonferenz (siehe Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. S. 107.).

13 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Bd. 4: Protokoll der Reichskonferenz der KPD 2./3. März 1946. München / New Providence / London / Paris 1996. S. 67.

allerdings mit dem Zusatz, dass die Kommunisten freudig unter das »Banner der Einheitspartei« treten werden.

Hier trat eine die Arbeiterklasse verklärende Sichtweise hervor, die indes damals zu den Grundüberzeugungen klassenbewusster Arbeiterfunktionäre gehörte und zweifellos eine nicht zu unterschätzende Triebkraft ihres Handelns darstellte. Mir ist nicht bekannt, dass nach 1945 ernstlich untersucht oder überhaupt die Frage aufgeworfen worden wäre, was denn eigentlich die Arbeiterklasse nach erfolgter Industrialisierung, nach zwölf Jahren faschistischer Diktatur, nach sozialen und demographischen Verwerfungen infolge von Flächenbombardements auf Industriestädte, Kriegszerstörungen durch Bodenkämpfe, Fluchtbewegungen, Umsiedlungen und Demontagen, Auflösungen von Arbeitermilieus, Reduzierung der Arbeiterbevölkerung durch Kriegstote und Kriegsgefangenschaft eigentlich real verkörperte. Diese Problemlage mag dadurch etwas überdeckt worden sein, dass bis zur Heimkehr der Kriegsgefangenen in Betrieben die älteren, mit der Arbeiterbewegung verbundenen sowie hochqualifizierte, für die Rüstungsproduktion unersetzliche und deshalb »uk«¹⁴ gestellte Arbeiter den Ton angaben. Darunter befanden sich viele Leute, die vor 1933 politisch, auf alle Fälle jedoch gewerkschaftlich organisiert waren und über entsprechende Erfahrungen verfügten.

Diese Werk tätigen erwiesen sich ohne Zweifel als empfänglich für Berufungen auf die Verantwortung der Arbeiterklasse, denn unter ihnen waren proletarische Traditionen lebendig. Wir sollten diese Traditionen in einem umfassenden Sinne verstehen. Berthold Unfried sprach unter Berufung auf Phillipe Burrin von identitätsstiftenden Traditionen, »die die Vergangenheit in ein Kontinuum mit der Gegenwart und der Zukunft stellen, ein verbindendes Gemeinschaftsgefühl, das die Bewegung zusammenhält, eine Weltsicht, die Vorstellungen von Gut und Böse definiert, und eine Sprache sowie Bilderwelten, die die Orientierung in der sozialen Welt gewährleistet.«¹⁵ Auf derartige Traditionen haben sich Sozialdemokraten und Kommunisten gleichermaßen oder zumindest auf ähnliche Weise berufen, was noch

14 »Uk« – unabkömmlich, deshalb nicht zur Wehrmacht einberufen.

15 Bertold Unfried in seiner Einleitung zu: Riten, Mythen und Symbole – Die Arbeiterbewegung zwischen »Zivilreligion« und Volkskultur (= ITH-Tagungsberichte 33). Leipzig 1999. S. 7f.

bewiesen werden soll. Jedenfalls haben wir es hier mit einem wichtigen Bindeglied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu tun, das aber bei genauerer Betrachtung seine Brisanz hat und auch manchen Sprengstoff enthielt.

Während sich inzwischen – noch eine Feststellung von Unfried – die Symbole der Arbeiterbewegung »weitgehend in der Warenästhetik und den Ritualen der Konsumgesellschaft aufgelöst«¹⁶ haben, waren sie vor sechzig Jahren allgegenwärtig. Auf den Bildern aus jener Zeit sehen wir die Porträts von Arbeiterführern früherer Generationen ebenso wie die vor den Nazis geretteten Fahnen und anderen Symbole.¹⁷ Ähnlich verhält es sich mit den Sprachbildern. So begegnen wir »der Morgenröte« einer besseren Zukunft, dem wieder erhobenen »Banner« des Sozialismus, der »heiligen Pflicht« zum Handeln. Es werden die alten vertrauten Lieder gesungen, in Reden bekannte Verszeilen¹⁸ zitiert. Das bis zur Arbeiterverbrüderung zurückreichende und vorher auch schon bei Handwerkerverbänden auftauchende, auch in der Arbeiterbewegung anderer Länder gebräuchliche Symbol der verschlungenen Hände taucht im Vereinigungsprozess immer häufiger auf. Es wird nicht nur Bestandteil der Parteifahne und des Parteiabzeichens der SED,¹⁹ sondern findet sich auch als Signet des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Volkssolidarität. Solchen Symbolcharakter trägt auch die Übergabe des gedrechselten Stabes, mit dem August Bebel den Erfurter Parteitag von 1891 geleitet haben soll, an das Präsidium des Vereinigungsparteitages²⁰ oder die Abbildung jener Glocke, die bei der Leitung des Vereinigungsparteitages von 1920 benutzt wurde, in der Presse.²¹ Nach zwölfjähriger brutalster Unter-

16 Ebenda. S. 7.

17 Siehe Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bilder und Dokumente. Berlin 1976.

18 Zum Beispiel aus Jakob Audorfs Arbeiterlied oder Fritz Bruegels »Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt«.

19 Als Wilhelm Pieck die Parteisymbolik der SED auf dem Vereinigungsparteitag erläuterte, geschah dies allerdings ohne Berufung auf deren lange Geschichte. (Siehe Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Berlin 1946. S. 98f.) Auch Walter Ulbricht nahm in seiner Schlussansprache Bezug auf »das Symbol der Einheit, das Zeichen der verschlungenen Hände«. (Ebenda. S. 161.)

20 Siehe Protokoll des Vereinigungsparteitages. S. 75.

21 Siehe »Volks-Zeitung« (Halle) vom 8 April 1946.

drückung der Arbeiterbewegung und angesichts der Gefahren, unter denen Antifaschisten derartige Reliquien vor den Zugriff der Nazis gerettet hatten, war deren Symbolwert als Zeugnis der Überlebenskraft noch gestiegen. Und natürlich war es wohlüberlegt, den Vereinigungspartei so zu datieren, dass am Ersten Mai der kraftvolle Aufmarsch einer geeinten Arbeiterpartei erfolgen konnte.²²

Trotz dieser Einheitstraditionen war die Arbeiterbewegung in der Realität und mithin auch die Arbeiterklasse über Jahrzehnte hinweg gespalten, und ihre einzelnen Abteilungen hatten schlimme Fehden untereinander ausgetragen. Wenn dennoch die Einheit gewissermaßen als Naturzustand der Klasse betrachtet wurde, dann mussten die Ursachen ihrer Spaltung anderswo liegen, und zwar im politischen Raum. Diese Tatsache finden wir zeitgenössisch oft als Bruderkampf oder Bruderzwist beschrieben. Wenn dabei 1945/1946 häufig von drei Jahrzehnten Bruderkampf die Rede war,²³ so führt uns das zurück in die Jahre des ersten Weltkrieges, wobei unterschiedlich – und dies wohl nicht zufällig – 1914 und 1918 als Schlüsseljahre auftauchen. 1914 verweist eindeutig auf die am 4. August erfolgte Zustimmung zu den Kriegskrediten als Abkehr von den Grundsätzen der Sozialistischen Internationale, als Kulminationspunkt der Auseinandersetzung zwischen den immer stärker in Konfrontation tretenden Strömungen der sozialistischen Bewegung in Deutschland. 1918 hingegen wird in verschiedenartige Zusammenhänge gebracht. Dieses Jahr wird von den einen wegen des Fehlens einer einheitlichen Partei in der Novemberrevolution als Ursache für deren Scheitern angeführt; von anderen als Synonym für die politisch-organisatorische Trennung, für die sich unterschiedliche Kräfte verantwortlich machen lassen.

22 Der Aufruf des zentralen Maikomitees erinnerte daran, dass das »Jahr 1914 ... die letzte gemeinsame Maidemonstration der deutschen Arbeiter« gesehen hatte. (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III. Bd.1: Mai 1945 – April 1946. Berlin 1959. S. 589.)

23 So mit besonderem Gewicht durch Wilhelm Pieck beim symbolischen Händedruck mit Otto Grotewohl auf dem Vereinigungsparteitag (siehe Protokoll des Vereinigungsparteitages. S. 10.), später im Offenen Brief des Parteivorstandes der SED vom 7. Mai 1946 an alle Sozialdemokraten und Kommunisten Deutschlands (siehe Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Bd. 1. Berlin 1952. S. 33.).

So hatte es im Entwurf der KPD für die Entschließung der Dezemberkonferenz²⁴ unmissverständlich geheißen: »Die im August 1914 offenen zutage getretene Spaltung ist in den seither vergangenen drei Jahrzehnten zum größten Verhängnis für die Arbeiterbewegung geworden ...«²⁵ In einem Rundschreiben vom 11. Dezember 1945, das auf den Jahrestag der Gründung der KPD und auf den 70. Geburtstag Piecks orientierte, hieß es: »Unsere Partei entstand damals, weil die Mehrheit der sozialdemokratischen Führer am 4. August 1914 ins Lager der imperialistischen Bourgeoisie übergegangen war und damit die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse in Stuttgart und Basel verletzt hatte. Demgegenüber hielten die Führer der Linken in der Sozialdemokratie, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Pieck u. a. den internationalen Beschlüssen die Treue und setzten den Kampf gegen Imperialismus und Krieg ungeachtet aller Verfolgungen unbeirrt fort. So erwuchs die Kommunistische Partei Deutschlands aus diesem Kampfe gegen Imperialismus und Krieg ...« Wilhelm Pieck als unmittelbar Beteiligter erinnerte an »die furchtbaren Tage im August 1914 ..., die für jeden von uns ein schmerzliches Erlebnis waren.«²⁶ Dies wurde wiederholt mit der Abkehr von den Lehren von Marx und Engels und dem Vordringen des Revisionismus in Verbindung gebracht.²⁷ Ins Positive gekehrt, ließ sich jedoch auch das Neue betonen. Wilhelm Pieck eröffnete die Dezemberkonferenz mit den Worten: »Nicht ohne tiefe innere Bewegung stelle ich fest, daß seit der unglückseligen Spaltung vor mehr als 30 Jahren, diese Beratung die erste größere zentrale Zusammenkunft der verantwortlichen führenden Funktionäre der beiden Parteien ist, die es sich zur Aufgabe stellt, die Spaltung zu überwinden und wieder eine einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen.«²⁸

24 Am 20. und 21. Dezember 1945 tagte in Berlin eine gemeinsame Konferenz, an der etwa je dreißig Vertreter von KPD und SPD teilnehmen, weshalb sie auch als erste Sechzigerkonferenz bezeichnet wurde. Ihre Beschlüsse waren weichenstellend für den sich anschließenden Vereinigungsprozeß.

25 Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. S. 40.

26 Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1946. S. 221.

27 So zum Beispiel von Fred Oelßner in seiner Diskussionsrede auf dem 15. Parteitag der KPD. Siehe Bericht 15. Parteitages der KPD. S. 178.

28 Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. S. 58.

Von sozialdemokratischer Seite wurde allerdings auch eine der kommunistischen Version betont entgegengesetzte Interpretation der Spaltungsursachen vorgetragen, und zwar ebenfalls auf der Dezemberkonferenz, in der einführenden Rede Otto Grotewohl, die indes wesentlich die Handschrift Gustav Klingelhöfers²⁹ trug. Dort hieß es: »Über den Weg zum Sozialismus durch Entwicklung oder Revolution, durch Reformen oder Diktatur gab es Meinungsverschiedenheiten, die Einheit blieb erhalten; die Frage der Kriegskredite hätte zu einer langdauernden Spaltung nicht ausgereicht. Weil die Oktober-Revolution 1917 die revolutionäre Situation von 1918 zu einer weltrevolutionären Situation machte, die ihre Lösung in der Weltdiktatur des Proletariats von Sowjetrußland aus suchte, weil die Kommunistische Partei und die Kommunistische Internationale die zentralistisch geführte Avantgarde des Proletariats wurde, die die Nichtkommunisten als Verbündete des kapitalistischen Klassenfeindes ansah, kam es zu langdauernden Spaltungen und zum Bruderkampf.«³⁰ Das war eine geharnischte Schuldzuweisung an die Adresse der Kommunisten, die von den die Vereinigung behahenden Sozialdemokraten so nie wiederholt wurde, deren rationeller Kern aber auch nie zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ausdiskutiert wurde.

Demgegenüber blieb Max Fechner viel verhaltener, als er auf dem Vereinigungsparteitag ziemlich verschwommen resümierte: »Dann 1914: die große sozialistische Partei aufgespalten um eine Frage, die Deutschland bewegt; 1918: wieder die große Frage des Wiederaufbaus Deutschlands, Zersplitterung: Spartakus-Bund, Kommunistische Partei, Unabhängige Partei und Sozialdemokratische Partei.«³¹ Auch Friedrich Ebert wurde in einem ansonsten aussagestarken Aufsatz nicht sonderlich konkret: »Im ersten Weltkrieg aber erfolgte in Deutschland und später auch in anderen europäischen Ländern die Spaltung der Arbeiterklasse, die damit alle Vorteile verlor, die sich einer einigen, in sich geschlossenen Organisation bieten.«³²

29 Siehe Harold Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. 4. Teil 2: Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage. Der Fusionskampf. Köln 1990. S. 660.

30 Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. S. 60.

31 Protokoll des Vereinigungsparteitages. S. 21.

32 »Volkswille« vom 24. März 1946.

Die auf der Dezemberkonferenz angenommene EntschlieÙung überbrückte diese Diskrepanz, in dem sie nur auf die »während des ersten Weltkrieges offen zutage getretene Spaltung«³³ verwies. Die Aussage in dem vom Vereinigungsparteitag angenommenen Manifest an das deutsche Volk trug ebenfalls Kompromisscharakter und blieb recht allgemein: »Die Uneinigkeit ist den Deutschen schon oft zum Verhängnis geworden. Im August 1914 bei Ausbruch des ersten Weltkrieges brach die Einheit der sozialistischen Bewegung auseinander. Durch diese Spaltung wurden die Kräfte des Friedens und der Freiheit gelähmt. Die Revolution vom November 1918 hat die Machtpositionen des Militarismus und Imperialismus nicht beseitigt.«³⁴

Demgegenüber wurde das Jahr 1933 vorwiegend als Mahnung begriffen, mit dem Appell, nun endlich Lehren zu ziehen und die Einheit zu schaffen, während von den gegenseitigen Anschuldigungen Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre kaum die Rede war. Der 13. Jahrestag des 30. Januar 1933 bot Anlass zur Rückschau auf dieses oft als »schwärzester Tag der deutschen Geschichte« charakterisierte Ereignis. Zunächst war die KPD eher bereit, eigene Fehler aufzudecken, als die SPD. So war schon im Aufruf vom 11. Juni 1945 die Schuldfrage bis zum Eingeständnis eigener Versäumnisse (allerdings bei der Verfolgung einer als generell richtig bezeichneten Linie) geführt worden.³⁵ Wilhelm Pieck sprach von »sehr ernsten Fehlern«³⁶ der Einheitsfrontpolitik; Anton Ackermann benannte in seinem dem 15. Parteitag erstatteten Bericht über den ideologischen Kampf der Partei die zu überwindenden dogmatischen Entgleisungen der KPD konkret und unüberhörbar.³⁷ In der SED wurde jedoch schon nach wenigen Jahren wieder einseitige Schuldzuweisungen an die Adresse rechter sozialdemokratischer Führer zurückgegriffen.³⁸

33 Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. S. 156.

34 Dokumente der SED. Bd. 1. S. 24, 25.

35 Siehe Dokumente zur Geschichte der SED. Bd. 2: 1945 bis 1971. Berlin 1989. S. 10.

36 Bericht 15. Parteitag der KPD. S. 194.

37 Siehe ebenda. S. 99-119.

38 Siehe Günter Benser: KPD, SED und ihr Umgang mit dem 30. Januar 1933 (1945-1988). In: Sieben Jahrzehnte Erfahrungen: 30. Januar 1933. Hrsg. v. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. Jena 2005. S. 159-185.

Wenn auf 1933 verwiesen wurde, so oft als Beleg dafür, dass die Gründe für die Spaltung nichtig geworden seien, dass die Nazis keinen Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten machten. Wieder war es Otto Grotewohl, der dafür besonders einprägsame Worte fand. In seiner programmatischen Rede auf der SPD-Kundgebung vom 9. September 1945 erklärte er: »Wir rufen zum Zeugen für die Reinheit des Einigungswillens den Geist und das Blut auf, das in den Gefängnissen, Zuchthäusern, Konzentrationslagern und auf den Schafotten des Dritten Reiches zusammenfloß.«³⁹ In seiner Begrüßungsansprache auf der Reichskonferenz der KPD äußerte er sich ähnlich: »Wir wollen nicht wieder gemeinsam auf die Schafotte steigen und in die Zuchthäuser gehen. Wir wollen gemeinsam miteinander arbeiten.«⁴⁰ Das vom Vereinigungsparteitag beschlossene Manifest an das deutsche Volk rief zur Einheit auf, weil »die Widerstandskräfte gegen Faschismus und Krieg sich gegenseitig im Parteihader zerfleischt hatten.«⁴¹

Solche Beschwörungen verklären vergangene Zeiten, wenn wir sie mit realen Vorgängen konfrontieren, zum Beispiel dem konfliktgeladenen Bemühen um die Schaffung einer deutschen Volksfront⁴², der fortbestehenden Unvereinbarkeit der Politik der kommunistischen und der sozialdemokratischen Führung bis hin zum Ende des Hitlerregimes. Wenn jedoch versucht worden wäre, den Neuanfang mit der nachträglichen Aufklärung der Ursachen des Scheiterns verschiedener Volks- und Einheitsfrontprojekte zu beginnen, hätte ein Zusammenführen von Kommunisten und Sozialdemokraten gleich ad acta gelegt werden können, denn hier handelt es sich um Streitfragen, die bis heute anhalten.

Geschichtliche Erfahrungen und Traditionen wurden jedoch nicht nur aufgerufen, um an schlimme Folgen der Spaltung zu erinnern. Sie dienten zugleich und mehr noch als Berufung auf eine glorreiche Vergangenheit und als Verweis auf Quellen der Erfolge der einst geeinten deutschen sozialistischen Partei. Dass Leben und Werk von Marx

39 Otto Grotewohl und die Einheitspartei. S. 160.

40 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung. Bd. 4. S. 50.

41 Dokumente der SED. Bd. 1. S. 25.

42 Siehe das am 30. und 31. Mai 2006 durchgeführte V. Ständige Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung, dessen Ergebnisse die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen veröffentlichen wird.

und Engels häufig Erwähnung fanden, dass die Wiederherausgabe marxistischer Literatur gezielt betrieben wurde, kann niemanden überraschen und bedarf keines besonderen Beweises, zumal dazu gut-belegte Studien vorliegen.⁴³ Ähnliches gilt für die großen Persönlichkeiten der alten deutschen Sozialdemokratie, allen voran August Bebel als prägende Gestalt der geeinten deutschen Arbeiterpartei. Auch spezifische Traditionen einzelner Regionen wurden betont hervorgekehrt.⁴⁴ Es war auch nicht von ungefähr, wenn altgediente, keineswegs den linken Flügel repräsentierende Sozialdemokraten – wie Eugen Ernst, Georg Schöpflin, Theodor Leipart – öffentlich die Vereinigung gewissermaßen als Anknüpfung an große Zeiten der Vergangenheit begrüßten.

Bei vielen Beteiligten wurde auf diese Weise ganz gewiss verinnerlichte Überzeugungen angesprochen, und das lässt sich nicht als zweckbedingte Agitation und Propaganda abtun. Bei genauem Hinsehen stoßen wir allerdings auch auf Differenzierungen und auf einen widersprüchlichen Umgang mit diesen Traditionen. Da begegnen uns in Reden und Dokumenten Marx und Engels einerseits als die absoluten Autoritäten, andererseits in Verbindung mit Lenin, seltener in Verbindung mit Lenin *und* Stalin. Verständlicherweise treten hier Unterschiede zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hervor, aber die Verbeugung vor vier »Klassikern« findet sich auch bei Sozialdemo-

43 Siehe Rolf Dlubek / Monika Steinke: Zur Rolle des theoretischen Erbes von Marx und Engels im Ringen um die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG). H. 6/1971. S. 883-910. Auf einer erweiterten Quellenbasis und neue Interpretationsansätze berücksichtigend: Günter Benser: Als das Tor aufgestoßen wurde. Vorleistungen und Schranken für die Marx-Engels-Edition der Nachkriegsjahre. In: Die Marx-Engels-Werkausgabe in der UdSSR und DDR (1945-1968) (= Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderband 5). Hamburg 2006. S. 57-82.

44 So hob die Entschließung der am 15. Januar 1946 in Dresden durchgeführten sogenannten Konferenz der 3000 das Wirken August Bebels, Wilhelm Liebknechts, Franz Mehrings und Rosa Luxemburg in Sachsen hervor (siehe Dokumente und Materialien. Bd. III/1. S. 429.); der Hamburger Delegierte auf der Reichskonferenz der KPD Erich Hoffmann erinnerte nicht nur an Ernst Thälmann, sondern auch an »August Bebels früheren Wahlkreis«. (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung. Bd. 4. S. 87.) Und naturgemäß wurden in Thüringen die Erinnerungen an die Parteitage von Eisenach, Gotha und Erfurt besonders gepflegt.

kraten.⁴⁵ Hingegen ist mir die in der SPD übliche Dreieinigkeit Marx, Engels, Lassalle nicht unter die Augen gekommen, sie war zumindest nicht mehr gebräuchlich.

Erwiesenermaßen hatte die KPD zu Zeiten des Vereinigungsprozesses kein Interesse daran Öl ins Feuer theoretischen Streits zu gießen. Im Parteiverlag erschienen absichtsvoll auch Schriften von Karl Kautsky und Rudolf Hilferding. Die wiederkehrende, erstmals in der Entschließung der Dezemberkonferenz auftauchende von beiden Seiten akzeptierte Richtschnur für die programmatische Arbeit lautete »im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus ..., wie sie im »Kommunistischen Manifest«, im Eisenacher Programm der Deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind.«⁴⁶

Gleichwohl sind hier auch Akzente gesetzt worden, die uns bewusst machen, dass nicht alles unisono ablief. Es gab bei führenden Sozialdemokraten eine ernstzunehmende Rückbesinnung auf Marx, die auch als Korrektur von Fehlentwicklungen vorgetragen wurde. So erklärte Otto Grotewohl in einer am 27. März 1946 in Leipzig gehaltenen Rede: »Die Lehre für uns kann nur lauten: Zurück zu den Quellen Marx und Engels, und für die Kommunistische Partei: Anerkennung der Demokratie als politisches Kampfmittel.«⁴⁷ Hier war also gesagt, wozu Sozialdemokraten bereit sind, während gleichzeitig von einer gewissen Skepsis getragene Forderungen an die KPD artikuliert wurden.

Dieses Zurück verband sich auch mit der Beteuerung: Wir brauchen keine neue Theorie, keinen neuen Sozialismus. »Wir haben es alle am eigenen Leibe verspürt,« erklärte Otto Grotewohl auf dem 40. Parteitag der SPD, »in welche Gefahr sich die deutsche Arbeiterklasse

45 So bei Bernhard Göring, der im Namen des FDGB den 40. Parteitag der SPD begrüßte. (40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1946. S. 27.)

46 Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. S. 161. Die genannten Programmschriften (ausgenommen das »Kommunistische Manifest«, das sowohl im kommunistischen als auch im sozialdemokratischen Parteiverlag erschienen war) wie auch das Erfurter Programm von 1891 und das Programm der Sächsischen Volkspartei von 1866 waren als Anhang zu Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms einem breiten Lesepublikum zugänglich gemacht worden.

47 Otto Grotewohl und die Einheitspartei. S. 350.

begeben hatte, als sie sich von den Grundsätzen des konsequenten Marxismus entfernte ... Wir brauchen heute keine neuen sozialistischen Theorien, wir brauchen nur die Theorie des Marxismus, unter der zwei Generationen deutscher Arbeiter siegreich und mit Erfolg gekämpft haben, wieder zur Anwendung zu bringen.«⁴⁸ Das richtete sich vor allem gegen die auf dem Zehlendorfer Parteitag Berliner Sozialdemokraten verkündeten programmatischen Leitsätze, die in gewisser Hinsicht schon eine Vorwegnahme des Godesberger Parteiprogramms von 1958 darstellten. Mit ähnlichen Argumenten wie Grotewohl hatte auch Richard Weimann auf dem 40. Parteitag der SPD operiert: »Wir brauchen auch keinen neuen Sozialismus! Uns genügt der alte Sozialismus, der Sozialismus marxistischer Prägung.« Er fügte ergänzende hinzu: »Diesen marxistischen Sozialismus vertreten wir seit Jahrzehnten. In seinem Zeichen sind wir groß geworden.«⁴⁹ Das kann allerdings auch als ein Beharren auf dem traditionellen Marxismus und als Abgrenzung vom Marxismus-Leninismus verstanden werden.

In zwei wesentlichen Bereichen unterschieden sich die Überzeugungen der Sozialdemokraten – auch der meisten zur Einheit bereiten – deutlich von denen der Kommunisten: Der *erste* Bereich bezieht sich auf die Betonung der Unabhängigkeit der deutschen Partei, das schloss im sozialdemokratischen Verständnis die Ablehnung der in der Komintern zum Axiom erhobenen Anerkennung der Führungsrolle der KPdSU ein. Diese Unabhängigkeit der Einheitspartei hatten die Vertreter der SPD in die Gründungsdokumente der SED zumindest verbal zu verankern vermocht; und auch der von den Kommunisten ins Spiel gebrachte »besondere deutsche Weg zum Sozialismus«⁵⁰ kam diesen Haltungen von Sozialdemokraten entgegen. Der *zweite* Bereich betrifft das Demokratieverständnis, sowohl bezogen auf das Staatswesen als auch auf die innere Verfasstheit der Partei. Nicht zufällig wurde um die Parteistatuten am längsten gerungen, und nicht zufällig waren

48 40. Parteitag der SPD. S. 95.

49 Ebenda. S. 49f.

50 Siehe *Wege aus der Katastrophe. Debatten über ein Nachkriegsdeutschland und nationale Wege zum Sozialismus im europäischen Vergleich* (= Diskurs. Streit-schriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, H. 20). Leipzig 2006.

sie das einzige Dokument, das vom Gründungsparteitag der SED nicht einstimmig beschlossen wurde.⁵¹

Aber insofern Demokratieauffassungen im Marxismus wurzelten, enthielten sie immer auch verbindende Überzeugungen. Stefan Berger hat unlängst darauf hingewiesen, dass auch für Sozialdemokraten Demokratie »in erster Linie ein Mittel zum Zweck«⁵² war. »Das Ergreifen der Staatsmacht galt als Vorbedingung dafür, den Kapitalismus zunehmend zu reformieren und ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einzuführen.«⁵³ Anders als Kurt Schumacher, der gewissermaßen Demokratie pur und ohne Differenzierungen propagierte,⁵⁴ hat Otto Grotewohl mehrfach die Unterschiede zwischen formaler und realer Demokratie herausgearbeitet und sich von der Weimarer Demokratie strikt abgegrenzt, bis hin zu der Forderung: Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie⁵⁵.

Wenn bisher vom Rückgriff auf Traditionen im allgemeineren Sinne die Rede war, so hat es indes auch direkte Bezüge auf die Vereinigungen in der Vergangenheit gegeben, weniger auf die Zusammenschlüsse der Jahre 1920 und 1922, oft aber auf die Vereinigung von 1875.

Auf dem 15. Parteitag der KPD erklärte Wilhelm Pieck mit aktualisiertem Bezug und einem kritischen Akzent: »Im Jahre 1920 kam es zur Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, wobei sich die Mehrheit mit der Kommunistischen Partei vereinigte. Es

51 Siehe den Bericht der Statutenkommission (Protokoll des Vereinigungsparteitages. S. 148–152.) und die vorausgegangenen Auseinandersetzungen auf dem SPD-Parteitag (40. Parteitag der SPD. S. 105–123.). Hinter der Frage, ob die Partei primär auf Betriebsbasis oder auf kommunaler Basis organisiert sein sollte, standen gegensätzliche Auffassungen von der Rolle der Partei und ihren inneren Willensbildungsprozessen.

52 Stefan Berger: *Kommunisten, Sozialdemokraten und das Demokratiedefizit in der Arbeiterbewegung*. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 2006/II. S. 8.

53 Ebenda. S. 7.

54 Er erklärte bereits in seiner ersten großen Nachkriegsrede, »daß es von vornherein keine bloß formale oder kapitalistische oder proletarische oder mit einem sonstigen Beiwort geschmückte Demokratie gibt«. (Kurt Schumacher: *Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952*. Berlin / Bonn 1985. S. 220.)

55 Otto Grotewohl und die Einheitspartei. S. 73, 98.

ist bemerkenswert, daß damals gegen diese Vereinigung auf den Parteitag in Halle und Berlin auch prophezeit wurde, die Vereinigung der linken USPD-Genossen mit der KPD sei eine »naturwidrige« und werde nicht von Dauer sein. Diese Prophezeiung war damals ebenso falsch, als sie es heute ist. Aus dieser Partei ging eine starke Massenpartei hervor, die seitdem ein entscheidender politischer Faktor in Deutschland war. Die Vereinigung führte jedoch zu einer Überschätzung der Kräfte der Partei. Die Folge davon war, daß sie sich im März 1921 dazu verleiten ließ, sich in Kämpfe mit der bewaffneten Macht einzulassen, ohne die breiten Massen des werktätigen Volkes hinter sich zu haben.«⁵⁶

Weitaus häufiger begegnen wir in den auf Kongressen und Tagungen gehaltenen Reden einer – fast uneingeschränkt positiven – Berufung auf die mit dem Gothaer Parteitag herbeigeführten Einheit, von der ja in der Tat eine starke Schubkraft ausging.⁵⁷ Auch Berufungen auf siebzigjährige Traditionen verwiesen auf die Vereinigung von 1875⁵⁸, während Verweise auf acht Jahrzehnte großer Geschichte an die Gründung des ADAV im Jahre 1863 und an Ferdinand Lassalle erinnerten⁵⁹. Wiederholt gedachte man der Führer der 1875 geeinten Partei.⁶⁰ Vor allem August Bebel wurde als jene herausragende Persönlichkeit gewürdigt, die den revolutionären Geist dieser Partei ver-

56 Bericht 15. Parteitag der KPD. S. 191. Der Delegierte Otto König berief sich darauf, dass er bei der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD an der Seite Wilhelm Piecks gestanden habe. (Ebenda, S. 165.) Siehe auch Anm. 17.

57 Siehe hierzu auch den Beitrag von Wolfgang Schröder.

58 So Otto Grotewohl in einer Rede in Leipzig. (Siehe Otto Grotewohl und die Einheitspartei, S. 117.) Übrigens hatte er die auf der Dezemberkonferenz vorgetragene Sicht auf die Ursachen der Spaltung (siehe S. 5.) mit der Feststellung eingeleitet: »Seit die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft sich in Gotha vereinigte, war das Bewußtsein der Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse nicht in Frage gestellt.« (Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. S. 60.)

59 So Max Fechner in seinem Schlußwort auf dem SPD-Parteitag (siehe 40. Parteitag der SPD. S. 130.). Georg Schöpflin verknüpfte diese beiden Ereignisse (siehe ebenda, S. 125.).

60 Gemeinsame Kundgebungen hatten stattgefunden zum Gedenken an Friedrich Engels, August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

körperte und ihn gegen revisionistische Angriffe verteidigt hat.⁶¹ Auch Wilhelm Liebknecht erhielt viel Lob.⁶²

In Thüringen beriefen KPD und SPD ihren Vereinigungsparteitag traditionsbewusst nach Gotha ein und bereiteten ihn mit einem Gotha-Aufgebot vor, das zu freiwilligen Leistungen für den Wiederaufbau anspornen sollte und mit einer systematischen Mitgliederwerbung verbunden war.⁶³

Worte hoher Anerkennung fand Wilhelm Pieck auf dem Vereinigungsparteitag: »Die Frage der Vereinigung hat schon einmal in der deutschen Arbeiterbewegung eine große Rolle gespielt und ihre Bewährungsprobe bestanden. Nachdem in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aus besonderen geschichtlichen Bedingungen in Deutschland zwei verschiedene Arbeiterparteien entstanden waren, die Eisenacher und die Lassalleaner, kamen im Jahre 1875 in Gotha die Vertreter der beiden Arbeiterparteien zusammen und vereinigten sich zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.« Auch damals habe es Pessimisten gegeben, doch die »in Gotha vor 71 Jahren vollzogene Vereinigung wurde zum Segen der deutschen Arbeiterbewegung, deren Kraft dadurch bedeutend gestärkt wurde. Das zeigte sich besonders in den schweren Jahren des Sozialistengesetzes ... Die Einheit der sozialistischen Bewegung trug dazu bei, die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, die Lehren von Marx und Engels tief in die deutschen Arbeitermassen zu tragen. Damit erlangte die deutsche So-

61 So zum Beispiel Wilhelm Pieck in seiner Rede zum 106. Geburtstag Bebels (siehe »Deutsche Volkszeitung« vom 24. Februar 1946); Otto Buchwitz in einem Artikel, anlässlich der gemeinsamen Konferenz in Dresden vom 15. Januar 1946 (siehe Dokumente und Materialien. Bd. III/1. S. 418.); Elli Schmidt in ihrem Beitrag auf der Reichskonferenz der KPD (siehe Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung. Bd. 4. S. 107.); Eugen Ernst, der von Erich W. Gniffke in seiner Begrüßungsansprache auf dem 15. Parteitag der KPD zitiert wurde (siehe Bericht 15. Parteitag der KPD. S. 53.).

62 Er wurde nicht nur oft gemeinsam mit Bebel benannt; in Thüringen zum Beispiel veröffentlichten KPD und SPD Worte von August Bebel über Liebknecht, Auszüge aus Liebknechts Rede im Leipziger Hochverratsprozeß und Erinnerungen von Otto Liebknecht an seinen Vater. (Siehe »Sozialistische Einheit. Gemeinsame Wochenzeitung der SPD und KPD Thüringens« vom 6. April 1946.)

63 Das verkündete Werner Eggerath bereits auf der Februarkonferenz. (Siehe Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung. S. 232; siehe auch Die Vereinigung Bilder und Dokumente. S. 255.)

zialdemokratie jenes hohe theoretische Niveau, durch das sie zu einer der angesehensten Parteien der internationalen Arbeiterbewegung wurde. Erst viele Jahre später, als sich der bürgerliche Einfluß in der deutschen Arbeiterbewegung in einer umfassenden Revision der marxistischen Grundsätze ausbreitete, begann jener Spaltpilz zu wuchern, der die Arbeiterbewegung schwächte und schließlich im ersten Weltkrieg zur offenen Spaltung führte.⁶⁴

Auf dem 40. Parteitag der SPD erklärte Max Fechner: »Wir wissen, daß von 1865 bis 1875 ebenfalls zwei Parteien getrennt marschiert sind, daß aber 1875 die Vereinigung vollzogen wurde ...« Er erinnerte »an die Auseinandersetzung jener Zeit, als man August Bebel den Vorwurf machte, daß er die Partei, die Sozialistische Arbeiterpartei, wie sie sich nannte, spalten würde. August Bebel hat geantwortet: ›Ich spalte nicht die Partei, sondern ich einige die Arbeiterbewegung.‹ ... Wir wissen 1875 die Vereinigung, Erfurt 1891 ein Programm, das zum großen Teil wieder von uns übernommen werden soll. Dresden 1903 der große Kampf August Bebels gegen den Revisionismus, 1919 die Auseinandersetzung über die Stellung der Partei zur Republik, und weiter Leipzig 1932 die große Auseinandersetzung über den Faschismus. Sie hat uns leider nichts genutzt.«⁶⁵ Jetzt gelte es die Schlussfolgerung ziehen und die laute Einheit der Arbeiterklasse.

Es fällt jedoch auf, dass die praktischen Erfahrungen der Vereinigung von 1875, insbesondere die Probleme des Zusammenwachsens zweier Strömungen in einer einheitlichen Organisation nicht thematisiert und für die SED nutzbar gemacht worden sind. Wie aus den 1946 neu aufgelegten Memoiren August Bebels zu entnehmen war, erstreckten sich die auch nach dem Vereinigungspartei nachhallenden Differenzen keineswegs nur auf die Programmatik der Partei.⁶⁶ Natürlich waren die organisationspolitischen Probleme der in Gotha geschaffenen jungen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands andere als die der Millionenpartei SED. Für die erstere ließ äußerer Druck, wie er bereits vor dem Sozialistengesetz massiv wirksam wurde, frühere Gegensätze relativ rasch zweitrangig werden. Die SED hingegen hatte

64 Protokoll des Vereinigungsparteitages. S. 77f.

65 40. Parteitag der SPD. S. 23.

66 Siehe August Bebel: Aus meinem Leben. Zweiter Teil. Berlin 1946. S. 277–280, 307–311, 317f. Siehe auch August Bebel. Eine Biographie. Autorenkollektiv u. Ltg. v. Ursula Herrmann und Volker Emmrich. Berlin 1989. S. 180f.

Verantwortung im antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau übernommen und permanent Entscheidungen zu treffen, die unterschiedlich tradierte Auffassungen und Verhaltensweisen tangierten, und dies in einem sich rasch eskalierenden kalten Krieg der einstigen Verbündeten der Antihitlerkoalition, die als Besatzungsmächte in Deutschland das Sagen hatten. Somit unterschieden sich die Rahmenbedingungen für das Wirken der Einheitsparteien von 1875 und von 1946 grundsätzlich. Die Mahnung, viel politisches Fingerspitzengefühl walten zu lassen, ließ sich jedoch den Erfahrungen der Vereinigung von Gotha auf alle Fälle entnehmen.

Hingegen konzentrierte sich die Rückbesinnung auf die Vereinigung von 1875 einseitig auf programmatische Aspekte. Zunächst trat jedoch die später in der SED in den Vordergrund gerückte Kritik am »Kompromiss« von Gotha⁶⁷ nur verhalten in Erscheinung. Die knappe Polemik Kurt Müllers auf der Reichskonferenz der KPD gegen Lassalle, vor allem gegen die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe und gegen den Volksstaat⁶⁸ bildete eine Ausnahme. Derartige Auseinandersetzungen blieben Schriften theoretischen Charakters überlassen. Sie wurden im Vorwort zu der in mehreren Auflagen herausgegebenen Schrift Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms geführt, deren eigentliche Bedeutung in der »Abwehr opportunistischer Fehler«⁶⁹ gesehen wurde, weshalb sie zum »notwendigsten marxistischen Rüstzeug« bei der Schaffung »einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei«⁷⁰ gehöre. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch das Mitglied des Zentralausschusses der SPD Helmut Lehmann in einem Artikel, in dem er sich dafür aussprach, »daß das Gedankengut dieser Kritik Bestandteil des Programms der Einheitspartei wird«, wobei der auch Marxens Gedanken über die Notwendigkeit einer Diktatur des Proletariats zitierte.⁷¹

67 Zum Dogma erhoben wurde diese Kritik insbesondere mit der von Fred Oelßner zum 75. Jahrestag der Vereinigung von Gotha gehaltenen Rede, die in überarbeiteter Form mehrfach als Broschüre veröffentlicht wurde: Fred Oelßner: Das Kompromiss von Gotha und seine Lehren. 1. Aufl. Berlin 1950.

68 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung. Bd. 4. S. 93.

69 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. Berlin 1946. S. 3.

70 Ebenda. S. 7.

71 Helmut Lehmann: Von der Demokratie zum Sozialismus. In Wege zum Sozialismus, zit. nach Krusch S. 238.

Aus alledem darf geschlossen werden, dass viele Kommunisten wie auch die zur Einheit der Arbeiterbewegung bereiten Sozialdemokraten Überzeugungen und Traditionen verinnerlicht hatten, die aus den Jahrzehnten der politisch geeinten sozialistischen Bewegung herührten. Von diesem Gedankengut ging überwiegend eine den Zusammenschluss befördernde Wirkung aus, denn die nicht geringen politischen Differenzen und Reibungen in der Praxis hatten sich an Grundüberzeugungen, an mentalen Haltungen, Hoffnungen und Erwartungen messen zu lassen. Selbst bei den schärfsten Auseinandersetzungen handelte es sich damals in der Regel um gegensätzliche Antworten auf gemeinsam bewegende Fragen.

Demgegenüber haben wir es heute mit einer weitaus heterogeneren Linken zu tun, in der historische Traditionen – zumindest in einigen Strömungen und Gruppierungen – nicht mehr lebendig sind, für die verbindende Wurzeln der Arbeiterbewegung keine wesentliche Rolle spielen. Insofern heute aus der Vergangenheit herrührende Gegensätze wirksam sind, tragen diese anderen Charakter, und sie sind auch weit mehr durch territoriale Besonderheiten bedingt. Hier wirken die Lagerbildungen und Konfrontationen aus der Zeit des kalten Krieges nach, andersgeartete politischen Sozialisationen, Erfahrungen und theoretische Diskurse wie auch unterschiedliche Betroffenheiten vom Anschluss der ostdeutschen Länder an die Bundesrepublik.

Etwas gilt es jedoch in jedem Falle zu beherzigen: Beiseite geschobene Geschichte meldet sich früher oder später zurück.⁷² Eine selbstbewusste Linke soll und darf sich zum verflochtenen Staatssozialismus – oder wie immer wir die gesellschaftlichen Verhältnisse in den sogenannten Ostblockstaaten bezeichnen wollen – auf keinen Fall unkritisch verhalten. Aber ihre Kritik muss von einer anderen Warte aus erfolgen. Sie kann nicht einfach die von Staats wegen initiierten und geförderten Pauschalverurteilungen übernehmen und eine darauf basierende Praxis gutheißen oder tolerieren. Denn was uns da entgegentritt, richtet sich nicht primär gegen einen missratenen Sozialismus, sondern gegen jeden Versuch, eine Alternative zum kapitalistischen

⁷² Dies muß betont werden, weil in den programmatischen Eckpunkten der Linkspartei Fragen der Geschichte nur marginal und auf fragwürdige Weise behandelt werden.

System zu wagen oder auch nur zu denken, ja das Erbe der Arbeiterbewegung überhaupt zu verschütten. Wer den Anspruch erhebt, links zu sein, der sollte abzuwägen wissen, was vom Selbstverständnis der SED und der DDR, von ihrer Politik und deren Ergebnissen dem Strom der Arbeiterbewegung zugehört, wer sich wo, wie, wann und wodurch von diesem Strom entfernt hat. Eine Linke, die jedoch in puncto Geschichte den Deutungsmustern konservativer oder neoliberaler Interpreten erliegt, kann nicht die für das Erreichen ihrer Ziele unerlässliche geistig-kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft erringen.

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Günter Benser

Baikalstr. 15
10319 Berlin

Prof. Dr. Theodor Bergmann

Im Asemwald 26,6,215
70599 Stuttgart

Dr. Hans Coppi

Wallstr. 90
10179 Berlin

Dr. Jochen Čzerný

Bansiner Str. 62
12619 Berlin

Dr. Ursula Langkau-Alex

H. Cleyndertweg 436
NL-1025 EN Amsterdam

Prof. Dr. Heinz Köller

Liebstockelweg 18A
13503 Berlin

Prof. Dr. Erwin Lewin

Propststr. 4
10178 Berlin

PD Dr. Reiner Tbsstorff

Johannes Gutenberg -Universität Mainz
FB: Historisches Seminar
55099 Mainz